

DOKUMENTE DES FORTSCHRITTS

Internationale Revue

Herausgegeben von Prof. Dr. R. Broda in Paris
in Verbindung mit Erich Lilienthal in Berlin

7. Jahr

2. Heft



GERM
MAGN

Organ des Instituts für intern. Austausch
fortschrittlicher Erfahrungen u. des Bundes
für Organisation menschlichen Fortschritts

Verlegt bei Georg Reimer in Berlin W. 10

Jährlich 11 Hefte für 10 Mark – Einzelheft 1 Mark

INHALT:

.....

Dieses Heft ist vornehmlich Fragen der organisatorischen Betriebszusammenfassung auf wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Gebieten gewidmet.

Nachdruck mit Ausnahme der durch einen Vermerk gekennzeichneten Artikel mit Quellenangabe gestattet.

Prof. Dr. ROBERT LIEFMANN, Freiburg i. Br.: Imperative der Regelung des Kartellwesens.....	67
Dr. KREUZKAM, Berlin: Die Ergebnisse des staatlichen Bergwerksbetriebes in Deutschland	71
Dr. EUGEN LANSKE, Wien: Entwicklungsmöglichkeiten des Weltnachrichtendienstes	77
PIET V. REYHER, Berlin: Die „Brücke“	83
Chronik	90
RICHTUNGLINIEN DES FORTSCHRITTS:	
Prof. Dr. R. BRODA, Paris: Die Verstaatlichung der Privatmonopole.....	93
GENOSSENSCHAFTSWESEN:	
HENRI MARO, Genf: Der wahre Beherrscher des Wirtschaftslebens.....	100
Chronik	105
POLITISCHE STRÖMUNGEN:	
GUSTAVE HERVÉ, Paris: Für ein Bündnis der bürgerlichen und sozialistischen Demokratie	107
Chronik	110
ALLGEMEINE SOZIALPOLITIK:	
Chronik	114
SOZIALHYGIENE:	
CARL COLBERT, Wien: Erhebung über die Kinderarbeit in Österreich im Jahre 1908	117
LÉON und MAURICE BONNEFF, Paris: Ein Emanzipationsversuch der Blinden Frankreichs.....	123
Chronik	126
FRAUENFRAGE:	
Chronik	127



PROF. DR. ROBERT LIEFMANN-FREIBURG I. BR.:
IMPERATIVE DER REGELUNG DES KARTELL-
WESENS.

DIE Frage der gesetzlichen Regelung der Kartelle und Trusts beschäftigt in allen Staaten mit vorgeschrittener wirtschaftlicher Entwicklung fortgesetzt die Regierungen und die öffentliche Meinung. Zwei Probleme sind es, um die es sich dabei handelt. Einmal das Monopolproblem, das bei uns in unseren Kartellen ausschließlich hervortritt, und zweitens das Konzentrationsproblem, wie man vielleicht ganz allgemein sagen kann, die Entwicklung einheitlich geleiteter, großer Unternehmungskomplexe. In den Trusts im engeren Sinne, als großen Fusionsunternehmungen oder Kontrollgesellschaften mit monopolistischem Charakter, treffen beide Problemgruppen zusammen.

In den beiden in bezug auf die Unternehmungsorganisationen fortgeschrittensten Volkswirtschaften, in Deutschland und in den Vereinigten Staaten, spielen beide Probleme eine Rolle und auch die Trusts in dem eben erwähnten engeren Sinne gibt es in beiden Ländern. Aber dennoch ist die Monopolfrage vielmehr das typisch deutsche Problem, vor allem in Form der Kartelle, teilweise auch in Form der Trusts als monopolistischer Kontrollgesellschaften. Deutschland, nicht Amerika, ist daher mit Recht als das „Land der Monopole“ bezeichnet worden. In Amerika hat dagegen das Konzentrationsproblem am meisten die Öffentlichkeit beschäftigt, die Bildung einiger ungeheurer, durch das Mittel des Effektenbesitzes (Effektensubstitution) geschaffener Unternehmungskomplexe, die aber in der Regel keine eigentliche Monopolstellung besitzen.

Weitaus verschiedener als die Entwicklungserscheinungen selbst, die sich auf dem Gebiete der großen Unternehmungen konstatieren lassen und die offenbar immer mehr die Tendenz zeigen, sich auszugleichen, ist bisher merkwürdigerweise die Stellung gewesen, die die Regierungen diesen Problemen gegenüber eingenommen haben. In Amerika hat man, trotzdem die monopolistische Tendenz dort weniger erfolgreich gewesen ist als in Deutschland und trotzdem die Hauptgefahren der modernen Entwicklung dort zweifellos nicht auf dem Monopolgebiete liegen, von jeher die wichtigste Aufgabe darin erblickt, die freie Konkurrenz aufrecht zu erhalten und Monopolbildungen aller Art zu untersagen. Schon nach dem englisch-amerikanischen Zivilrecht sind Verträge, welche eine Einschränkung der Gewerbefreiheit bedeuten, als Verstoß gegen die guten Sitten ungesetzlich. Das Shermangesetz von 1890, das wichtigste amerikanische Monopolgesetz, sucht auf allen Gebieten die freie Konkurrenz aufrecht zu erhalten; auf seiner Grundlage sind auch die neuesten Trustauflösungen vorgenommen worden. Erst mit dem Eisenbahngesetz von 1910 ist man über bloß negative Aufrechterhaltung der freien Konkurrenz hinaus und zu positiven Eingriffen übergegangen und scheut den Transportanstalten gegenüber vor weitgehender Festsetzung der Tarife nicht zurück. Erst neuestens versucht man aber, dem amerikanischen Hauptproblem, der Verhütung von Mißbräuchen bei der Gründung und Verwaltung der großen Unternehmungen, näher zu treten, ein Problem, das so ungeheuer schwer

zu lösen ist, weil die Korporationsgesetzgebung dort Sache der Einzelstaaten ist.

In Deutschland, dem eigentlichen „Lande der Monopole“, ist dagegen bisher zu ihrer Bekämpfung gar nichts geschehen. Das einzige weitreichende Eingreifen in dieser Richtung ist vielmehr ein Gesetz zur Erhaltung eines Kartells gewesen, das Reichs-Kaligesetz von 1910. Daß dieses Gesetz, welches ein Zwangssyndikat unter staatlicher Leitung schuf, um die monopolistische Organisation der Industrie zu erhalten, sehr ungünstig gewirkt hat, wurde zwar schon vorher von einsichtigen Beurteilern vorausgesagt, ist jetzt aber ganz allgemein zugegeben. Es hat die vorher schon in diesem Gewerbe vorhandene gewaltige Überkapitalisation noch enorm verstärkt, 1 bis 1½ Milliarden Mark sind heute zuviel in dieser Industrie investiert, die auch bei denkbar größter Steigerung des Bedarfs nicht voll ausgenutzt werden können. Die unerhörte Kapitalverschwendung, die darin liegt und die durch das staatliche Vorgehen so enorm gesteigert wurde, ergibt einen der wichtigsten Imperative der deutschen Kartellpolitik: der Staat soll sich an monopolisierten Erwerbszweigen nicht mit eigenen Unternehmungen beteiligen. Einmal deswegen nicht, weil er dadurch zu eng mit Privatinteressen verknüpft wird. Diese sind, in einem Kartell organisiert, schon an sich mächtig genug und brauchen keine Förderung durch den Staat. Und zweitens deswegen nicht, weil der Staat dadurch dem privaten Kapital einen zu großen Anreiz zu Neuinvestierungen in dieser Industrie bietet. Ein solcher Reiz ist durch jedes Kartell schon in genügendem Umfange gegeben, der Staat verstärkt ihn unnützerweise und fördert dadurch die bei jedem Kartell naheliegende Überkapitalisation. Der Staat kann unter Umständen, in einer notleidenden Industrie, die Bildung von Kartellen anregen, wenn aber solche bestehen, hat er sie zu regeln und in Schranken zu halten, nicht aber sich an ihnen mit eigenen Unternehmungen zu beteiligen.

In welcher Weise nun freilich diese Regelung erfolgen soll, darüber gehen die Ansichten noch außerordentlich weit auseinander. Immerhin bricht sich, als ein weiterer wichtiger Imperativ zu dieser Frage, immer mehr die Ansicht Bahn, die auch die Reichsregierung teilt, daß ein intensiveres Eingreifen nicht allgemein erfolgen kann, sondern für jede wichtigere Industrie in besonderer Weise vorgenommen werden muß. Als Mittel staatlichen Eingreifens kommen dabei in erster Linie wirtschaftspolitische Maßnahmen in Betracht: Herabsetzung oder Beseitigung der Schutzzölle, zollfreier Veredlungsverkehr, Maßregeln in der Tarifpolitik der Verkehrsanstalten und ähnliche Mittel, die in Deutschland einzelnen Kartellen gegenüber schon vielfach erörtert, aber nur höchst selten angewandt wurden. Sicher ist jedenfalls, daß der Staat mit solchen Maßregeln ein außerordentlich wirksames Mittel an der Hand hat, um den Mißbräuchen fast aller inländischen monopolistischen Vereinigungen entgegenzutreten zu können.

Außerstenfalls bliebe dem Staate noch immer die Möglichkeit, durch staatliche Preisfestsetzungen in die Wirksamkeit der Kartelle einzugreifen, und es ist kein Zweifel, daß er unter Umständen zu einem solchen Vorgehen gezwungen werden kann. Dieser, abgesehen von der Verstaatlichung, tiefste Eingriff des Staates in einen Erwerbszweig darf aber nur im Notfalle erfolgen, wenn die sonstigen Maßregeln der Wirtschaftspolitik versagen. Auch darf der Eingriff in die Preisgestaltung nicht einfach durch staatliche Beamte geschehen, die unmöglich sachverständig genug

sein können, um heute in diesem, morgen in jenem Unternehmungszweig die Preisregelung vornehmen zu können, sondern es sind besondere, aus Sachverständigen gebildete Organe zu schaffen. So habe ich schon vor 15 Jahren die Errichtung von Kartellkommissionen vorgeschlagen, die aus den verschiedenen an einer Industrie beteiligten Interessengruppen, also den kartellierten Unternehmern, etwaigen Außenstehenden, Weiterverarbeitern, Konsumenten, Händlern, Arbeitern unter Mitwirkung von sonstigen Sachverständigen und Regierungsbeamten für jeden Fall zu bilden wären, daß erhebliche Klagen über die Tätigkeit eines Kartells laut werden und andere Maßregeln versagen. Tatsächlich hat denn auch die Reichsregierung bei ihrer Regelung der Kaliindustrie Höchstpreise festgesetzt und die Änderung derselben von einer Entscheidung des Bundesrates unter Zuziehung von Sachverständigen abhängig gemacht.

Eine allgemeine, d. h. alle derartigen Bildungen umfassende Regelung der Kartelle dürfte heute über bloß kontrollierende Maßregeln kaum hinausgehen können. Solche sind aber auch von der größten Wichtigkeit. Diese modernen Bildungen greifen so tief in das Wirtschaftsleben ein und können eine so große, selbst über das wirtschaftliche Gebiet hinausgehende Macht in sich vereinigen, daß der Staat sie nicht unbeaufsichtigt lassen kann. In den Vereinigten Staaten sind zu diesem Zwecke durch die Interstate Commerce Commission, die Industrial Commission und andere Veranstaltungen, auch durch zahlreiche Gerichtsverhandlungen eine große Anzahl von Trusts untersucht und ihre Wirkungen festgestellt worden. In Deutschland wurden in den Jahren 1903—1907 die wichtigsten Organisationen der Montanindustrie, des Buchhandels, das Kartell für Zeitungsdruckpapier, das Tapetenkartell und das Spiritussyndikat in den Kontradiktorischen Verhandlungen über deutsche Kartelle untersucht und die Resultate veröffentlicht. Außerdem hat die Reichsregierung dem Reichstage eine umfangreiche Denkschrift über die Kartelle vorgelegt, die u. a. eine, freilich nicht vollständige Statistik der deutschen Kartelle, eine Sammlung von Kartellstatuten, eine Übersicht über die Kartell- und Trustgesetzgebung des Auslandes sowie der in Betracht kommenden Normen des deutschen Zivil- und Strafrechtes enthält. Aber das kann heute schon nicht mehr genügen. Ein ständiges Kartellamt wird immer mehr zu einer Notwendigkeit und bildet eine der dringendsten Forderungen, deren Erfüllung die Regierung sich wohl kaum mehr lange wird entziehen können. Am zweckmäßigsten wäre wohl die Errichtung eines allgemeinen „Industrie- und Handelsamtes“ nach amerikanischem Vorbild, das auch andere als Kartellfragen zu behandeln und überhaupt die wichtigsten Unternehmungszweige, auch z. B. das Bankwesen, zu überwachen hätte. In Verbindung damit könnte den Kartellen die Erstattung regelmäßiger Jahresberichte über die Lage ihres Unternehmungszweiges, die Preise, den Grad der Beschäftigung u. dgl. zur Pflicht gemacht werden.

Vielfach wird aber auch die Schaffung besonderer Rechtsnormen für die Kartelle gefordert. Manche verlangen ein allgemeines Kartellgesetz, und mehrere derartige Entwürfe wurden von den politischen Parteien vorgelegt. Aber allgemeine Bestimmungen, die über bloß kontrollierende Maßregeln hinausgehen, würden heute noch unbedingt verfehlt sein. Es liegt z. B. gar kein volkswirtschaftliches Interesse vor, die Kartelle in eine bestimmte juristische Form zu pressen. Am ersten könnten noch die

besonderen Zwangsmittel, welche die Kartelle, aber auch andere gemeinsame Organisationen anwenden, um Außenstehende zum Beitritt zu zwingen: die Exklusivverträge, die Verpflichtung zum ausschließlichen Verkehr, der Organisationszwang in seinen verschiedenen Formen einer allgemeinen gesetzlichen Regelung unterworfen werden. Derartige Maßregeln spielen im heutigen Wirtschaftsleben eine außerordentlich große Rolle. Sie sind das wichtigste Mittel zur Stärkung der Organisationen und bedeuten eine sehr intensive Bindung der Verpflichteten, in der die Macht der Kartelle häufig zum höchsten Ausdruck kommt. Ganz zu verbieten sind derartige Verpflichtungen ebensowenig wie Boykott, Streik und Aussperrung. Bisher hat man aber noch keinen allgemeinen Gesichtspunkt dafür gefunden, bis zu welcher Grenze derartige Maßregeln berechtigt und wann sie unberechtigt sind.

Maßregeln der Wirtschaftspolitik werden, wie ich glaube, in den meisten Fällen genügen, um den Gefahren der monopolistischen Vereinigungen die Spitze abzubrechen. Ja, schon die bloße Erwägung derartiger Maßregeln seitens der Regierung und ihre Erörterung im Reichstag wird in den meisten Fällen die Kartelle veranlassen, vorsichtiger in ihrem Vorgehen, namentlich in ihren Preisfestsetzungen, zu werden. Trotzdem ist, solange man die Kartelle kennt, noch von einem viel weiter gehenden Mittel zu ihrer Bekämpfung die Rede gewesen, der Verstaatlichung des ganzen kartellierten Unternehmungsgebietes. Der Gedanke daran ist durch den Sozialismus so verbreitet worden, daß selbst vielen bürgerlichen Nationalökonomien die Verstaatlichung der monopolisierten Industrien als das selbstverständliche Ziel der ganzen heutigen Entwicklung erscheint. Namentlich auf dem Gebiete des Bergbaues, für Kohle und Kali, ist die Verstaatlichung sehr oft empfohlen worden, und unter dem Einfluß dieser Anschauungen hat der preußische Staat in der Tat seinen Besitz im Kohlen- und Kalibergbau sehr ausgedehnt. Man kann jedoch nicht sagen, daß diese Verstaatlichungen bisher sehr erfolgreich gewesen seien, im Kohlenbergbau erfolgten sie auch nicht sowohl zwecks Bekämpfung der Kartelle, an denen der Staat sogar zeitweise selbst beteiligt war, als vielmehr um den Kohlenbedarf der eigenen Eisenbahnen unabhängig von ihnen sicher zu stellen.

Die Verstaatlichung ganzer Unternehmungsgebiete als radikalstes Mittel zur Bekämpfung von Mißbräuchen privater Monopolorganisationen wird wohl nur sehr selten in Betracht kommen, weil die gewaltigen dafür erforderlichen Mittel unter den heutigen Verhältnissen nur sehr schwer und teuer zu beschaffen sein werden und weil andere sehr viel einfachere und billigere Mittel genügend zu Gebote stehen. Am ehesten könnte noch an Verstaatlichung gedacht werden bei dem Falle, der jetzt die gesetzgebenden Gewalten beschäftigt: wenn es sich nämlich um die Bekämpfung eines ausländischen Monopols handelt. In einem solchen Falle kann durch Verstaatlichung des Einfuhrhandels in der Regel ein starker Druck auf das ausländische Monopol ausgeübt werden, denn die Gesamtversorgung Deutschlands ist doch eine Größe, mit der auch das mächtigste ausländische Monopol zu rechnen hat. Aus diesem Grunde ist auch der Plan der Reichsregierung, die gesamte Petroleum-einfuhr und den inländischen Großhandel damit zu verstaatlichen, an sich zweifellos das wirksamste Mittel, um billigere Petroleumpreise zu erzielen. Aber es fragt sich, ob die Monopolstellung der Standard Oil Co. nicht schon zu stark ist oder es leicht werden kann, um, wie die Regierung es einstweilen plant, unter Ausschaltung derselben dennoch die

Petroleumversorgung Deutschlands sicherstellen zu können. Es fragt sich ferner, ob nicht das Ziel, die Erzielung niedrigerer Petroleumpreise, besser und billiger durch Verträge mit dem Trust sowohl wie mit den anderen Produzenten zu erreichen gewesen wäre, zumal die Erwerbung und Ablösung der großen von der Standard Oil Co. geschaffenen Absatzorganisation auch wieder sehr erhebliche Mittel beanspruchen wird.

Das können wir jedenfalls heute schon behaupten, daß wir mit den Kartellen und Trusts dem Endziel des Sozialismus nur sehr wenig näher gekommen sind. Der Sozialismus glaubte, daß die Kartelle und Trusts die letzte Entwicklungsstufe vor der „Expropriation der Expropriateure“ sei. Bisher hat sich das so gut wie nirgends bewahrheitet, und wir dürfen hoffen, daß es auch auf der Grundlage der herrschenden Wirtschafts- und Rechtsordnung, also unter Beibehaltung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, dem Staate gelingen wird, die großen Organisationen des modernen Kapitalismus zum Wohle der Gesamtheit zu regeln.



DR. KREUZKAM, BERLIN: DIE ERGEBNISSE DES STAATLICHEN BERGWERKSBETRIEBES IN DEUTSCHLAND.

DIE allmähliche Aufzehrung der im Boden gelagerten nutzbaren Gesteine, die besondere Art und die eigenartigen Bedingungen, Voraussetzungen und Gefahren der bergmännischen Arbeit, die große Versuchung zum Raubbau, die Einwirkung auf die Oberfläche und dergleichen haben den Bergbau schon früh zum Gegenstande staatlicher Beeinflussung gemacht. Die großen öffentlichen Rücksichten, die beim Bergbau in Frage kommen, haben vielfach sogar zu Befürwortung der Verstaatlichung wenigstens bestimmter Gruppen des Bergbaues, wie des Kohlen- und des Kalibergbaues, geführt. In Deutschland hat sich aber der Verstaatlichungsgedanke nicht durchsetzen können, wenn auch nach den neueren Gesetzen die Bergbaufreiheit wichtige Einschränkungen erfahren hat; dagegen hat sich in Deutschland der Staat im Wettbewerbe mit den Erwerbskreisen in erheblichem Umfange am Bergbau beteiligt.

Die Entstehung des staatlichen Bergwerks- und Salinenbetriebes in Preußen beruht auf dem Bergregal, kraft dessen der Staat ohne weiteres das Recht hatte, Bergbau zu treiben und sich zu diesem Zwecke gewisse Felder und Bezirke vorzubehalten. Dieses Recht veranlaßte den Staat, sich mit dem Bergbau zu befassen; mit dem Erwerbe neuer Gebietsteile, in denen schon die früheren Landesherrschaften — meist ebenfalls auf Grund des ihnen zustehenden Bergregals — Bergwerke, Hütten und Salinen betrieben hatten, gewann das staatliche Bergwesen allmählich an Ausdehnung und hat dann nach Erlaß des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865 durch den Erwerb von Bergwerkseigentum auf dem Wege der Mutung und Verleihung sowie durch Ankauf von Bergwerken und Grubenfeldern noch wesentliche Erleichterungen erfahren. Kostenaufwendungen aus allgemeinen Staatsmitteln sind aber für den fiskalischen Bergbau nur aus besonderer Veranlassung gemacht worden.

Besonders vom Glück begünstigt war die Aufnahme des staatlichen Berg- und Hüttenwesens in Oberschlesien unter Friedrich dem Großen. Hier gelang es, dem zuerst in Angriff genommenen Tarnowitzer Bergbau so bald Erträge abzugewinnen, daß ein vom Könige zur Reorganisation des schlesischen Berg- und Hüttenwesens bewilligter Meliorationsfonds von 260 000 Talern unversehrt blieb und auch bei der Anlage der in der nächsten Zeit gegründeten Werke der Friedrichshütte, der Gleiwitzer und der Königshütte sowie der Steinkohlenbergwerke Königin Luise und König nicht in Anspruch genommen zu werden brauchte. Die genannten Steinkohlengruben waren zunächst nur zur Versorgung der fiskalischen Hütten mit Koks gegründet worden und sind dann auch bis zum Ende der fünfziger Jahre des 19. Jahrhunderts im wesentlichen nur zu diesem Zwecke betrieben worden. Später aber ermöglichten das Aufblühen der oberschlesischen Industrie, der Übergang der dortigen Bahnen zur Heizung ihrer Lokomotiven mit Steinkohlen statt mit Koks, neue Bahnanschlüsse und Tarifierabsetzungen eine starke Ausdehnung des Betriebes. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre und im Anfange der neunziger Jahre erfuhr das fiskalische Bergwerkseigentum in Oberschlesien, das in den sechziger und siebziger Jahren durch zahlreiche kleinere Mutungsfelder erweitert worden war, eine erhebliche Vergrößerung durch den Ankauf der Guidogrube und mehrerer benachbarter Grubenfelder. Die Kosten dieser Erwerbungen sind — abgesehen von dem Kaufpreise für die Hälfte der Kuxe der Guidogrube, die im Besitze der oberschlesischen Eisenbahn gewesen und gleichzeitig mit dieser vom preußischen Staate erworben waren — aus laufenden Mitteln der Bergverwaltung bestritten worden. Zur ferneren Erweiterung des staatlichen Besitzes wurden seit 1889 im oberschlesischen Bezirke noch zahlreiche Bergwerksfelder gemutet, so daß der Fiskus, dessen dortiger Felderbesitz am Schlusse des Jahres 1908 eine Ausdehnung von 38 235,8 ha hatte, der bei weitem größte Bergwerksbesitzer Oberschlesiens geworden ist.

Für den fiskalischen Bleierzbergbau in Oberschlesien ist seit dem Jahre 1835 ein sehr großes Grubenfeld reserviert, das an Flächeninhalt etwa 15 177 ha umfaßt. Die Förderung der in diesem Felde vom Fiskus selbst betriebenen Friedrichsgrube ist indes nur gering; weitaus bedeutender ist die Bleierzgewinnung der in dem Reservatfelde des Staates bauenden Privatzinkerzgruben, die die gewonnenen Bleierze gegen Erstattung der Selbstkosten an den Fiskus abliefern müssen.

Noch wesentlich länger als die schlesischen Werke ist der bereits im 13. Jahrhundert betriebene Kalksteinbruch bei Rüdersdorf, an dessen Erträgen die Stadt Berlin mit einem Sechstel beteiligt ist, in staatlichem Besitze. Das Recht der Kalksteingewinnung beruht auf Grundeigentum und auf grundbuchamtlich eingetragenen Reservatakten.

Auch die Begründung der bedeutendsten staatlichen Saline, der in Schönebeck, die mit rund 70 000 t Jahreserzeugung heute die größte Saline Deutschlands ist, liegt weit zurück: sie erfolgte im Jahre 1704 durch König Friedrich I. Die Saline, deren Gerechtsame aus einem Reservatfelde und mehreren zugemuteten Salz- und Solquellenfeldern besteht, gewinnt ihre Sole jetzt in der Hauptsache aus dem 1890 in Betrieb genommenen Steinsalzbergwerk Graf Moltke. Die für den Siedeprozess erforderlichen Braunkohlen liefern die im Jahre 1858 erschlossenen, in einem Reservatfelde bauenden Eggersdorfer Gruben. Zur Saline Schönebeck gehört das Königliche Solbad Elmen.

Die Entstehung der Saline Neusalzwerk i. W., deren heutige Gerechtsame

13 Salz- und Solquellenfelder von insgesamt 2628 ha Flächeninhalt umfaßt, wird in das Jahr 1740 verlegt. Mit ihr ist seit 1845 das Bad Oeynhausen verbunden, dessen Versorgung mit Thermalsole durch die in den Jahren 1898 und 1905 erfolgte Erbohrung neuer Thermalquellen auf lange Jahre gesichert erscheint.

Altpreußischer Bergwerksbesitz ist auch der in seinen Anfängen bis in das 16. Jahrhundert zurückreichende Steinkohlenbergbau bei Ibbenbüren; er gelangte mit dem Erwerbe der Grafschaft Tecklenburg im Jahre 1707 an den Preußischen Staat, der ihn seit 1747 für eigene Rechnung betreibt und sich dort im Jahre 1861 ein Feld von etwa 9500 ha Ausdehnung reserviert hat.

Sehr wertvollen Bergwerksbesitz erhielt Preußen durch den Wiener Frieden im Jahre 1815, nämlich die Bergwerke an der Saar, wo bereits seit dem 15. Jahrhundert Bergbau betrieben worden war, den später die Landesherrschaft übernommen hatte. War dieser Bergbau, der im Jahre 1814 auf 12 kleinen Stollengruben mit 917 Mann Belegschaft 100 319,7 t lieferte, auch bei seinem Übergange an den Preußischen Staat und bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts hinein Kleinbetrieb, so waren doch die von ihm gelieferten Überschüsse — ebenso wie in Oberschlesien — ansehnlich genug, um aus ihnen die erheblichen Aufwendungen, die die Herstellung leistungsfähiger Tiefbauschächte und die Beschaffung der erforderlichen Maschinen und sonstigen Anlagen erforderten, bis in die neueste Zeit hinein ohne Kapitalaufwendungen aus allgemeinen Staatsmitteln zu bestreiten. Das dem Preußischen Staate zustehende Saarbrücker Berechtigungsfeld wurde im Jahre 1860 auf 110 923 ha erweitert. Der Betrieb in diesem Felde wird unter der Leitung der im Jahre 1861 errichteten Bergwerksdirektion zu Saarbrücken durch 12 Berginspektionen geführt. Jeder dieser Berginspektionen unterstehen 2 bis 3 selbständige Grubenanlagen, die im Jahre 1908 insgesamt 11 078 807 t förderten und 51 334 Arbeiter beschäftigten.

Außer den Saarbrücker Werken gelangten im Jahre 1815 auch die früher kursächsischen Salinen zu Dürrenberg und Artern in preußischen Besitz. Mit beiden sind Braunkohlengruben — mit Artern die Braunkohlengrube zu Langenbogen, mit Dürrenberg die zu Tollwitz — sowie Solbadeanstalten verbunden.

Gleich den Gebietserwerbungen des Jahres 1815 brachten auch die des Jahres 1866 dem Preußischen Staate einen regelrecht entwickelten Bergwerks-, Hütten- und Salinenbesitz. Dazu gehört der in seinen Anfängen bis in das 13. Jahrhundert zurückgehende Bergbau am Oberharz, der zur Zeit des Anfalls des hannoverschen Teiles des Harzes bereits uneingeschränktes Staatseigentum war. Für diesen Bergbau wurde bei der Einführung des Allgemeinen Berggesetzes für die Provinz Hannover dem Fiskus ein ausgedehntes Grubenfeld (16 752 ha) reserviert. Die in diesem Felde bauenden Gruben zu Clausthal, Lauenenthal und Grund, die unter der preußischen Verwaltung sämtlich mit leistungsfähigen Richtschächten und zeitgemäßen Aufbereitungsanstalten versehen worden sind, haben besonders die Zinkblendengewinnung erheblich — von 2200 t im Jahre 1867 auf 20 000 t im Jahre 1908 — zu steigern vermocht; auch die Gewinnung von Blei-, Silber- und Kupfererzen hat sich seit 1867 stark gehoben. Die staatlichen Steinkohlenbergwerke in den neueren Landesteilen haben sich erfreulich entwickelt. Die von Hannover übernommenen Bergwerke am Deister, die im Jahre 1907 durch den Ankauf des Bantorfer Steinkohlenbergwerks eine für ihren Betrieb äußerst vorteilhafte Abrundung erfahren haben, vermochten ihre Förderung

von 70 827 t im Jahre 1868 auf etwa $\frac{1}{2}$ Million Tonnen zu steigern, während auf den preußischen, von Kurhessen übernommenen Anteil ($\frac{1}{2}$) an den Obernkirchener Werken im Jahre 1867 69 744 t, im Jahre 1908 bereits über 200 000 t entfielen. Diese vom Preußischen Staate im gemeinschaftlichen Schaumburg-Lippeschen Fürstenhause betriebenen Bergwerke bauen im Gebiete der ehemaligen Grafschaft Schaumburg, wo der Bergbau den beiden Landesherrschaften reserviert ist. Auch die früher von Hannover, jetzt von Preußen in Gemeinschaft mit Braunschweig betriebenen Werke am Unterharz haben seit 1867 einen erheblichen Aufschwung genommen; in Betracht kommen dabei Kupfer- und Bleierze, Gold und Silber.

Außer den schon genannten und einer Reihe kleinerer, inzwischen eingestellter Werke übernahm Preußen im Jahre 1866 noch die im Herzogtum Nassau gelegenen Edelsteingruben bei Dillenburg. Dies sind, abgesehen von der ganz unbedeutenden Eisenerzgewinnung bei Rothehütte im Harz, gegenwärtig die einzigen vom Staate betriebenen Eisensteingruben. Sie werden von der Königlichen Berginspektion zu Dillenburg verwaltet, der auch die kleine, auf dem Westerwalde gelegene Braunkohlengrube Nassau unterstellt ist.

Die nicht durch Gebietserweiterungen bedingte Ausdehnung des fiskalischen Montanbesitzes im vergangenen Jahrhundert wurde veranlaßt durch die Bestrebungen des Staates, reichhaltigere Sole oder Steinsalzlager zu erschließen, weil die zunächst mit schwacher Sole arbeitenden staatlichen Salinen den Salzbedarf des Landes nicht vollauf deckten. Von den zu diesem Zwecke unternommenen Bohrungen wurde von besonderer Bedeutung die auf dem Staßfurter Salinenhofe, die man im Jahre 1843 antraf. In dem zur Erschließung dieses Lagers in den Jahren 1851/52 in Angriff genommenen Schächten entdeckte man zum erstenmal Kalisalzlager, deren planmäßiger Abbau im Jahre 1861 begann. In demselben Jahre wurde für den fiskalischen Bergbau bei Staßfurt ein Feld in der Größe von etwa $3\frac{1}{2}$ Maximalfeldern reserviert. Mit dem allmählichen bedeutenden Aufschwunge der Kaliindustrie und dem infolgedessen gesteigerten Interesse für die Erwerbung neuer Kalisalzberechtigungen, hat auch der preußische Fiskus durch die Bergverwaltung zu Schönebeck zahlreiche Bohrungen auf Stein- und Kalisalz ausführen lassen und in den Bergrevieren Frankfurt a. O., Ost- und West-Halle, Naumburg, Eisleben, Nordhausen-Stolberg, Magdeburg und Halberstadt einen umfangreichen Felderbesitz erworben. Von diesen Feldern sind die in der Umgebung von Staßfurt gelegenen im Jahre 1888 mit dem reservierten Felde zu einem einheitlichen Ganzen vereinigt worden, während 64 südlich des Harzes gelegene Felder im Jahre 1899 zu dem „Königlichen Salzwerk Bleicherode“ konsolidiert worden sind. Mit dem Staßfurter Werke verbunden ist die Braunkohlengrube bei Löderburg. Von geringerer Wichtigkeit als die Anlagen der genannten Kaliwerke war die Erschließung der Steinsalzlager bei Stetten in den Hohenzollernschen Landen im Jahre 1857 und bei Erfurt im Jahre 1862. Von erheblicher Bedeutung — mit Rücksicht auf die Salzversorgung des Ostens — war dagegen die Gründung der Saline zu Hohensalza im Jahre 1873.

In neuester Zeit ist der Grundsatz, allgemeine Staatsmittel für den fiskalischen Bergbau mitzuverwenden, beim Ankauf des westfälischen Bergwerkbesitzes und des Kalibergwerkes Herzyna durchbrochen worden. Dies wurde notwendig, weil die mit jenen Erwerbungen verfolgten Ziele nur unter Aufwendung beträchtlicher Kosten zu erreichen waren, für deren Deckung

besondere Mittel bereitgestellt werden mußten. Das gilt besonders von dem Erwerbe des Bergwerksbesitzes in Westfalen, denn als der Staat die Notwendigkeit erkannte, sich an der Kohlenherzeugung im rheinisch-westfälischen Bezirke zu beteiligen, hätte ein Versuch, auf dem Wege des Schürfens und Mutens in den Besitz von Bergwerkeigentum zu gelangen, nach Lage der Verhältnisse dort nur wenig Aussicht auf Erfolg gehabt. Der Staat mußte sich deshalb dazu entschließen, Bergwerksbesitz käuflich zu erwerben und zu diesem Zweck einen Betrag von 58 Millionen Mark zu verwenden, wozu die Königliche Staatsregierung durch Gesetz vom 21. März 1902 ermächtigt wurde. Mit den zur Verfügung gestellten Mitteln wurde ein Bergwerksbesitz von zusammen 96, größtenteils im Kreise Recklinghausen gelegenen, Normalfeldern nebst einem bereits im Betriebe befindlichen Bergwerke für den Staat erworben.

Aber nicht nur zum Erwerbe, sondern auch zur wirtschaftlich richtigen Ausnutzung dieses umfangreichen Felderbesitzes war die Bereitstellung von Mitteln aus allgemeinen Staatsfonds geboten. Es sind daher, nachdem in den Jahren 1903 bis 1907 der weitere Ausbau der beim Ankauf bereits vorhandenen beiden Tiefbauanlagen der Zeche Ver. Gladbeck und die Herstellung der Doppelschachtanlagen Waltrop und Bergmannsglück aus den laufenden Mitteln der Bergverwaltung bestritten worden waren, durch Gesetz vom 10. Mai 1908 für drei weitere Schachtanlagen 55 Millionen Mark aus Anleihemitteln zur Verfügung gestellt worden. Die staatlichen Steinkohlenbergwerke im Oberbergamtsbezirk Dortmund, deren Gerechtsame einschließlich des Ibbenbürener Feldes 322 484 175 qm umfassen, werden von der Bergwerksdirektion zu Recklinghausen verwaltet, der die Berginspektionen zu Ibbenbüren, Gladbeck, Bergmannsglück und Waltrop unterstellt sind.

Wie für den Erwerb des westfälischen Bergwerksbesitzes, so waren auch für den Ankauf des Kalibergwerkes der Gewerkschaft Herzynia durch den Staat im Jahre 1906 besondere Gründe maßgebend. Infolge der starken Vermehrung der Privatwerke hatte der Anteil an der Kaliherzeugung, der dem Fiskus seinen historisch begründeten Einfluß auf die Kaliindustrie sicherte, eine so starke Verminderung erfahren, daß es notwendig schien, diesen Förderanteil zu verstärken. Hierzu bot der Erwerb des Kalisalzbergwerkes der Gewerkschaft Herzynia eine geeignete Möglichkeit. Die Königliche Staatsregierung wurde daher durch Gesetz vom 19. Juni 1906 ermächtigt, dieses Bergwerk zu erwerben und zu diesem Zwecke 30 950 000 Mark zu verausgaben. Die Gerechtsame des Kalisalzbergwerkes bei Vienenburg hat eine Größe von ungefähr 1500 ha. Das Abbaurecht steht der Grundeigentümerin, der Königlichen Klosterkammer zu Hannover, zu, die es gegen entsprechende Entschädigung an den Fiskus übertragen hat.

Außer den neuen westfälischen Werken und dem Kalisalzbergwerk bei Vienenburg gehören auch die seit dem 1. Mai 1906 auf den Etat der Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung übernommenen Bernsteinwerke zu den Staatswerken, für deren Erwerb allgemeine Staatsfonds in Anspruch genommen sind. Für den Ankauf dieser Werke sind durch Gesetz vom 1. Mai 1899 9 750 000 Mark zur Verfügung gestellt worden.

Die Möglichkeit eines Vergleiches der Erträge der fiskalischen Werke mit denen der Privatwerke ist auf absehbare Zeit ausgeschlossen, und auch eine absolut einwandfreie Ermittlung der finanziellen Jahresergebnisse des Staates ist, hauptsächlich infolge der eigenartigen Organisation der Bergverwaltung, gegenwärtig nicht möglich. In erster Linie bietet eine hinreichend

genaue Feststellung der in der Zentral- und Provinzialinstanz für die Verwaltung der Staatswerke erwachsenden Kosten erhebliche Schwierigkeiten. Solange diese bestehen, ist es von geringer Bedeutung, ob auch einzelne andere Ausgaben, bei denen der Anteil der Staatswerke leichter zu ermitteln ist, den Werken zur Last geschrieben werden oder nicht. Die mit Hilfe der Vermögens- und Ertragsberechnung ermittelten Verhältniszahlen ermöglichen daher nur einen Vergleich der Ergebnisse verschiedener Betriebsperioden. Die in den Drucksachen des Abgeordnetenhauses (21. Legislaturperiode, IV. Session 1911, Nr. 307 A) auf Grund der Verhandlungen der Budgetkommission bzw. der mit der Prüfung der Lage der staatlichen Bergwerke betrauten Unterkommission enthaltene Übersicht zeigt, daß das Verhältnis des Ertrages zum Anlagevermögen bei den der Bergverwaltung unterstellten Staatswerken während des letzten Jahrzehnts zwar ungünstiger war als während der Jahre 1889—98, daß aber der Betrag dieses Unterschiedes den zwischen den Jahrzehnten 1869/78 und 1879/88 sich ergebenden Unterschied auch nicht annähernd erreichte.

Der staatliche Bergbau verfolgt in erster Linie die volkswirtschaftliche Aufgabe, die Bodenschätze unter möglichst billigen Gesteungskosten zu gewinnen und die gewonnenen Erzeugnisse möglichst günstig abzusetzen. Da jedoch der staatliche Bergwerksbetrieb ein Ausfluß, ein Zweig staatlicher Tätigkeit ist, so sind die mit seiner Leistung beauftragten Behörden natürlich auch zur Förderung der allgemeinen Staatszwecke, des öffentlichen Wohles berufen und haben daher über den Kreis der erwerbswirtschaftlichen Gesichtspunkte hinaus noch andere Rücksichten zu nehmen: im öffentlichen Interesse, auf andere Gewerbe, sie haben insbesondere auch noch Aufgaben technischer und sozialpolitischer Natur zu lösen.

Schon seit längerer Zeit spielt die Frage der Zweckmäßigkeit des Anschlusses der staatlichen Bergverwaltung an private Verkaufsverbände eine große Rolle. Diese Frage muß in jedem Einzelfalle sowohl vom Standpunkte des allgemeinen Staatsinteresses als auch vom erwerbswirtschaftlichen Gesichtspunkte aus geprüft werden. In letzterer Beziehung hat der Anschluß an die Oberschlesische Kohlenkonvention insofern günstig gewirkt, als der Fiskus seine Kohlensorten und auch seine Preisskala den Produkten und Preisen der Privatgruben besser angepaßt hat und er davor geschützt ist, seine Kohlen im Konkurrenzkampfe zu allzu billigen Preisen abgeben zu müssen. Dem allgemeinen Staatsinteresse ist dadurch Rechnung getragen, daß der Fiskus jederzeit aus Gründen des öffentlichen Wohles austreten kann. Überwiegende Gründe nationalwirtschaftlicher Natur waren von jeher maßgebend für die Zugehörigkeit der Staatswerke zum Kalisyndikat und — wenn auch in geringerem Maße — zu den privaten Salinenverbänden. In Westfalen hatte sich der Fiskus — nach langem Sträuben — mit seinen Gruben bekanntlich vor einigen Jahren dem Rheinisch-Westfälischen Kohlen-syndikat angeschlossen, er ist aber später aus dem Syndikat wieder ausgetreten, weil er die Preispolitik des Syndikats nicht billigte. Die Frage des künftigen Verhältnisses des Fiskus zum Syndikat ist noch ungelöst. Wie sich die Dinge hier gegen früher gewandelt, ja geradezu in ihr Gegenteil verkehrt haben, zeigt am besten die Lebhaftigkeit, mit der der Fiskus für eine Verständigung zwischen den Zechen an der Saar eintritt. Er tut das selbstverständlich zu dem Zweck einer Ausbesserung der Kohlenpreise im dortigen Bezirk, die für seine Zechen nicht nur erwünscht, sondern dringend notwendig ist. Der Fiskus, dem man früher die Aufgabe zuschrieb, einen maßgebenden

Einfluß auf die Preisbewegung am Kohlenmarkt auszuüben, tut also hier genau das Gegenteil von dem, was man von ihm erwartete, als seinerzeit die Verstaatlichung der Bergwerksgesellschaft Hibernia einleitete. Auch an der Ruhr wird er auf die Dauer nicht anders handeln können als an der Saar, er kann es auch hier auf die Dauer auf einen Wettbewerb mit dem privaten Bergbau nicht ankommen lassen. Das darf er schon aus Rücksicht auf die Bergarbeiterschaft nicht tun. Gerade aus diesem Grunde wird der Fiskus auch an der Ruhr in irgendeiner Weise mit dem Syndikat, dessen Preispolitik in letzter Zeit wieder in weiten Kreisen der Industrie starke Mißbilligung gefunden hat, sich zu verständigen haben. Im Interesse der Aufrechterhaltung stetiger Verhältnisse am Kohlenmarkte und einer mäßigenden Einwirkung auf die Kohlen und - Kokspreise ist zu wünschen, daß der Fiskus dem Syndikat als Mitglied beitritt.



DR. EUGEN LANSKE, WIEN: ENTWICKLUNGSMÖGLICHKEITEN DES WELTNACHRICHTENDIENSTES.

In den letzten Jahrzehnten ist das Entstehen neuer Kulturfaktoren in unserem Leben zu einer immer größeren Seltenheit geworden. Man kann ruhig behaupten, daß seit der Ideenschöpfung der großen französischen Revolution und ihren Nachschwingungen wohl unsere technische Zivilisation durch Erfindungen und Entdeckungen aller Art einen ungeahnten Aufschwung genommen hat, daß aber das allgemeine Geistesleben der Menschheit kaum durch allzuviel kulturelle Neuheiten sui generis bereichert worden wäre. Eine solche Neuheit, wohl die wichtigste, heißt: Presse. Ihr Wesenskern, um den herum sich alles andere gruppiert, ist der Nachrichtendienst; und dessen Potenzierung heißt Weltnachrichtendienst, ein Faktor, der von der Presse nicht nur unabhängig geworden ist, sondern sich anschickt, die Presse selbst in seine Gewalt zu bekommen.

Wohl ist diese Neuerscheinung entstanden aus der Vervollkommnung der technischen Nachrichtenübermittlung. Zu einem Kulturfaktor aber ist sie erst durch ihren Einfluß auf die internationalen wirtschaftlichen und politischen Wechselbeziehungen geworden. Börse und Außenministerien jedes Staates sind heute so gut wie machtlos, wenn sie eines ihrer wichtigsten Instrumente, den Weltnachrichtendienst, nicht beherrschen können; und oft genug ist es dazu gekommen, daß das Instrument selbst die Hand meisterte, die es führen sollte.

Um die Bedeutung des heutigen Weltnachrichtendienstes, der „Urzeitung“, richtig bewerten zu können, muß man sich den historischen Werdegang desselben vor Augen halten. Der von den internationalen Depeschagenturen getragene Weltnachrichtendienst ist, wie die technische Befriedigung jedes Nachrichtenbedürfnisses, auf den Handel zurückzuführen. Schon im 16. Jahrhundert finden wir im Anschluß an Privatbriefe wirtschaftspolitische Bemerkungen, die für eine allgemeine Kenntnisnahme bestimmt waren. Die gebräuchlichsten Transportmittel waren Läufer, Reiter und Brieftauben. Die Arbeiten, welche heute die kommerziellen Abteilungen der Depeschembureaus verrichten, waren dem Wesen nach von denen der Frank-

furter und Süddeutschen Kaufleute — namentlich der Fugger und Welser — oder der Venetianer Schiffsrheeder wenig verschieden. Frankfurt a. M. und Antwerpen waren im 16. Jahrhundert die Zentralknotenpunkte des internationalen Nachrichtenmarktes. Königin Elisabeth von England hatte an der Antwerpener Börse einen Vertrauensmann, Thomas Gresham, der sie und ihr Kabinet gerade durch seine Börsenbeziehungen über alle politischen Neuigkeiten in Europa erstklassig informieren konnte. Frankfurt a. M. und seine Zeitungen gelten heute noch als äußerst seriöse Informationsquellen.

Nach und nach, hauptsächlich seit dem 18. Jahrhundert, sind Ansätze zum Ausbau eines internationalen politischen Nachrichtendienstes bemerkbar, zunächst allerdings im engsten Anschluß an den immer mehr sich ausbreitenden handelspolitischen Nachrichtendienst. Das 19. Jahrhundert brachte die technischen Erfindungen — Telegraph, Telephon, Ferndrucker — und die Preßfreiheit. Das erste Zeitungstelegramm stand am 5. Oktober 1849 in der „Kölnischen Zeitung“. Ende der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts war das internationale Telephongespräch bereits ein wesentlicher Bestandteil des internationalen Nachrichtendienstes geworden. Schon seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts finden wir die Entstehung selbständiger Organe für die Abwicklung des internationalen Nachrichtendienstes, der bisher entweder seitens der Regierungen oder großer Handelshäuser oder bedeutender Zeitungen im eigenen Wirkungskreise eingerichtet und auch stets den jeweiligen Bedürfnissen angepaßt war. Nun aber bekommt der Weltnachrichtendienst eine selbständige Organisation. Den Anstoß zu dieser Autonomisierung gab das Wirken Paul Julius Reuters, der im Vollbesitze geschäftlicher Routine mit beispielloser Zähigkeit an seinem einmal gefaßten Plane, ein selbständiges Depeschensbureau zu gründen, festhielt und ihn, unterstützt durch einen glücklichen Zufall, auch zur Ausführung brachte. Dieser Zufall bot sich Reuter am 1. Januar 1859 dar, als Napoleon III. auf dem Neujahrsempfang in der Tuilerien den österreichischen Gesandten mit den Worten brüskierte: „Ich bedauere, daß meine Beziehungen zu Ihrer Regierung nicht mehr so gute sind als früher. Aber ich bitte Sie, Ihren Herrn zu informieren, daß meine persönlichen Gefühle ihm gegenüber sich nie geändert haben“. Um dreiviertel ein Uhr nachmittags wurden diese Worte gesprochen, um ein Uhr verließ der Gesandte den Kaiser, und um zwei Uhr nachmittags bereits wurden in den Straßen Londons Extraausgaben verteilt, welche diese sensationelle Meldung enthielten, an deren Kopf der seither klassisch gewordene Vermerk „Reuter-Meldung“ zu lesen war. Wie Rothschild bei Waterloo durch eine geschickte börsen-technische Ausnützung einer Nachricht, die erst später zur allgemeinen Kenntnis gelangte, den Grundstock zu seinem Vermögen legte, so tat dies Reuter mit jener Tuilerien-Meldung. Er wurde dadurch nicht nur ein Säkularmensch: er begründete damit auch die kulturelle Neuerscheinung der Depeschensbureaus, deren Spezifikum eben die rascheste und geschickteste Weiterverbreitung von Nachrichten jeglichen Inhalts ist und bleibt.

Mit Reuters Namen ist übrigens noch ein zweites Husarenstückchen des Weltnachrichtendienstes verknüpft. Am 14. April 1865 war der Präsident der amerikanischen Union, Lincoln, ermordet worden. Reuters Newyorker Korrespondent James Heckscher empfing diese Nachricht Mitternacht, mietete einen schnellfahrenden Spezialdampfer, welcher dem letztabgegangenen Postschiffe nach Europa nachfuhr und übermittelte dem Kapitän die Meldung zur Weiterbeförderung. Als sich der Europadampfer den Küsten

Irlands näherte, kam, wie dies Reuter schon lange für die transozeanischen Nachrichtenübermittlung vor der Legung der Kabel angeordnet hatte, ein Schnellsegler Reuters in Sicht. In wasserdichten Büchsen wurden die für Reuter bestimmten Nachrichten dieser Jacht zugeworfen, welche sie nach Crookhaven brachte, von wo sie mittels eines Spezialdrahtes Reuters nach London telegraphiert wurden. Daß Reuter infolgedessen spielend glückliche Börsenoperationen durchführen könnte, ist leicht einzusehen.

Im Jahre 1865 wurde übrigens das Geschäft Reuters in „Reuters Telegramm Co. Ltd.“ umgewandelt. Desgleichen entstanden in den andern Großstaaten ähnliche Organisationen, so die offiziöse „Österreichische Korrespondenz“ in Wien, das Wolffsche Bureau in Berlin, die Agence Havas in Paris, die Sankt-Petersburger Telegraphen-Agentur, die Agenzia Stefani (Rom), die Associated Press in Amerika und viele andere. Das gegenseitige Verhältnis dieser Agenturen war anfangs wenig geklärt. Man dachte zunächst wohl an eine Art Kontingentierung zur Ausschaltung der Konkurrenz. In der Tat wurde zwischen dem Reuterschen und dem Wolffschen Bureau bald nach dem Entstehen des letzteren (1865) ein Abkommen getroffen, welches die beiderseitige Geschäftssphäre genau begrenzte. Die oben erwähnten Hauptdepeschen-Agenturen sind heute miteinander in eine weitgehende Verbindung getreten und, was den Auslandsdienst betrifft, voneinander fast vollkommen abhängig. Nun hätte man glauben sollen, daß eine Assoziation von derartigen Organen schon aus rein technischen Gründen mit der Zeit zu einer Einheit hätte verschmelzen müssen. Wir haben den Weltpostverein entstehen gesehen. Man hätte annehmen müssen, daß das Entstehen einer Weltdepeschen-Agentur sich viel dringlicher hätte vollziehen müssen als das des Weltpostvereins, da die Schnelligkeit der Nachrichtenübermittlung, die ja den Kern des Weltnachrichtendienstes überhaupt ausmacht, nur in einer einzigen über die ganze Welt ausgebreiteten Organisation ihre Vollkommenheit erreichen könnte. Allerdings sind die Postanstalten ausnahmslos staatlich, während die großen Depeschenbureaus in der Regel private Gesellschaften sind. Doch nehmen die großen Depeschenagenturen in ihrem Lande so ziemlich eine Monopolstellung ein, ja sie haben, wie bereits eingangs angedeutet, nicht selten einen tiefgehenden Einfluß auf die Regierung, so daß eine Konkurrenz des Heimatlandes als völlig ausgeschaltet und daher nicht als Hindernis für eine internationale Verschmelzung der Depeschenagenturen betrachtet werden kann. Dazu kommt noch der Umstand, daß das Kapital international ist, daß gerade für Handelsnachrichten in einer Welt-Depeschen-Agentur die strengste Objektivität garantiert wäre und daß in weitgehenster Konsequenz die von den Sozialisten gescholtene Anarchie des Weltmarktes durch den klaren wirtschafts-politischen Überblick einer Welt-Depeschen-Agentur vollkommen behoben werden könnte.

Die Depeschenagenturen sind aber nicht nur Organe des Handels, sondern auch solche der Politik. Und dieser Umstand hat eine Nationalisierung derselben gesichert. Die Depeschenbureaus von heute sind mehr, als sie es früher waren, Instrumente der nationalen Politik, allerdings in größerer Abstufung. Beim Reuter-Bureau und der Agence Havas wirkt der wirtschafts-politische Ursprung der Depeschenagentur noch am stärksten nach. Beide sind reine Geschäftsinstitute. Zur Charakterisierung dessen diene eine kürzlich erst von einem Konkurrenten Reuters verbreitete Nachricht, daß Reuter denjenigen Londoner Zeitungen, die Abnehmer von Reuters Annoncen-Expedition sind, verschiedene Vorteile in der Depeschenübermittlung in

Aussicht stellte. Die Londoner Zeitungen remonstrierten zwar energisch gegen die ganze eigenartige Beeinträchtigung der Pressefreiheit; aber daß sie schließlich nachgeben werden, steht heute schon fest.

Dieser Mißbrauch der geschäftlichen Praxis ist einer der ersten Mängel der rein privaten Depeschenagenturen. Die Presse kannte bisher neben den Inseraten im Annoncentheile noch die Textinserate und schließlich, als tiefsten Punkt, die Leitartikelinserate. Reuter und Havas haben, nicht ohne geschäftlichen Nachteil, den Begriff des Depescheninserterates ins Praktische umgesetzt.

Neben einer gutgehenden Annoncenagentur betreibt Reuter ebenso wie Havas auch noch das Telegraphieren für Private, namentlich für Kaufleute im Nebengeschäft. Übrigens hat Reuter früher noch ganz andere Unternehmungen betrieben, namentlich in Persien, wo er Eisenbahnbauten, Minen und Wälder, Zölle und Steuern pachtete und schließlich die erste Europareise des Schah von Persien, Nasr-ed-Din, finanzierte.

Nun ist aber das Reuter-Bureau mit der Verbreitung und Veröffentlichung staatlicher und amtlicher Mitteilungen sozusagen mit der „Aufmachung des Regierungskurses“ betraut. Die Wahrung der rein geschäftlichen Interessen des Reuter-Bureaus ist mit dieser zweiten, der politischen Aufgabe, niemals in Konflikt gekommen. Und nach Beendigung des Burenkrieges schrieb ein französischer Politiker: „England verdankt heute seine Erfolge im Welt-handel und in der Weltpolitik in erster Linie seinem Kabelmonopol und dem Reuter-Bureau. Beide Institute sind fast wichtiger als seine Marine.“ In England laufen die wirtschaftlichen und die politischen Interessen einander ziemlich parallel, so daß sich aus der Verquickung des Privatkapitals mit amtlichen oder halbamtlichen Aufgaben bisher keine größeren Reibungen ergeben haben. Die Außenpolitik Englands ist bis auf unsere Tage eine reine Wirtschaftspolitik. Imponderabilien spielen in sie nicht hinein.

In Frankreich ist die jeweilige Regierung mehr oder weniger ein Exekutivorgan der maßgebenden Kapitalistenkreise, so daß sich auch hier eine Inkongruenz zwischen den Absichten der Regierung und der Hochfinanz bisher nicht geoffenbart hat und wohl auch für die Zukunft ausgeschlossen bleibt — ob zum Wohl der Allgemeinheit mag dahin gestellt sein.

Das Wolffsche Bureau in Berlin mit seinen 33 Filialen im ganzen Deutschen Reich, hat seit seinem Entstehen den offiziellen und politischen Charakter stärker unterstrichen als die Hauptagenturen in London und Paris, ja die Gründung des Wofffschen Bureaus ist überhaupt auf eine geplante Konkurrenzierung des Reuterschen Bureaus zurückzuführen, wie dies unter anderem aus dem Schreiben hervorgeht, in dem König Wilhelm im März 1865 zu dem Plane des Dr. Wolff, in Preußen ein großzügiges Telegraphenbureau zu gründen, Stellung nimmt. „Ihrem Mir vorgelegten Plane, durch eine Aktiengesellschaft Ihrem Telegrapheninstitut eine ähnliche Ausdehnung zu geben, wie dies eine englische Aktiengesellschaft zu tun im Begriffe steht, kann Ich nur Meinen ganzen Beifall zollen, und es würde Mich freuen, wenn bewährte patriotische Finanzmänner sich mit Ihnen ganz zu dem beabsichtigten Geschäfte einigen wollten. Es scheint Mir sehr wichtig und notwendig, daß in Preußen ein derartiges Institut geschaffen werde, um dem englischen entgegentreten zu können. Wilhelm.“

Das Wolffsche Bureau, dem gleich nach seiner Gründung der Charakter der Halbamtlichkeit verliehen wurde, stellt also einen Mitteltyp zwischen einer rein privaten und einer staatlichen Depeschenagentur dar. Der poli-

tische Dienst des Wolffschen Bureaus würde sich allein nicht rentieren. Wolff betreibt daher noch eine Annoncenagentur, er hat einen Transmissionsdienst für Privatdepeschen eingerichtet. Eine Ferndruckgesellschaft sowie die deutsche Kabelgramm-Gesellschaft stehen mit dem Wolff-Bureau in engster geschäftlicher Verbindung. Es ist die Frage, ob der durch das Wolffsche Bureau dargestellte Typ einer Depeschenagentur der richtige ist. Es ist namentlich in Deutschland der Wunsch nach einer Verstaatlichung der mit der Veröffentlichung und Vertretung staatlicher und amtlicher Mitteilungen betrauten Depeschenagenturen laut geworden, zumal es ja erst dann möglich ist, die Depeschen bis zum Zeitpunkt der allgemeinen Veröffentlichung als Amtsgeheimnis zu behandeln.

Diese Forderung ist im dritten Typ, in der staatlichen Depeschenagentur, verwirklicht, wie wir sie in Österreich finden. Die bereits erwähnte in den Fünfzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts in Wien gegründete offiziöse „Österreichische Korrespondenz“ wurde im Jahre 1860 verstaatlicht und der Post- und Telegraphenverwaltung unterstellt. Im Jahre 1882 wurde das nunmehrige k. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau dem Ministerrats-Präsidium untergeordnet. Es steht mit den großen ausländischen Agenturen in Kartellverträgen, die alle zehn Jahre, zuletzt im Jahre 1910, erneuert werden. Die Funktionäre des Bureaus sind Staatsbeamte, womit die Garantie geboten erscheint, daß Unregelmäßigkeiten oder Bevorzugungen irgendwelcher Art ausgeschlossen sind. Das k. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau ist allerdings in einem gewissen Sinne nicht nur Staatsinstitut, sondern auch Geschäft, da es auch mit solchen Organen Abonnementsverträge abschließt, welche ihrer sozial- oder national-politischen Stellung nach Gegner der Staatsverfassung sind. Das Geschäft, das wirtschaftliche Reussieren ist aber nicht die Hauptsache. So weist der Staatsvoranschlag für das erste Semester 1914 für das Telegraphen-Korrespondenz-Bureau ein Erfordernis von 472 000 Kronen auf, dem Einnahmen in der Höhe von nur 380 000 Kronen gegenüberstehen. Die österreichische Staatsverwaltung hätte es in der Hand, auch für den Inlandsdienst ihrem staatlichen Depeschenbureau eine Monopolstellung einzuräumen, da die Depeschenbureaus in der österreichischen Gesetzgebung zu den konzessionierten Gewerben gehören und bei der Verleihung von Konzessionen auf die lokalen Verhältnisse Bedacht zu nehmen ist.

Der durch das Telegraphen-Korrespondenz-Bureau verwirklichte Typ stellt vielleicht absolut, sicher aber für Österreich, die richtigste Form der großen internationalen Depeschenagentur dar. Es wäre hier zu erwähnen, daß der staatliche Charakter der Depeschenagentur noch mancherlei Vorteile aufweist, die einem weitergehenden Ausbau derselben dienlich sein könnten. Man muß sich nur daran erinnern, daß das von der offiziellen Depeschenagentur betriebene Nachrichtenregal ein Teil des Postregales ist. Die erste, einen geschlossenen Nachrichtendienst vermittelnde deutsche Zeitung war die „Reichspostamtszeitung“ in Frankfurt a. M. Mehr als zwei Jahrzehnte lang unterstand das Telegraphen-Korrespondenz-Bureau der Postverwaltung. Es wäre nun nichts natürlicher, auch heute die Organe der Postverwaltung, die ja bis in die entferntesten Teile der Monarchie Fühlung haben und den ganzen technischen Nachrichtenübermittlungsapparat beherrschen, einem staatlichen Depeschenbureau dienstbar zu machen. Die österreichische Staatsverwaltung ist ja in einer geschickten Ausnützung der Postorganisation anstoßgebend geworden, da sie zuerst den Telegraphendienst, dann den Postsparkassendienst an die Postverwaltung angliederte.

Wenn nun diese, wie es vielfach gewünscht wird, auch zur Trägerin der Volksversicherung oder gar zur Organisierung der Volksbibliotheken benützt werden soll, so könnten die Organe des am weitesten dezentralisierten staatlichen Verwaltungsapparates der staatlichen Depeschenagentur wohl die wertvollsten Dienste erweisen. Dies gilt nicht nur für das Inland, sondern auch für den in der Arbeitssphäre des Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus gelegenen, zahlreiche österreichische Levantepostämter aufweisenden nahen Orient.

Der Umstand, daß die österreichische Hauptdepeschenagentur ein Staatsinstitut ist, ließe sich weiter in der Weise verwerten, daß mit Hilfe der diplomatischen und der Konsularbehörden sich ein selbständiger Auslandsdienst an das Korrespondenz-Bureau angliedern ließe, so daß dies nicht bloß auf die von den kartellierten Nachrichtenbureaus zukommenden mehr oder weniger gefärbten Mitteilungen angewiesen wäre. In dieser Richtung hat Österreich bloß einen kleinen, nur auf rein handelspolitische Nachrichten beschränkten Ansatz in einer vom Handelsministerium herausgegeben, postalisch beförderten Artikelkorrespondenz aufzuweisen. Auch das Deutsche Reich weist ein derartiges Organ auf, eine deutsche Weltrevue, welche die Auslands- und die überseeische Presse mit Nachrichten aus dem deutschen Wirtschaftsleben versorgen soll. Ein lediglich dem heimischen Einflusse und der heimischen Leitung unterstehendes, telegraphierendes internationales Nachrichtenbureau fehlt heute Deutschland ebenso wie Österreich. Nun ist in Deutschland das Wolffsche Bureau an die Gründung der sogenannten Deutschen Kabelgramm-Gesellschaft geschritten, einer formell selbständigen Gesellschaft. Ihr Nachrichtendienst erstreckt sich auf die ganze Welt und betrifft hauptsächlich politische, seltener wirtschaftliche Neuigkeiten, niemals aber Börsennachrichten. Die Korrespondenten der Kabelgramm-Gesellschaft sind zumeist Konsulatsbeamte. Das Bedürfnis nach einem deutschen Weltnachrichtendienst wuchs mit der Ausbreitung der deutschen Weltwirtschaft, welche durch das bisher bestehende Monopol des Reuterschen Bureaus in ihrer Entwicklung wesentlich gehemmt wurde. Auch politische Motive spielen hier hinein. Man erinnere sich an die Zeit der Algeciras-Konferenz. Die wenigen großen deutschen Blätter, welche zu derselben Spezialkorrespondenten entsendet hatten, brachten Berichte, welche von denen des offiziellen Wolff-Bureaus wesentlich verschieden waren. Denn das Wolff-Bureau unterhielt in Algeciras keinen Korrespondenten, sondern verarbeitete lediglich die Berichte der Agence Havas, die vom französischen Gesichtspunkt aus inspiriert waren. Die dadurch herbeigeführte Irreführung der öffentlichen Meinung war lediglich dem Fehlen eines deutschen internationalen Nachrichtendienstes zuzuschreiben.

Deutschland wirft für Österreich die Schatten voraus. Auch Österreich wird auf das Geleise der Weltwirtschaft getrieben; auch seine politische Machtstellung wird es kaum länger auf das östliche Mittelmeerbecken beschränken können. Die Frage der Schaffung eines von den kartellierten Depeschenbureaus unabhängigen österreichischen internationalen Nachrichtendienstes wird immer drängender. Die Lösung dieses Problems wird um so leichter sein, als das österreichische Depeschenbureau ein staatliches ist und in engster Fühlung mit dem Ministerium des Äußern steht, wodurch der mühselige Weg, den Deutschland durch die Gründung der Kabelgramm-Gesellschaft eingeschlagen hat, wesentlich verkürzt und vereinfacht wäre. Diese Angelegenheit erscheint gerade jetzt, da eine neue Balkankarte geschaffen wurde, ziemlich aktuell. Das Telegraphen-Korrespondenz-Bureau

teilt sich mit der Agence Havas in die Berichterstattung über die Balkanländer. Griechenland ist der Agence Havas vorbehalten. Nur Nachrichten, welche von den betreffenden Auslandsberichterstatlern des Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus herrühren, sowie sämtliche Nachrichten aus Bukarest finden über Wien den Weg in die Welt. Nun ist Albanien neu geschaffen worden, Griechenland ist bedeutend vergrößert und Herr über Saloniki geworden. Diese Grenzverschiebungen ziehen auch Verschiebungen in den Einflußsphären des Weltnachrichtendienstes mit sich. Sie sind in politischer Beziehung für den Einfluß aller Dreibundmächte von großer Bedeutung, in wirtschaftlicher Beziehung insbesondere aber für Österreich-Ungarn, welches vor dem Abschlusse neuer Handelsverträge mit den Balkanstaaten steht. Das Budget für das erste Semester 1914 spricht ein Mehrerfordernis für die Bestellung von vier Auslandsberichterstatlern des Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus an. Valona, Cetinje und Salonichi werden nachrichten-technisch unmittelbar an Wien angegliedert. Diese angeforderten Mehrausgaben wie überhaupt alle Auslagen für das Telegraphen-Korrespondenz-Bureau sind vielleicht die produktivsten Ausgabenposten im ganzen österreichischen Staatshaushalt.

Der Weltnachrichtendienst, der für Österreich durch das Telegraphen-Korrespondenz-Bureau besorgt wird, ist eines der wichtigsten Instrumente unserer äußeren Politik. Es sollte eigentlich als eine Selbstverständlichkeit anmuten, daß dieses Instrument ein Staatsinstitut ist.

Die Staatsverwaltung erachtet es als eine ihrer ersten Pflichten, gegen die Kartelle aufzutreten, welche private monopolistische Organisationen wirtschaftlicher Natur sind; sie sind imstande jenseits von Angebot und Nachfrage die Preise festzusetzen und greifen dadurch indirekt in das finanzielle Hoheitsrecht des Staates ein. Es gibt auch eine jenseits der Konkurrenz der Anschauungen bestehende monopolistische Gestaltung der öffentlichen Meinung; sie wird durch die großen Depeschembureaus verkörpert und übt einen maßgebenden Einfluß auf die Außenpolitik des Staates. Diese vornehmste Äußerung des Staatswillens steht wohl noch höher als seine Finanzhoheit. Die Existenz eines Privatmonopols zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung schlösse eine Negation des Staatsgedankens in sich. Für einen gesunden Staatsorganismus bedeutet die Verstaatlichung des Weltnachrichtendienstes eine Selbstverständlichkeit; und so werden dem Beispiele Österreichs in kürzeren oder längeren Abständen wohl alle anderen Staatsverwaltungen folgen müssen.



PIET V. REYHER, BERLIN: DIE „BRÜCKE“.

DER Zusammenschluß der gesamten Kulturmenschheit zu einer großen Einheit nähert sich nach und nach der Verwirklichung. Man braucht nur der zahlreichen internationalen Vereinigungen zu gedenken, um die bereits außerordentlich vorgeschrittene Gliederung auf dem weiten Gebiete der geistigen Arbeit zu erkennen. Wenn der Organismus der geistigen Arbeit indessen zur Tat werden soll, wird es eines zentralen Gliedes bedürfen, das diese Funktion der Organisierung für den ganzen Organismus auf sich nimmt.

In diesem Sinne nun ist eine Anzahl schöpferischer Geister und Organi-

satoren in eine dahin lenkende Gemeinwirksamkeit zusammengetreten, um dieses Zentralorgan für die geistige Funktion der Menschheit und damit gleichsam ein „Gehirn der ganzen Welt“ zu schaffen. Und zwar ist es „die Brücke“, das mit einer Hunderttausendmark-Spende Ostwalds am 15. Juni 1911 in München gegründete internationale Institut, das diese Organisierung der geistigen Arbeit auf allen Gebieten des Geisteslebens, wo immer ein Bedürfnis dafür vorliegt, nach einem einheitlichen Plane durchführen und so gewissermaßen als Nebenprodukt den Organismus der geistigen Arbeit entwickeln will.

Die „Brücke“ betrachtet das materielle und das geistige Leben der Menschheit als ein einheitliches Ganzes. Dieses Ganze will sie auf ethischer, d. h. sozialer Grundlage organisieren, und in dieser Organisierung erblickt sie einen wichtigen Kulturfortschritt. Und zwar soll das erstrebte Ziel mit der Schaffung eines Zustandes zusammenfallen, der es jedem auf irgendeinem Gebiet der geistigen Arbeit Auskunft Bedürftenden ermöglicht, von der Zentrale dieses Organismus, also von der „Brücke“, diese Auskunft selbst oder die Anweisung der in Frage kommenden Auskunftstelle zu erhalten. Aus diesen Darlegungen ergibt sich nun auch ohne weiteres die Begründung für die Namensbezeichnung des Instituts, das gleichsam die zusammenschließende „Überbrückung“ der einzelnen, auf getrennten Inseln entstehenden geistigen Produktionen zur harmonischen Arbeit zur Aufgabe hat.

Die Fähigkeit des An- und Eingleichens, des Registrierens und Katalogisierens ist ja seit jeher vor allen andern Völkern den Deutschen nachgerühmt worden. Und es mag wohl kein Zufall sein, daß sich auch als Bauleiter der „Brücke“ drei Deutsche — ein Balte, ein Österreicher und ein Deutschschweizer — zusammengetan haben, von denen der erste, Wilhelm Ostwald, ein Mann der Theorie, das Zusammenschauen und Zusammenfassen von jeher als die wichtigste seiner Lebensaufgaben angesehen, der zweite, Exz. Wilhelm Exner-Wien als k. k. Sektionschef und Präsident mehrerer staatlicher Ämter usw. dem organisatorischen Problem nach allen Richtungen nahe getreten ist, und der dritte, Generalsekretär K. W. Bühner-München, ein Mann der Praxis, in jahrzehntelanger Lebensarbeit die Reaktionen der Massenpsyche experimentell kennen zu lernen Gelegenheit gehabt hat.

Liegt es nun in der Aufgabe der „Forschungsinstitute“, die allerhöchsten Leistungen geistiger Arbeit, nämlich die schöpferische Forschung, durch Beschaffung der dazu erforderlichen Mittel zu befördern, so ist die „Brücke“ mit der viel bescheideneren Aufgabe an die Öffentlichkeit getreten, gerade umgekehrt, die einfachsten, elementarsten, trivialsten Seiten der geistigen Arbeit im Sinne des energetischen Imperativs zu bearbeiten. Und an sich ist ja kein Gegenstand interessanter als der andere. Der sich der Verwirklichung der „Brücken“pläne nun widmende Ehrenrat, der als ein Ansatz für das künftige „Gehirn“ der Welt zu gelten hat, bildet sich aus den bedeutendsten lebenden Vertretern der Wissenschaft und Kunst, der Praxis und Großfinanz, also der hervorragendsten schöpferischen und organisatorischen Kräfte der Welt. Er soll sowohl den hinzutretenden „Stiftern“ eine Gewähr sein für eine zweckmäßige Verwendung der gesammelten Gelder, als auch der Öffentlichkeit durch die Autorität seiner Glieder eine Garantie bieten für die Zweckmäßigkeit der durch die „Brücke“ zu empfehlenden Maßnahmen. Es sei hierbei auf ein bereits funktionierendes Riesenunternehmen, auf das der „Brücke“ angegliederte Internationale Bibliographische Institut in Brüssel hingewiesen, das die Aufstellung eines Gesamtkatalogs

über sämtliche je bis in die Gegenwart hinein erschienenen Schriften zur Aufgabe hat und diese bereits durch Registrierung von 8 Millionen von im ganzen etwa 25 Millionen veröffentlichten Schriften usw. gefördert hat. Ähnlich der hier bereits begonnenen Katalogisierung der Bücher hätte nun eine Katalogisierung des Inhalts sämtlicher Sammlungen der Welt zu erfolgen. Und es würden hier neben den geschichtlichen Denkmälern, den naturwissenschaftlichen Fundorten, den Architekturen usw. besonders auch die geistigen Schätze des Volksmundes, die Sammlung von Wörtern, Sagen usw. Beachtung verdienen. Weist uns weiter die Erfahrung nur zu oft auf die kulturhistorischen Werte hin, die auch Sammlungen unscheinbarer Druckschriften oft innewohnen, so wird der internationale Bibliothekskatalog neben den wissenschaftlichen und literarischen auch die Drucksachen des praktischen Lebens, wie Kataloge, Vereinsschriften, Kalender usw. nicht unberücksichtigt lassen dürfen. Und dasselbe hat auch vom anzulegenden internationalen Museumskatalog zu gelten, der auch gerade den modernen Sachen weitestgehende Aufmerksamkeit zu schenken hätte. Und weiter wird es zur leichteren Fühlungnahme der geistigen Arbeiter untereinander auch eines Adressenverzeichnisses sämtlicher lebender geistiger Arbeiter bedürfen, und zwar unter Berücksichtigung sämtlicher Organisationen und Gesellschaften, staatlicher und privater Auskunftsstellen der Welt.

Wenn wir uns nun den Arbeitsmitteln für die Zwecke der geistigen Arbeit zuwenden — und wir folgen hier den weitschauenden Ausführungen K. W. Bührers und U. A. Saagers —, so sehen wir, daß es unter ihnen zunächst die Verständigungsmittel sind, die eine Organisation, also Präzisierung und Vereinheitlichung geboten erscheinen lassen. Steht nun auch einerseits für die genaue Bestimmung von Anzahl und Zeit das ideale Zeichen der Ziffer und andererseits auch für die Angleichung der verschiedenen Kalender das Hilfsmittel der Umrechnungstabelle bereits zur Verfügung, so mangelt es dagegen noch hinsichtlich der Präzision der Ortsangaben und Karten an der erwünschten Einigung über gewisse Grundprinzipien, wie über die Technik, den Maßstab, die kartographischen Zeichen usw. Würde eine solche Einigung es doch ermöglichen, die Erde auf Grund einer durch Fachleute festzusetzenden Norm in eine bestimmte Anzahl kleiner, nach und nach kartographisch aufzunehmender Quadrate einzuteilen, wobei jedem Felde dieses Netzes eine Zählnummer sowie überdies zur genaueren Präzisierung ein Netz mit detaillierten Ziffernangaben zufiele. Es könnte also auf diese Weise neben der Einteilung des Himmels, über die behufs kartographischer Aufnahme desselben auf photographischem Wege eine Einigung längst besteht, auch eine solche der Erde, und zwar mit dem Ausblick erzielt werden, jeden beliebigen Erdort auf die einfachste Weise absolut klar und rationell zu bestimmen. Hier nun, wie auch in vielen anderen Fällen, gesellt sich überdies das Bedürfnis nach einer Präzisierung der Farben und nach deren einheitlicher Anwendung. Es wird sich mithin in dieser Richtung die Festlegung eines allgemeinen wissenschaftlichen Farbenatlas empfehlen und damit zugleich erzielen lassen eine objektive Darstellung aller möglichen Farben nach Ton, Helligkeit und Reinheit auf Grund wissenschaftlicher Prinzipien, welche wiederum eine entsprechende internationale Bezeichnung jedes vorkommenden Farbtones ermöglichen würden.

Und weiter ist es neben dem als Verständigungsmittel hoch zu wertenden Bilde, der graphischen Darstellung usw., die in dem Rahmen des Weltmuseums ihre Eingliederung reproduktiv finden sollen, besonders die Sprache, die als

wichtigster Behälter der geistigen Arbeit teils nach Präzisierung, teils nach Organisierung verlangt. Und zwar wird es sich im ersten Falle um die Anlage einer Sammlung sämtlicher auf der Erde gebrauchter Wörter und Ausdrücke in einem Weltwörterbuch handeln, in derartiger Anordnung, daß jeder Begriff möglichst durch Zeichnungen erläutert und durch alle erreichbaren Wörter sämtlicher Sprachen belegt wird. Ein solches Weltwörterbuch hätte natürlich auch die Fachsprache, die gesamte wissenschaftliche Nomenklatur, einzuschließen, aus der dann wiederum Speziallexika mit Fachausdrücken aller Sprachen für jeden erdenklichen Bedarf und Zweck zusammengestellt werden könnten. Und auch das Zeichen wird einer näheren Präzisierung und Einheitlichkeit zuzuführen sein, das Zeichen, wie dieses als Abkürzungsbehelf oder für sonst irgend geartete Zwecke in allen Sprachen reichlich zur Anwendung kommt. Es würde also in diesem Betracht analog der Wörtersammlung eine Zeichensammlung anzulegen sein, welche unter Einfluß der bereits internationalisierten meteorologischen und geologischen Kartenzeichen, der Notenschrift usw., lediglich das Brauchbarste einzubegreifen hätte.

Ungleich schwieriger als diese dürfte sich die gleichfalls erstrebte Vereinheitlichung der Schriftzeichen und Orthographie gestalten, zumal im Hinblick auf die innerhalb der einzelnen Sprachen selbst bestehenden, oft ein und denselben Laut wiedergebenden, verschiedenen Schriftzeichen und verschiedenen Schreibarten. Hier nun wird es sich im Sinne einer Organisierung der Sprache um die Schaffung einer Weltsprache handeln, der übrigens im Esperanto und Ido bereits eifrige Werber erstanden sind. Professor Jaensch war es, der seinerzeit in einem bezüglichen Preisausschreiben die Aufgabe dahin gestellt hat, durch sachgemäße, wissenschaftlich einwandfreie, physikalische Versuche festzustellen, welche Grundeigenschaften für die leichte und schnelle Lesbarkeit einer Weltsprache, d. h. Weltschrift, in Betracht kommen, und welche der zurzeit gebräuchlicheren Schriftformen diesen Bedingungen am meisten entspricht. Und neben den Stimmen der Wissenschaft hat unter anderem auch besonders das Rote Kreuz aus seinen Bedürfnissen heraus zu wiederholten Malen auf die Unentbehrlichkeit einer internationalen Verständigungssprache hingewiesen, der nun auch in dem 1911 in Bern gegründeten „Verband zur Gründung eines Weltsprachenamts“ ein neuer eifriger Schrittmacher erstanden ist. Besonders ist es unter den Staaten Schweden, das in letzterer Zeit eine lebhafte Propaganda erkennen läßt, sowohl für das Studium der Bedürfnisfrage einer Welthilfssprache als auch für die Einsetzung eines die erforderlichen Staatsverträge und die sprachtechnischen Untersuchungen vorbereitenden Arbeitsausschusses.

Sind es bisher lediglich die Verständigungsmittel gewesen, die wir unter dem Gesichtspunkt der Vereinheitlichung betrachtet haben, so werden wir uns jetzt der Organisierung der Veröffentlichungsmittel zuzuwenden haben. In diesem Sinne nun wird sich die Aufgabe der „Brücke“ in erster Linie zu erstrecken haben auf die Erhaltung der Beweglichkeit des Gedankens sowie auf die Einheitlichkeit der Formate und auf die Einheitlichkeit der Ordnung der Schriftwerke.

Überblicken wir nun zunächst den gesamten in Druckwerken aller Art angesammelten Gedankenschatz der Menschheit, so finden wir, daß ein und derselbe Gedanke nicht bloß einmal ausgesprochen, sondern tausendfältig wiederholt ist. Es könnte hiernach somit eine Masse von Ballast ohne Schädigung des allgemeinen Besitzes an geistiger Arbeit aus dem Gebrauche ausgeschieden und dadurch die Übersicht wesentlich vereinfacht werden. Oder

mit andern Worten: es könnten die „Gedanken“ aus ihrer formalen Bearbeitung, also aus den Druckwerken herausgelöst und enzyklopädisch in beweglichen Heften für sich betrachtet werden, wie es die Form der Einzelfixierung der Gedanken, die Monographie, am besten ermöglicht. Ein solcher von allem ideellen und papiernen Beiwerk und aller materiellen Gebundenheit befreiter, einzelfixierter „Gedanke“ trüge das Vermögen in sich, sich in jede Sammlung homogener Schriften leicht einreihen zu lassen. Denken wir nun alle diese „Gedanken“, die der geistigen Arbeit entspringen, einzeln gedruckt und diese Einzelschriften in Sammelschachteln niedergelegt, so würden wir in der Gesamtheit dieser Schachteln eine Weltenzyklopädie der geistigen Arbeit vor uns entstehen sehen, die wiederum durch entsprechende Auswahl, nicht nur eine Reihe anderer Nachschlagewerke, wie ein Konversationslexikon u. a. m., sondern auch jedem einzelnen die Anlegung einer ganz individuell zusammengestellten Schriftensammlung ermöglichte.

Aber nicht allein mit der Wissenschaft, auch mit der Kunst haben wir es innerhalb dieser Betrachtungen zu tun. Während die wiederholte wissenschaftliche Bearbeitung eines Gegenstandes nach Erschöpfung seines Wesens einer Energieverschwendung gleichkäme, werden indessen die mannigfachen künstlerischen Bearbeitungen eines Gegenstandes mit Rücksicht auf deren individuellen Wertgehalt durchaus berechtigt erscheinen müssen. Es werden aber gleichwohl auch hier die Vorteile der Bilderreproduktion in Monographieform bzw. Monoform statt in Buchform nicht zu unterschätzen sein, zumal bei gleichzeitiger Festlegung eines einheitlichen Formats für diese. Und zwar einmal schon in der Erwägung, daß eine solche Einrichtung jedem einzelnen die freie Zusammenstellung und Ergänzung einer eigenen einheitlichen Bilderei ermöglichte. Und würde doch weiter diese Beweglichkeit die Einfügung eines, ja oft ein und desselben Blattes von wechselnden Gesichtspunkten aus in denkbar verschiedenen Sammlungen gestatten, so unter Naturkunde, künstlerische Technik, Kulturgeschichte usw. Wir werden also auch hier die nützlichen Ergebnisse, die eine Zerlegung des Wissens in Monographieform zeitigt, nicht verkennen, sondern aus den zahlreichen Bausteinen der Monographien immer deutlicher das umfassende Gebäude eines Weltlexikons des Gesamtwissens, einer gedruckten Weltenzyklopädie, vor unser Auge treten sehen können. Und mehr; es wird sich mit der Verbreitung einer beweglichen Denkweise, wie sie automatisch aus der hier geschaffenen Beweglichkeit der einzeln fixierten Gegenstände des Denkens hervorgehen würde, zugleich das Mittel entfalten, das einer individuellen Verarbeitung der geistigen Arbeit mehr den Weg ebnet. Bühner war es, der die Idee der Veröffentlichung in Monographieform zuerst klar zum Ausdruck gebracht hat, und Saager hat ihr die prägnante Fassung gegeben: „Wie Gutenberg den starren hölzernen Schriftblock in bewegliche Buchstaben zerlegte und sie dadurch zu Individuen erhoben hat, mit denen die Menschheit ihr unendlich vielseitiges geistreiches Spiel treiben kann, ebenso sollen durch die Idee der Monographie die Gedanken und Geisteswerke selbst nicht minder beweglich und kombinierungsfähig und durch Format und Registrierung einheitlich und handlich gemacht werden.“ Denkt man dem hier entwickelten Prinzip in seinen weiteren Konsequenzen nach, so wird man dem Urteil jenes hervorragenden deutschen Museumsdirektors gewissermaßen zuneigen dürfen, nach welchem seit der Erfindung der Buchdruckerkunst keine Idee als diese zu einer so durchgreifenden Umprägung unserer Kulturzustände berufen gewesen ist.

Was nun die bereits berührte Vereinheitlichung der Formate angeht, so erklärt sich dieser Wunsch aus der gegenwärtigen Systemlosigkeit in den Formaten von Büchern, Bildern und Druckwerken aller Art und den zugleich nur sekundären und zufälligen Ursachen, die diesen Massen zugrunde liegen. Gibt es doch der Vorzüge, die sich aus einer allgemeinen Einführung der Einheitsformate ergeben, eine ganze Reihe, in der die Raumersparnis der Büchereien und Archive sowie die Verbilligung der Einrichtungskosten, der Papierfabrikation (infolge der Vereinheitlichung der Maschinen) und der Druckschriften selbst nicht an letzter Stelle stehen.

Die gedachten Formate werden am besten in eine solche Beziehung zueinander zu bringen sein, daß sie durch einfaches Falzen, d. h. durch Halbieren der Oberfläche aufeinander reduziert oder auseinander hergestellt werden können. Und es werden dabei die so entstehenden verschiedenen Formate untereinander geometrisch ähnlich sein müssen, d. h. es wird das Verhältnis von Seite zur Höhe bei all diesen Formaten durch die gleiche Zahl auszudrücken sein. Eine in diesem Sinne nun unternommene Untersuchung Ostwalds hat zu dem Resultat geführt, daß sich auf Grundlage gewisser allgemeiner und allseitig anerkannter Voraussetzungen eine ganz eindeutige Reihe von Formaten bestimmen läßt, welche durch eine einfache Formel ausdrückbar, auf das Zentimeter als die wissenschaftliche Längeneinheit bezogen sind, und welche für alle Bedürfnisse die erforderlichen Abmessungen ergeben.

Diese Weltformate würden in Zentimetern folgende Maße ergeben: Für Wertzeichen usw. $1/1.41$; $1.41/2$; $2/2.83$; $2.83/4$; $4/5.66$; $5.66/8$; $8/11.3$. Für Taschenformat: $11.3/16$. Für Werkformat (wissenschaftliche und technische Werke): $16/22.6$. Für Atlanten, Kunstblätter usw.: $22.6/32$; $32/45.3$. Für Landkarten usw.: $45.3/64$; $64/90.5$; $90.5/128$; $128/181$; $181/256$ Es dürften hiernach die in so vielfältiger Richtung als hinderlich empfundenen wilden Formate nicht nur weiter entbehrlich erscheinen, sondern auch, wie bereits dahin zielende Verständigungen und praktische Maßnahmen einer Anzahl hervorragender wissenschaftlicher Gesellschaften, Verleger u. a. zeigen, den aufgestellten internationalen Massen bald weichen.

Mit der Organisierung des Schrift- und Druckwerks sind die Aufgaben der „Brücke“ indessen noch nicht erfüllt. Im ersten Zusammenhange mit den besprochenen Maßnahmen steht zugleich auch ihr Bestreben nach Einführung eines einheitlichen Ordnungs- und Registriersystems, das als Hilfsmittel rein technischer Art einen jeden Zweifel ausschließende Klarheit und Allgemeinverständlichkeit in sich trägt. Es gewinnt hier ein sachdienliches Interesse der Hinweis, daß die allgemein anerkannte Leistungsfähigkeit der amerikanischen Bibliotheken nicht zuletzt auf dem überaus sicher und schnell funktionierenden dortigen Registriersystem, einer Erfindung des Amerikaners Melvil Dewey, beruht, das übrigens auch schon von dem Internationalen Bibliographischen Institut in Brüssel und zahlreichen anderen Bibliotheken auf der ganzen Erde übernommen worden ist. Nennt doch 1911 schon J. Thron die Tables Générales des Brüsseler Instituts, denen weit über 40 000 verschiedene Rubriken des Wissens zugrunde liegen, die vollständigste und modernste Methodologie des menschlichen Wissens. Der Aufbau und die Anwendung des überaus einfachen Systems, das sich die Eigenschaften der Dezimalzahlen zunutze macht, gehen dahin, daß jede der Hauptzahl rechts zugesellte Ziffer den ordinalen Wert der vorangehenden Ziffer nicht einschränkt und eine Unterabteilung der vorangehenden Ziffer bedeutet. Die

leitende Idee des Systems läßt sich am besten an einem Schema veranschaulichen. Und zwar denken wir uns zunächst einen Kreis, der den Umfang des gesamten menschlichen Wissens darstellen soll, also die Gesamtheit aller Dinge, über welche überhaupt Bücher geschrieben werden können. Wir zerlegen alsdann diese Gesamtheit des Wissens in für sich getrennte Hauptdisziplinen, indem wir den Kreis in zehn, mit den Ziffern 0 bis 9 zu bezeichnende Kreissektoren einteilen, in deren Gebiet sich jedes geschriebene Buch unterbringen ließe. Diese zehn Kreissektoren umfassen der Reihe nach folgende Abteilungen bzw. Disziplinen: 0 Allgemeines; 1 Philosophie; 2 Religion; 3 Nationalökonomie und Recht; 4 Philologie; 5 Naturwissenschaft und Mathematik; 6 Angewandte Wissenschaft und Kunst; 7 Schöne Künste; 8 Literatur; 9 Geschichte und Geographie. Halten wir nun an dem Prinzip der Zehnteilung auch weiter fest, so werden wir bei der jedesmaligen weiteren Zehnteilung der einzelnen neuerhaltenen Kreissektoren immer wieder zehn neue, immer wiederum in zehn weitere Abteilungen teilbare Abteilungen erzielen. Denken wir uns nun in die letzten Konsequenzen dieses Systems hinein, so dürfte sich zeigen, daß die Einfachheit eines solchen Systems der Registrierung nicht gut überboten werden kann. Nicht nur, daß seine Ausdehnungsfähigkeit den Vorzug der Unbegrenztheit aufweist, es würde nach dieser Methode die Bezeichnung des Allgemeinsten sowie des Speziellsten, ja selbst des Individuums möglich werden.

Verfolgen wir nun die beiden Organisationsgrundsätze der Format- und Registratureinheitlichkeit in ihren gemeinsamen Wirkungen, so erkennen wir, daß sie nicht nur die einheitliche Zusammenfügung aller weltenzyklopädischen Schriften und Bilder, sondern auch die Einfügung einer Sammlung in die andere, also auch in das Brückenarchiv, ermöglichen. Diese Weltenzyklopädie an sich existiert nun bereits und ist eben dabei, aus der Zahl der auf jedem Gebiet bestehenden Sammlungen neue Glieder anzusetzen. Es gilt vor allem, das Vorhandene zunächst zu inventarisieren, sowie die Zusammenfassung des Bestehenden vorzubereiten, so namentlich durch Vorschlag eines bestimmten Termins für die allgemeine Einführung der Weltformate für den Buchdruck und andere Zwecke. Hat doch das Weltarchiv der „Brücke“ durch Zuwendung einiger hervorragender privater Sammlungen schon eine breite Grundlage für die weitere Ausgestaltung erhalten, und liegt es doch andererseits in seiner Aufgabe, neben der Zusammenstellung des vorhandenen Materials zugleich dessen Lücken im organisatorischen Wege zu ergänzen.

Um nun die vernünftigen Methoden der Organisation zu verbreiten, wird es sich neben der Anregung und Belehrung durch das 300 führende Organisatoren aller Berufe und Länder vereinigende Internationale Organisationskollegium der „Brücke“ weiter empfehlen, diese Methoden, wie Friedrich Kuntze im „Kunstwart“ rät, auch zum Gegenstand eigener Vorlesungen auf der Universität zu machen. So sehen wir die „Brücke“ sich neben ihrer Tätigkeit als Auskunftsstelle der Auskunftsstellen, die auf jede nur erdenkliche Frage eine genügende Auskunft erteilen können wird, und neben ihrer Eigenschaft als einer allgemeinen parlamentarischen Vertretung der Geistesarbeiter jeder Richtung zugleich zu einer Zentralstelle, zu einer Hochschule der Organisation entwickeln.

CHRONIK

EIN Gesetz gegen die Trusts in den Vereinigten Staaten: Senator Hitchcock hat der Finanzkommission des amerikanischen Senates einen Antrag unterbreitet, demzufolge alle Aktiengesellschaften oder Trusts mit einem Kapital von mehr als 400 Millionen Mark, sofern sie wenigstens den vierten Teil ihrer Produktionsbranche in Händen haben, einer progressiven Spezialsteuer unterliegen sollen.

Der Antrag geht auf Initiative des Richters Reynolds und einflußreicher Kreise der herrschenden demokratischen Partei zurück. Er hat gegenüber den Maßregeln der republikanischen Partei, welche auf Einleitung von Gerichtsverfahren gegen die Trusts und den Versuch einer Niederlegung dieser großen Unternehmungen hinauslief, wesentliche Vorteile. Diese Niederlegung mußte in vielen Fällen so unorganisch und unvernünftig erscheinen, daß die Gerichte eben doch vor einer strikten Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen zurückschrecken. Andererseits ist es jedoch zweifellos gerecht, daß die großen Unternehmungen, die einen Produktionszweig beherrschen, die Konkurrenz ausschließen oder in den Hintergrund drängen und dadurch die Fähigkeit einer Erzwingung höherer Preise und damit eine Erzielung höherer Gewinne erlangen, einen Teil dieser Gewinne in Form einer Progressivsteuer an die Gesamtheit abführen.

Allerdings mag die Vertrustungstendenz eine um so größere Verlangsamung erfahren, je weniger gewinnbringend es wird, solche Unternehmungen zu schaffen. Wenn sich jedoch die Steuer in gewissen Grenzen hält, mag sie eine Störung der Konzentrationstendenz vermeiden und nur den obengenannten vernünftigen Zweck erreichen.

Der auf Kosten des Publikums erzielte Monopolgewinn würde dem Publikum selbst wieder zufließen, dem Trust bliebe einfach jener Gewinn, der ihm aus der Betriebsersparnis sowie durch Auflassung minder vollkommener Unternehmungen und Ersparnis der Propagandakosten erwüchse, somit ein durchaus legitimer Gewinn, der ihm und seinen Arbeitern zugute käme, ohne der Gesellschaft organischen Schaden zuzufügen.



Kanadische Trusts: Während bisher die Trusts des amerikanischen Kontinents sich ganz überwiegend in den Vereinigten Staaten bildeten und es in Kanada durch zielbewußte Politik und größeren Staatseinfluß gelang, ihre Bildung hintanzuhalten, ist kürzlich in Ottawa, der kanadischen Hauptstadt, ein Trust von Riesengröße gegründet worden. Er nennt sich „Canadian Transportation Lines Company“ und faßt alle kanadischen Binnenschiffahrtslinien zusammen. Die Einnahme derselben beträgt bereits heute annähernd 100 Millionen Mark pro Jahr, und der Trust wird sie gewiß noch wesentlich steigern können.

Er wird den Frachten- und Personenverkehr auf den kanadischen Gewässern beherrschen und setzt es sich zur Aufgabe, auch mit den amerikanischen Schiffahrtslinien in Konkurrenz zu treten und die Getreide Transporte von den westlichen Ebenen her, die bisher über amerikanische Osthäfen gingen, nach den kanadischen Häfen abzuleiten.

Es soll sich also zunächst nicht etwa um Hinaufsetzung der Preise und damit Schädigung des Publikums, sondern eher um großzügige Verkehrspolitik handeln. Um die

amerikanische Konkurrenz auszu-schließen, wird es in gewissen Fällen sogar nötig sein, die Frachtpreise zu erniedrigen.

Unbeschadet dessen zeigt der Fall, daß die Trusts sich auch im kanadischen Staatsgebiet entwickeln, und damit würden die bedeutsamen Probleme einer Verstaatlichung der Privatmonopole auch für dieses Land, dessen wirtschaftliche Probleme bisher so leicht zu lösen schienen, ihre Bedeutung gewinnen.



Industriekonzentration in Rußland: Auch in Rußland setzt sich die moderne Konzentrationstendenz in der Industrie allmählich durch. Zwei große Unternehmungen der Metallindustrie, die Prodrumeta und die Produgol, von denen die erstere in ganz Rußland und Polen und dem Uralgebiet Filialen besitzt, während die letztere sich in Südrußland konzentriert hat, sind im Begriffe, sich zu einem die Metallindustrie beherrschenden Riesenunternehmen zusammenzuschließen. Beide Gesellschaften haben bereits in letzter Zeit eine Reihe von Kohlenlagern angekauft und so große Unabhängigkeit von den Rohproduzenten erlangt. Auch Rußland scheint allmählich die modernen ökonomischen Probleme in der üblichen internationalen Form anzunehmen und das mag manche anachronistische Fragen in den Hintergrund drängen und Rußland den anderen Industriestaaten mehr und mehr angleichen.



Ein Trinkgeldtrust in New York: Ein eigenartiger Trust, der des Trinkgeldempfanges, wurde kürzlich in New York gegründet. Die Gesellschaft hat zur Aufgabe, alle Trinkgelder, die von Gardero-

biären, Kellnern, Laufjungen usw. empfangen werden, einzukassieren. Sie führt einen Teil der Summe an die Besitzer der betreffenden Lokale ab, die ihrerseits ihren Angestellten entsprechend verbesserte Gehälter zahlen. Ein eigener Beauftragter der Gesellschaft wird in den Garderoben, bei den Türen der Restaurants usw. aufgestellt und die Angestellten haben die empfangenen Trinkgelder in dessen Büchse einzulegen.

Gewiß ist eine absolute Kontrolle nicht möglich, aber die bisherige Erfahrung scheint zu zeigen, daß die Angestellten, die mit der Gesellschaft ein Abkommen schließen und dementsprechend höhere Gehälter empfangen, es überwiegend als Ehrensache betrachten, keinerlei Defraudation der Trinkgelder zu verüben.

Die Gesellschaft hat bereits eine erstmalige, recht günstige Dividende bezahlen können, die Angestellten wieder finden es ihrer demokratischen Würde entsprechender, Gehälter als Trinkgelder zu empfangen.

D. Bryan.



Der internationale Hotelbesitzer-verband mit dem Hauptsitz in Köln hat einen Jahresbericht herausgegeben, aus dem die Stärke dieser internationalen Organisation klar hervorgeht. 1700 Hotels mit einem Kapitalwert von 1 800 000 000 Mk. waren im Jahre 1911 dem Verbands angeschossen. Diese Hotels enthalten 162 000 Zimmer mit 220 000 Betten, also im Mittel etwa 95 Zimmer pro Hotel. Im Jahre 1911 haben sie 248 Millionen Mark für Ankauf von Nahrungsmitteln ausgegeben, an direkten Steuern jedoch bloß 11½ Millionen bezahlt.



Die Sparkassenguthaben der Kulturländer: Die Sparkassenbewegung

hat in den letzten Jahrzehnten bekanntlich enorme Dimensionen angenommen. Immerhin mag es manchen überraschen, zu hören, daß in Amerika allein im Jahre 1912 18 Milliarden Mark in den Sparkassen deponiert waren, in Deutschland fast ebensoviel, 16 Milliarden. Nachher kommen Österreich-Ungarn, England, Frankreich, Italien. Am tiefsten ist die Sparkassenidee in Dänemark und der Schweiz in die Bevölkerung gedrungen. In Dänemark haben 54 % aller Einwohner ein Sparkassenbuch, in der Schweiz 52 %. Weiter folgen dann Norwegen mit 41 %, Schweden mit 38 %, Australien mit 35 % und Deutschland mit 32 %.

Dagegen sind die Guthaben im Durchschnitt in den Vereinigten Staaten am höchsten, 1900 M.



Der Weltpostverein: Aus dem Berichte des Weltpostvereins für 1912 geht hervor, daß die dem Weltpostverband angeschlossenen Länder heute einen Flächeninhalt von 116 310 884 qkm und eine Einwohnerzahl von 1 279 176 548 Personen besitzen. Wie im nachstehenden näher ausgeführt, hat dieser Verband, der für das wechselseitige Mitteilungsbedürfnis einer so ungeheuren Anzahl von Personen zu sorgen hat, auch tatsächlich ein überaus umfassendes Jahresbudget. Die internationale Behörde,

die ihn leitet, gehört, was die Behandlung bedeutender Geldsummen anlangt, zu den wichtigsten finanzpolitischen Zentren der Erde.

Die Kongresse von Wien, Washington und Rom haben bestimmt, daß das internationale Bureau die Abwicklung der wechselseitigen Rechnungen der einzelnen Staaten zu übernehmen habe, insofern diese darum ansuchen. Die so im Jahre 1912 liquidierte Summe belief sich auf 116 192 370 Franken, um 11 775 072 Franken mehr als im Vorjahre.

Das Bureau hat ein Verzeichnis aller Postämter der Erde herausgegeben, um so die Schwierigkeit der Versendung auch nach den entferntesten Ländern und den kleinsten Orten auch bei mangelhafter Adresse auf ein Minimum einzuschränken.

Im Jahre 1912 wurden 981 500 internationale Kupons für bezahlte Rückantwort vom Bureau ausgegeben.

Das Bureau hat ferner eine Reihe von internationalen Untersuchungen, insbesondere über Nachahmung von Briefmarken, Weihnachts- und Neujahrsmarken durchgeführt. Andere Untersuchungen, z. B. bezüglich des Transports der kinematographischen Films, Feststellung der Distanzen für die Postbeförderung zur See usw., usw., sind im Zuge. Auch ein Konflikt zwischen zwei nationalen Postverwaltungen wurde durch das Bureau geschlichtet.



RICHTUNGSLINIEN DES FORTSCHRITTS VON PROFESSOR DR. R. BRODA-PARIS

DIE VERSTAATLICHUNG DER PRIVATMONO- POLE.

DIE Übernahme der Produktionsmittel in den Kollektivbesitz der öffentlichen Körperschaften ist bekanntlich das wesentlichste Ziel der sozialistischen Bestrebungen. Aber ein eigenartiger Gegensatz in der Beurteilung von Zukunftsziel und Gegenwartsproblem hat es mit sich gebracht, daß der tatsächliche allmähliche Übergang der monopolisierten Industrien zum Staats- und Gemeindebetrieb, in Deutschland zumindestens, ganz jenseits sozialistischen Einflusses vor sich geht. Vielfach sind es sogar konservative Parteien gewesen, welche die Verstaatlichung wichtiger Produktionszweige, die Schaffung bedeutender Staatsmonopole forderten, ohne daß man der Frage auch nur ein sehr wesentliches Augenmerk zugewendet hätte, ob es sich nicht eben hierbei um die Verwirklichung bedeutungsvoller, für die Erreichung des sozialistischen Endziels unentbehrlicher Entwicklungsstufen handelt.

In den angelsächsischen Ländern hat sich das Problem schärfer abgezeichnet: dort wird allerdings z. B. die Verstaatlichung der Bahnen von den Sozialisten und den ihnen nahestehenden radikalen Gruppen mit großem Eifer vertreten, von den konservativen Richtungen mit ebensolcher Entschiedenheit (als sozialistische Forderung) abgelehnt; und während sich der Gedanke der Bahnverstaatlichung in Australien durchgesetzt hat und in England eben jetzt durchzusetzen beginnt, gibt es im weiten Amerika noch keine einzige Staatsbahn.

Die scheinbare Unlogik der deutschen Problemstellung ist aber in Wahrheit vielleicht letzte Vernunft, weil man eben das Problem nicht in seinem ganzen beängstigenden Umfang ansieht, sondern in seinen einzelnen Etappen, die eine nüchterne Würdigung auf Grund der konkreten Tatumstände erleichtern.

Trotzdem mag es einen gewissen Wert haben, einmal den verschiedenen hohen Entwicklungsgrad der auf Übernahme der Produktionsmittel in kollektiven Besitz hinzielenden Bewegung in den wichtigsten Kulturländern vergleichend und einheitlich zu betrachten. Dies soll Aufgabe der folgenden Zeilen sein.

Die alte Auffassung, daß das Eigeninteresse allein eine hinreichende Basis für jedweden wirtschaftlichen Betrieb bilde, hat zuerst bei der Beurteilung des Eisenbahnproblems allerorten ernsten Widerspruch gefunden; man wurde sich mehr und mehr darüber klar, daß ein Betrieb der Bahnen vom rein privatwirtschaftlichen Gesichtspunkt aus sehr wichtige Interessen gefährde, und daß eben diese Interessen durch einen von sozialen Gesichts-

punkten geleiteten öffentlichen Eisenbahndienst wesentlich besser berücksichtigt werden könnten. Die schlimmsten Auswüchse des rein privatwirtschaftlichen Eisenbahnbetriebs, wie sie in den Vereinigten Staaten Nordamerikas in den letzten Jahren soviel Erregung hervorriefen, sind ja in Europa niemals bekannt geworden. In den Vereinigten Staaten haben häufig große Kapitalmächte, vor allem Trusts, die Herrschaft über einzelne Bahnstrecken erlangt und diese durch Verweigerung der Transportgelegenheit oder durch Differentialtarife direkt mißbraucht. In vielen anderen Fällen wieder konnte zumindest die gleichmäßige Verteilung von Sonne und Wind im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf durch mißbräuchliche Festlegung ungleicher Tarife sehr wesentlich gehemmt werden. Gewährleistung unparteilicher Tarifpolitik müßte also als einer der wichtigsten Vorteile staatlichen Betriebs der Eisenbahnen erscheinen.

Darüber hinaus jedoch nicht bloß Gewährleistung unparteilicher sondern auch solcher Tarifpolitik, die nicht bloß Steigerung des Betriebsüberschusses, sondern Förderung all der Industrien, welche auf den Bahntransport angewiesen sind, Förderung der rein menschlichen und kulturellen Interessen der Bewohnerschaft im Auge behält. Nach dieser Richtung hin zeigt etwa ein Vergleich der preußischen Staatsbahnen mit den französischen Privatbahnen *), wie wesentlich günstiger für das reisende Publikum ein Staatsbetrieb arbeitet. Der Kilometer 2. Klasse auf der preußischen Staatsbahn kostet bekanntlich 4,5 Pfennig, der Kilometer der in Ausstattung der Abteile, Berechtigung zur Benutzung aller Züge usw. ungefähr entsprechenden ersten Klasse auf den französischen Bahnen 9 Pfennig, also genau das Doppelte; ebenso was die unterste Fahrklasse anbelangt, (Preußen 4., Bayern 3. Klasse: 2 Pfennig pro Kilometer gegenüber 4 Pfennig für die unterste Fahrklasse der französischen Bahnen).

Ebenso klar sind die Vorteile des Staatsbetriebs für Wahrung der Sicherheit der Reisenden. Hier können allerdings nicht die französischen Bahnen zum Vergleich mit den preußischen Staatsbahnen herangezogen werden, — denn was Sicherheitsfragen anlangt, stehen auch sie unter Aufsicht staatlicher Kontrollorgane, sondern die im wesentlichen gänzlich kontrollosen amerikanischen Bahnen, auf denen im Durchschnitt der Jahre 100 000 Verletzungen von Bahnorganen oder Passagieren infolge von Betriebsunfällen vorkommen oder doch vorgekommen sind (davon 10 000 tödlich), während die entsprechenden Zahlen in Deutschland nur einen ganz kleinen Bruchteil dieser schreckenvollen Ziffern ausmachen. Der Staat legt eben selbstverständlichen Wert darauf, seinen Bürgern entsprechende Sicherheit zu bieten; die privaten Bahnverwaltungen dagegen stellen diesem Gesichtspunkte das Interesse an Ersparnis allzu kostspieliger Sicherheitsvorrichtungen voran.

Sehr oft sind auch Privatgesellschaften nur zum Bau solcher Strecken bereit, welche sicheren und baldigen Gewinn versprechen, es sei denn, daß der Staat die Zinsengarantie übernehmen will, die unter Umständen seine Finanzen stark belastet, ohne im übrigen die Vorteile des Staatsbetriebs zu bieten. Eben dies gilt für mehrere französische Bahnen. Staat und Volk haben jedoch häufig ein Interesse daran, daß auch wirtschaftlich weniger entwickelte Gebiete — entweder aus strategischen Gründen oder um kultureller und wirtschaftlicher Erschließung des Landes willen — von Bahnen durchzogen werden. Diesem Gesichtspunkt wieder kann viel besser als durch

*) Siehe meinen Aufsatz in der Juninummer 1912.

die Übernahme der Zinsengarantie durch den Staat durch unmittelbaren staatlichen Betrieb Rechnung getragen werden. All dies wird in Deutschland wohl so allgemein zugegeben, und andererseits ist ja rein tatsächlich der Wettbewerb zwischen Staat- und Privatbahnen so vollständig zugunsten des Staates entschieden, daß für Leser aus dem Deutschen Reich die vorstehenden Darlegungen wohl nur ein rein akademisches Interesse haben. Für Österreich und Ungarn ist die Frage schon praktisch interessanter und für die meisten anderen Länder, wie schon gesagt, noch durchaus ungelöst und darum im Brennpunkte des Interesses stehend.

Die englische Regierung hat eben vor wenigen Wochen eine Kommission eingesetzt, welche die relativen Vorteile des Staatsbetriebs studieren soll, und in der liberalen Partei, speziell in ihrem linken Flügel, mehren sich die Stimmen zugunsten einer Verstaatlichung der englischen Bahnen. Hat die liberale Regierung die Kraft, dieses große Werk durchzuführen, dann würde allerdings ein wesentlicher Schritt zur Ausbreitung des Staatsbahnsystems über die Erde getan werden, dann würde wohl auch Amerika über kurz oder lang dem Beispiel der Schwesternation folgen.

Deutschland ist, wie bereits bemerkt, bei einer höheren Stufe des staatlichen Betriebs angelangt; die Bahnen stehen im unbestrittenen Staatsbesitz; in den Bergwerken stehen sich beide Systeme, staatliche und private Regie, gegenüber.

Gewiß muß zugegeben werden, daß jene elementaren, auch dem rein kaufmännischen Standpunkte einleuchtenden Gesichtspunkte bei Übertragung der Problemstellung auf den Bergwerksbetrieb nicht gleich lebhaft in Erscheinung treten. Den Bergwerken kommt naturgemäß eine nicht so durchschlagende Monopolstellung zu wie den Bahnen, die freie Konkurrenz kann da eher regelnd eingreifen.

Aber doch auch nur bis zu einem gewissen Grade, weil eben gerade die Bergwerksprodukte vielfach schon durch ihr Gewicht eine Verfrachtung auf weite Strecken weniger rentabel erscheinen lassen und damit der Verkaufspreis und die sonstigen Verfügungen einer Gruppe von Bergwerksherren sehr wohl auf Wohl und Wehe der Industrien im Umkreise einen entscheidenden Einfluß ausüben können. Am schärfsten tritt dies im Falle eines Streiks zutage. Als sich die englischen Bergwerksgesellschaften mit ihren Arbeiten nicht verständigen konnten und der Generalstreik erklärt wurde, da litten nicht bloß die beteiligten Bergwerksbesitzer und deren Arbeiter, sondern auch ganz unbeteiligte Arbeiter und Angestellte der auf Kohlenfeuerung angewiesenen englischen Industrie und auch die gewiß unbeteiligten Hausfrauen Englands. Gewiß hat man Systeme ersonnen, welche obligatorische oder doch fakultative Schiedsgerichte für den Bergwerksbetrieb vorsehen, bzw., wie in England, Lohnämter eingesetzt, welche die Wiederkehr von Streiks wesentlich seltener machen; wirklich ausgeschlossen können sie nur durch eine Kombination des Industriekonstitutionalismus mit dem Staate werden.

Auch in streikloser Zeit können sich mächtige Produzentenverbände, speziell in der Kohlenerzeugung, leicht zu Mißbrauch ihrer dem Monopol sich nähernden Stellung hingeneigt fühlen. Zweifelsohne hat ein Betrieb wie das deutsche Kohlensyndikat nicht mehr die wesentlichen Vorteile des Privatbetriebes, die freie Konkurrenz, der Antrieb des eigenen Interesses zu kaufmännischer Vervollkommnung fehlen; das Günstigste, was gesagt werden kann, ist, daß gewisse wesentliche Vorteile des Staatsbetriebs — wie Regelung des Verkaufs, Anpassung der Produktion an den Bedarf, Vermeidung von

Überproduktion — durch diese Vertrustung erzielt werden können. Der Staatsbetrieb selbst würde naturgemäß diese Vorteile in einer noch zweifelloseren Weise gewähren und ihnen die Sicherung gegenüber einer Ausnützung des Privatmonopols zur Bereicherung der Bergwerksbesitzer angliedern.

Zu diesen allgemeinen Gesichtspunkten treten dann vielfach noch spezielle wirtschaftliche Interessen der bereits bestehenden Staatsbetriebe. Die Staatsbahnen haben naturgemäß den Wunsch, sich von der privaten Kohlenproduktion durch den Betrieb staatlicher Bergwerke unabhängig zu machen und sich den Bezug dieses wichtigsten Rohmaterials zu verbilligen. In Deutschland wie in Australien — den beiden Ländern, in denen wichtige Schritte auf dem Wege zur Bergwerksverstaatlichung getan worden sind — hat man denn auch zunächst Kohlenbergwerke für Zwecke der Staatsbahnen erworben; in Australien ging man übrigens in dieser Richtung noch weiter, indem man auch Waggon- und Lokomotivfabriken sowie Werke zur Herstellung aller für die Bahnen notwendigen Maschinen errichtete und so von dem zentralen Strahlungspunkte der Verstaatlichung aus, der eben durch die Staatsbahnen gebildet wurde, alle erreichbaren Industrien angliederte.



Noch reiner vielleicht tritt die wesentliche Problemstellung, Staatsmonopol versus Privatmonopol, in jenen anderen Industrien zutage, in denen ein Zeitalter des Konkurrenzkampfes aller gegen alle durch die Bildung von Kartellen oder Trusts abgelöst wurde. In Deutschland und Österreich wäre es z. B. die Zuckerindustrie, die mit in erster Linie als reif für eine solche Verstaatlichung bezeichnet werden müßte, weil eben die wesentlichen Vorteile der Privatkonzurrenz durch die Bildung eines Kartells aufgehoben werden, während die Beseitigung der solchem Kartell anhaftenden Nachteile eines Mißbrauchs der Monopolstellung eben durch den Staatsbetrieb ausgeschaltet werden würde. In Deutschland hat man sich jedoch mit dieser Frage noch nicht entsprechend nahe beschäftigt, man ist sich noch nicht entsprechend klar darüber geworden, daß sich in den meisten Großindustrien ein Zusammenschluß der Interessenten vollzieht, der gewiß notwendig sein mag, um Verschleuderung der Werte in übermäßiger, gegenseitiger Konkurrenz, um Überproduktion und verheerende Krisen zu vermeiden, der aber naturgemäß zu einem solchen Reifezustand führen muß, daß die Verstaatlichung eine leichte und mühelose wird und zugleich *s e g e n s v o l l* deshalb, weil sie eben den Gefahren des Privatmonopols in restloser und endgültiger begegnet. *)

In Deutschland hat man sich eher mit Staatsmonopolen um rein fiskalischer Gesichtspunkte willen befaßt . . . das Tabakmonopol stand wiederholt in ernster Verhandlung . . . oder Interessen der nationalen Produktion gegenüber dem Auslande waren und sind es auch noch heute . . . wie z. B. gerade jetzt in der Frage der Monopolisierung des Petroleumhandels . . . , welche die Frage der Verstaatlichung auf Gebieten in den Vordergrund schieben, die vielleicht noch weniger reif hierfür sind als andere.

Australien, das mit Deutschland um die Führung der Verstaatlichungsbewegung ringt (alle anderen Staaten der Erde bleiben ja hinter beiden weit zurück), hat das Problem klarer angefaßt und keinen Zweifel darüber gelassen, daß es auf Vertrustung wichtiger Industrien mit Verstaatlichung erwidern

*) Siehe die entgegengesetzte Auffassung, dargestellt von einem ihrer berufensten Vertreter, im Artikel von Prof. Liefmann auf Seite 67.

werde, sobald die entsprechenden Industrien zu entsprechender Reife gediehen seien. Schon seit dem Jahre 1906 beschäftigt man sich, von diesem Gesichtspunkte ausgehend, mit den Vorarbeiten zur Verstaatlichung von vier wichtigen Industrien: der Eisen-, Zucker- und Tabakindustrie und des Schiffahrtsdienstes mit Europa; und hätten die australischen Industriellen nicht größere Voraussicht und größere Mäßigkeit als ihre amerikanischen Vorbilder bewiesen, hätten sie öffentliche Herausforderung des Publikums gewagt wie die amerikanischen Trusts mit ihrer Hinaufschraubung aller Preise, so hätte man sich in Australien durchaus nicht mit den utopischen Versuchen einer Zurückschraubung der Industrien zum Zustand der freien Konkurrenz abgequält, sondern eben den klaren Schritt nach vorwärts zum Staatsbetrieb getan. Gerade da die australischen Großindustriellen aber wußten, daß ihnen nicht eine utopische und darum unmögliche Drohung gegenüberstehe, sondern eine verwirklichungsfähige Maßregel, haben sie entsprechende Rücksicht auf die öffentliche Meinung bei der Preisbemessung genommen.

Der australische Staat hat in wieder anderen Beziehungen, auch unabhängig von der Gefährdung der Käuferinteressen, Verstaatlichungen vorgenommen, so in Hinsicht von Gefrierwerken, Schlachthäusern und sonstigen Unternehmungen zur Verwertung und zum Export der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, damit eben diese Unternehmungen im Interesse der landwirtschaftlichen Produzenten selbst großzügig verwaltet werden können. Andererseits hat er durch seine auf Verstaatlichung des Grundes und Bodens hinzielenden Bestrebungen dem Übel des Großgrundbesitzes mit seiner speziell in Australien extensiven, die dichte Besiedelung des Landes verhindernden Betriebsweise ein wirksames Halt geboten.

Diese australische Betrachtungsweise des Problems, welche sich einerseits von rein theoretischer Beurteilung, andererseits jedoch auch vom allzu engen Tagesinteresse fernhält, welche das Problem unter seinem richtigen Gesichtswinkel einer Versöhnung der Werte, die in der Betriebskonzentration einerseits und im Schutze des Publikums gegen Monopolgefahren andererseits liegen, ansieht, wird wohl über kurz oder lang auch die der führenden europäischen Staaten werden müssen.

Unter diesem Gesichtspunkt lautet die Problemstellung im wesentlichen so: Hat sich in einer Industrie ein Privatmonopol gebildet — sei es, daß dieselbe gänzlich von einem Kartell oder Trust beherrscht werde, sei es, daß ein solches Unternehmen einen entscheidenden Einfluß auf die Preisstellung auszuüben in der Lage ist? Wenn ja, dann sei der Augenblick, diese Verstaatlichung vorzunehmen, gekommen, wenn nein, dann sei abzuwarten, bis dieser Grad durch die natürliche Entwicklung erreicht wäre.

* * *

Der Verstaatlichungsbewegung parallel, jedoch mit weniger Schwierigkeiten kämpfend und im einzelnen, in Europa zumindest, erfolgreicher, ist die Verstaatlichungsbewegung vorgegangen. Noch vor einigen Jahrzehnten sind in sämtlichen europäischen Großstädten die Verkehrsmittel, die Beleuchtung, die Nahrungsmittelversorgung und vielfach auch die Wasserwerke in privaten Händen gewesen, und bedeutungsvolle soziale Interessen wie die Abwanderung der Stadtbewohner aus dem überfüllten Stadtinnern in die hygienisch günstigeren Vororte haben unter der rein privatwirtschaftlichen, auf entsprechende Gewinne in erster Linie bedachten und darum

zur Festhaltung an hohen Tarifen gezwungenen Wirtschaftspolitik dieser Gesellschaften schwer gelitten.

Die englischen Großstädte Glasgow und London waren es zuerst, welche mit Verstädtlichung der Verkehrsmittel vorangingen und auf Grund der ausgezeichneten hiermit erzielten Ergebnisse die wirtschaftliche Initiative der Stadtverwaltungen auf alle anderen öffentlichen Dienste und vor allem auch auf die Lösung der Wohnungsfrage ausdehnten *). Auf dem Festlande von Europa hat sich die gleiche Entwicklungstendenz vor allem in Wien durchgesetzt, und zwar wurde sie dort von einer kleinbürgerlichen Bewegung der christlich-sozialen Partei, getragen, die eben begriff, daß auch die Interessen des Kleinbürgertums unter der privatwirtschaftlichen Leitung der öffentlichen Dienste ebenso litten wie die der Arbeiterschaft.

In Wien begnügte man sich übrigens bekanntlich nicht mit der Verstädtlichung der Straßenbahnen, der Gaswerke und teilweise auch der elektrischen Werke (für Beleuchtungs- und Kraftzwecke), sondern richtete auch städtische Leichenbestattung, städtische Sparkassen und Lebensversicherungen, eine Brandversicherung durch das Land Niederösterreich und ein städtisches Brauhaus ein, im wesentlichen mit gutem finanziellen Erfolge **), jedenfalls zum Wohle der Stadtentwicklung.

Mit minderem Erfolge hat man sich in Wien um die Lebensmittelversorgung durch städtische Initiative bemüht; das Problem war lokal schwieriger, weil eben die herrschende Partei sich gerade auf das Kleinbürgertum stützte und eine durchgreifende Regelung der Lebensmittelversorgung die Interessen der Bäcker, Fleischhauer, Milchhändler usw. allzusehr geschädigt haben würde. Interessante Versuche wurden jedoch mit städtischer Brotversorgung in Budapest unternommen.

Jedenfalls zeigen diese Versuche, daß die planmäßige Initiative der Stadtverwaltungen in all diesen Beziehungen den schweren Problemen, wie sie mit der Zusammenpferchung von Millionen in den modernen Großstädten verbundens ind, mit einem gewissen Erfolge zu begegnen vermag. ***)

* * *

Gegenüber diesen großen Verwirklichungen der Verstaatlichungs- und Verstädtlichungsbewegung treten die Erfolge der Genossenschaftsbewegung als dritter Möglichkeit des Kollektivbetriebs zunächst noch in den Hintergrund. Wirklich ausgedehnten Erfolg haben (zunächst in England, dann auch in Deutschland, Frankreich und Belgien) die Konsumvereine erreicht, aber sie erstrecken ihre Wirksamkeit doch nur auf einen relativ beschränkten Kreis des allgemeinen Wirtschaftslebens. Die Produktivgenossenschaften selbst haben sich im wesentlichen nur im Anschluß an die Konsumvereine, speziell in England, entwickeln können; in der freien Industrie waren sie dem Kampfe mit den übermächtigen Kapitalmächten, die sich ihnen entgegenstellten, nur in vereinzelt Fällen gewachsen.

Günstigeres mag von den landwirtschaftlichen Genossenschaften, vor allem denen Dänemarks und nach dänischem Muster auch anderer Länder,

*) Siehe meinen Aufsatz in der Januarnummer: Über das Großstadtproblem.

**) Siehe meinen Aufsatz in der Februarnummer 1912.

***) Siehe Näheres hierüber in den ausgezeichneten Materialsammlungen der „Annales de la régie directe“, herausgegeben von Prof. Milhaud (Genf), Präsidenten des Inst. f. intern. Aust. fortschr. Erf.

von der Maschinenverleihung, dem genossenschaftlichen Molkereibetrieb, dem genossenschaftlichen Vertrieb landwirtschaftlicher Produkte gesagt werden.

Die Genossenschaftsbewegung hat gewiß in vielen Einzelfällen Wertvolles geschaffen: ihre wesentliche Rolle besteht aber trotz alledem in der Erziehung wichtiger Personengruppen zur konkreten Erfassung des kollektivwirtschaftlichen Problems und zur planvollen und maßvollen Leitung kollektivwirtschaftlicher Betriebe.

Die Umwälzung des Wirtschaftslebens selbst in seinen großen und entscheidungsvollen Gesichtspunkten geht viel mehr — das kann für den unparteiischen Beobachter wohl kaum zweifelhaft sein — von den öffentlichen Gewalten, von Staat und Städten als von den Genossenschaften aus; die weiteren Ausblicke auf die Zukunftsgestaltung des Kräfteverhältnisses zwischen Kollektiv- und Einzelbesitz der Produktionsmittel müssen sich nach dieser Richtung hin wenden. Diese Verschiebung der beiderseitigen Einflußsphären ist gewiß keine rasche; viele Jahrzehnte mögen vergehen, ehe sich ein wirklich bedeutender Umschwung feststellen läßt; aber große geschichtliche Entwicklungen brauchen eben mehr Zeit als die Ungeduld des einzelnen, der Großes in seine eigene kurze Lebensdauer zu bannen naturgemäß wünschen muß, es gerne zulassen möchte. Wie langsam jedoch auch die Entwicklung vor sich geht, zweifellos ist, daß heute ein ganz wesentlich größerer Anteil am allgemeinen Wirtschaftsleben den Staats- und Stadtbetrieben zukommt als vor zwei Jahrzehnten, und ebenso zweifellos ist, daß diese Entwicklung noch nicht zum Stillstand gekommen ist, daß eine wahre Entwicklungstendenz zum Kollektivbetrieb vorliegt.

KORRESPONDENZEN

GENOSSENSCHAFTSWESEN

HENRI MORO, GENÈVE: DER WAHRE BEHERRSCHER DES WIRTSCHAFTSLEBENS.

DER neue König war im vergangenen Jahrhundert der „Staatsbürger“. Aber schon meldet sich ein Nachfolger, der Käufer. Er feiert sein Erwachen langsam. Wie der Prälat von Boileau, öffnet er langsam sein Auge; schließt es wieder, reckt sich und nickt noch einmal ein. Aber ihn kitzelt der Stachel: das Dornige einer täglich schwerer zu erschwingenden Existenz.

Wenn die anwachsende Teuerung es ist, die dem Käufer das Bewußtsein seiner verkannten Rechte und seiner schlummernden Stärke gibt, müßten wir ihr eigentlich gewissermaßen dankbar sein.

Bis wann werden wir Käufer, wir Konsumenten die willigen Opfer, die Ausgesogenen bleiben? Auf der einen Seite bereichern sich die Produzenten, verbinden sich die Kapitalien zu Kartellen und Trusts, schreiben Preise nach ihrem Gutdünken vor und schreien Zeter und Mordio, wenn man ihren angemessenen Rechten widersprechen will . . . Und auf der anderen Seite die Arbeiter, die kleinen Angestellten — die feindlichen Mitarbeiter der Kapitalisten —, die sich zur Verteidigung zusammenschließen, Forderungen aufstellen, auf den Tisch schlagen und kleine Erfolge davontragen. Man versichert mir, daß die Ansprüche, die sie machen, mit zu der allgemeinen Teuerung, über die ich mich beklage, beitragen. Da muß ich freilich den Mund halten. . .

Aber trotzdem möchte ich endlich doch auch mal wissen, mich auch verteidigen. Denn wie der Soziologe Gide sehr richtig sagt: „Trotzdem, daß der Konsum theoretisch der Produktion überlegen ist, sieht man den Staat sich doch immer nur mit dem Interesse des Produzenten beschäftigen. Auch sind alle sozialen Kräfte nur zugunsten der Produzenten organisiert und koalisiert; sie allein scheinen überhaupt Rechte zu haben“ *).

Man kann die Klage weiter verfolgen: Wer trägt denn schließlich und endlich die Kosten von diesem Kampf zwischen Unternehmern und Proletariern? Der Kunde. Er gleicht jenen unschuldigen und unglücklichen Völkern, auf deren Territorien und auf deren Unkosten die Kriegführenden von einst die Handel der Fürsten austrugen. . .

Der Kampf wütet ja nicht bloß zwischen der kompakten Arbeiter- und Arbeitgeberwelt. Sie bekämpfen sich ja erst recht untereinander. Das Prinzip der unbeschränkten Freiheit (so verführerisch in der Theorie) hat eine grenzenlose Konkurrenz heraufbeschworen (in der Praxis recht abscheulich).

*) Gide, Die Genossenschaftsbewegung (La coopération, p. 214).

„Die Kundenschaft ist der ~~Ein~~setz des Kampfes“ *). Der Kampf setzt sich fort, indem er dem Käufer ~~eingebildete~~ Bedürfnisse erregt, seine Vergnügungssucht bestärkt, ihn zu Luxus und ~~Bluff~~ verführt, da er ihn in der Falle unerhörter Wohlfeilheit fängt, welcher natürlich die Qualität des Produktes zum Opfer fällt. Und die Fälschung ist das letzte Wort im Kampf. Wenn man nicht mehr durch Reklame, Billigkeit der Ware und durch die Kunst, sie zu präsentieren, durchdringt, gibt es nur noch eine Zuflucht; d. i. mit der Ware zu betrügen, nicht zu geben, was man zu geben vorgibt“.

Und wer zahlt ferner die Spesen, die durch die Vielfältigkeit der Unternehmungen erfordert werden, wenn nicht der Käufer?

Aber noch eine andere, verstecktere, nicht weniger gefährliche Art der Konkurrenz schädigt ihn: Sie drückt automatisch auf die Löhne, ersetzt die qualifizierte Arbeit durch die unqualifizierte, zerstört das gelernte Handwerk und begünstigt das Elend der Heimarbeit.

Auf den Käufer fällt ein dreifacher Gegenschlag: Einerseits werden die Arbeiterforderungen immer erbitterter und die ganz vorübergehende Wohlfeilheit des Gegenstandes kündigt den Hellersehenden nur ein baldiges und umso empfindlicheres Hinaufschnellen der Preise an. Dabei ist das Erzeugnis dieser nach dem Aufruhr bebenden, von Hunger entkräfteten Hände durchaus minderwertig. Und endlich — da so oft in hygienisch verdammungswürdigen Verhältnissen geschaffen — der Träger von Keimen aller Krankheiten, die sich dem Schweiß des Menschentieres vermischen, das unser kaufendes Entgegenkommen „ausbeuten“ half.

Um diesen Krebschäden des übermächtigen Kapitalismus zu begegnen, dem wir zu erliegen drohen, diesen Krebschäden des brudermörderischen Kampfes innerhalb der eigenen Klassen, wo der ohnmächtige Kunde von zwei Seiten getroffen wird, hat man die Verstaatlichung vorgeschlagen. Doch lassen die bisher gemachten Erfahrungen auch hier viele Bedenken erscheinen.

Es bliebe uns also nur übrig, zu „klagen“?

In meiner Verzweiflung eines Käufers liebe ich es, die Ironie des Ökonomen Gide in mich einzuschlürfen; seine Worte sind Galle, aber sie regen an. Gide schreibt: „Der Konsument unserer Wirtschaftsorganisation wäre die treffendste Verkörperung der Barmherzigkeit, von der uns der Apostel Paulus ein so prächtiges Bild entwirft: „Die Barmherzigkeit ist geduldig, sie ist voll Güte; sie sucht nicht ihren Vorteil, sie verliert nicht ihre Haltung, sie argwöhnt nicht, sie entschuldigt alles, sie glaubt alles, sie hofft alles, — wenn nicht dieser einzige Unterschied wäre, daß die Barmherzigkeit, von der St. Paulus spricht, nicht dumm ist, während der Konsument es ist.“

Aber wer ist denn eigentlich stärker als der Käufer? Produziert man doch nur, damit er kauft. Er gibt letzten Endes der Ware ihren Wert. Wie hoch würdet Ihr eine Ware einschätzen, die keiner haben wollte, wieviel sie auch immer an Rohmaterialien und Arbeit dem Fabrikanten gekostet haben mag? Die Mißachtung des kaufenden Publikums ist der Ruin; einzig und allein, daß es an etwas einen Narren frißt, macht reich.

Man hat in diesen letzten Zeiten sehr viel von Käuferstreiks gesprochen, meiner Meinung eine unanwendbare Prozedur. Abgesehen davon, daß viele Gegenstände unbedingt notwendig sind oder es zu sein scheinen, ist die Masse der Käufer viel zu schwerfällig, ungleich, unbewußt, als daß man sie zu einer solchen Taktik organisieren könnte.

*) Deslandres, Der Käufer, seine ökonomisch-soziale Rolle (Paris, Alcan 1911).

Aber nichtsdestoweniger ist es möglich, unter den Käufern eine wohl-disziplinierte, tatkräftige Elite heraufzufinden. Ihre latente Kraft ist eine solche, daß sie nicht notwendig hätte, zum Streik zu schreiten. Es genügte, daß sie spräche, ihren Willen ausdrückte.

Diese Elite hat sich schon zusammengetan, mit etwas abgesonderten Gesichtspunkten, das ist richtig; und hat glückliche Resultate erzielt. ... Wir werden davon noch sprechen.

Vorläufig wolle man mir erlauben, die Aktionsmöglichkeiten der „denkenden“ Käufer zu skizzieren.

Gegen das kapitalistische Monopol könnten sie sich auf doppelte Weise verteidigen. Erstens, indem sie es nicht begünstigten. Wer machte denn dieses Phänomen der Zentralisierung aller verkäuflichen Dinge in großen Kaufhäusern und — da der Verkauf zentralisiert wird, auch der Zentralisierung der Fabrikation — möglich, einträglich — wie einträglich! — wenn nicht die Kunden? Ihr Haufe drängt sich in den Universalbazaren, während der Kleinkaufmann vergessen vegetiert und der einzelne Handwerker ausstirbt.

Es sieht aus, als widerspräche ich mir jetzt. Erst ist mir die Konkurrenz zuviel und jetzt wieder zu wenig. Die Alten sagten, daß das Gute in der Mitte liege. Und so denken alle Weisen. ...

Und so ist es denn nicht die Ausschaltung, sondern die Regelung der Konkurrenz, was mir wünschenswert erscheint. Um sie herbeizuführen aber braucht es der Dazwischenkunft, der Amtswaltung der organisierten Kundenschaft. Sie kann je nach Geschmack und Anschauung handeln, sei es durch weitgehende Bevorzugung des Kleinbetriebs, sei es direkt durch Vergenossenschaftung.

In der Schweiz z. B. hat dieses Vorgehen hervorragende Resultate geliefert.

* * *

Aber wie oft ist nicht der Käufer mit dem Unternehmer aufs engste liiert, fast unbewußt, möchte man sagen, jedenfalls, ohne von seiner neuen Macht Gebrauch zu machen? Wenn er nämlich Aktien kauft und aus Nachlässigkeit oder Schüchternheit nicht innerhalb seiner Kräfte auf die Geschäftsleitung Einfluß nimmt, steht er sich ganz ungeheuer im Licht. Wie oben, ist auch hier der Widerspruch nur scheinbar. Wenn der Aktionär sich erinnerte, daß er immer doch mehr Kunde als Fabrikant bleibt; wenn er nicht vergäße, daß die Machenschaften „seiner Affäre“ — die er akzeptiert, die er unterstützt — zu anderen Affären leitet, denen er wieder zum Opfer fällt; wenn er überhaupt den Sinn der Solidarität besäße, würde er (schon aus Interesse) gegen die kapitalistischen „Sitten“ vorzugehen beginnen. — Ich kann dies alles nur kurz andeuten.

Die Rolle des Käufers kann unmittelbarer, leichter, praktischer einsetzen angesichts der sogenannten Arbeitskonflikte. Weiter oben habe ich auseinandergesetzt, wie er in Wahrheit unter diesen Kämpfen zu leiden hat, denen er sich ferne wähnt.

Und die Kämpfenden haben so gut verstanden, daß er, der Käufer, die ausschlaggebende Rolle spielen müsse, daß sie ihn als Schiedsrichter anzurufen pflegen.

Das französische Gesetz vom 27. Dezember 1892, welches nach versuchter Aussöhnung durch den Friedensrichter ein Schiedsgericht vorsieht, gab recht armselige Resultate. In 15 Jahren war die Durchschnittszahl der Rekurse vor

oder nach Arbeitseinstellung 24,57 %, bloß 729 friedliche Lösungen kamen auf 9032 Streiks, d. i. 7,7 %. Etwas, aber lange nicht genug. Und die ganze Sache harrt eben doch noch — des K u n d e n. Verschiedene Wirtschaftspolitiker, unter anderen Deslandres, gehen so weit, seine Aufgabe für die maßgebende zu halten, während die des Staates nur eine Zutat sein könne: Weil, sagt Deslandres, es Fälle gibt, wo der gesetzliche Anschein gewahrt ist (wie bitter auch der Konflikt, wie schwer der Druck nach unten und wie außerordentlich die schwebenden Forderungen sein mögen) und der Staat nicht sehen, nicht einschreiten k a n n. Oftmals auch spielt der Kampf, unter dem die Käufer leiden und den sie beizulegen hätten, zwischen zwei Industriellen . . . Der Staat kann nur zusehen.

„Möge der eine von ihnen“, schreibt Deslandres (der eine Unternehmer), „zu einer Produktionsmethode oder einer Arbeitseinteilung übergehen, die das Gewerbe aus den Angeln hube, die seinen Konkurrenten, welche nicht ihrerseits gleiche Methode oder Einteilung mitmachen wollten oder könnten, das Leben unmöglich machte, den Staat geht es nichts an. Der öffentliche Friede ist nicht gestört, die Produktion nicht unterbrochen; das Publikum weiß sich in seinen Interessen nicht bedroht, es wird irgendwo unter gleich und gleich gekämpft. Ist dies nicht das tägliche Brot im industriellen und kommerziellen Wettbewerb?“

Der Staat schweigt still, und doch kann der Konflikt entsetzlich sein, das Schicksal des Proletariats kann von seinem Ausgang abhängen. Denn oftmals eröffnet ein solcher Fabrikant den Kampf gegen seine Mitfabrikanten, indem er Akkordlöhne einführt, wo man früher nach der Stunde arbeitete; indem er Frauenarbeit einführt; eine Auslegung des Gesetzes erlangt, um Sonntags arbeiten oder die Ruhezeit verschieben zu können; man arbeitete nur des Tages, er läßt nachts arbeiten, man arbeitete nur in der Fabrik; um die Löhne zu drücken, läßt er sich auf Heimarbeit ein. So kann ein Konflikt unter Unternehmern vielleicht für die Arbeiter ebenso gefährlich sein wie die erbitterteste Streitigkeit zwischen einem Arbeitgeber und seinen Angestellten.

„Für den Staat ist es ein Fall der freien Konkurrenz.“

Aber man begreift, daß die Käufer nicht zur gleichen Passivität verurteilt sind. Denn sie können ihre Kundschaft dahin tragen, wo es ihnen beliebt.

Die Nützlichkeit einer bewußt zusammengeschlossenen Elite von Käufern, wie z. B. die verschiedenen Käuferligen sie darstellen, kann daher nicht verkannt werden. Ich werde später noch Gelegenheit haben, zu erwähnen, wie sie einzutreten und auszugleichen verstanden, indem sie die Wage von Proletariat und Patronat richtig zu halten wußten.

Dabei muß ich einschalten, daß ich von der endlichen positiven Anteilnahme der Käuferschaft an den ökonomischen und sozialen Fragen keineswegs meine, daß sie revolutionär wirken würde. Die große Masse ist, solange sie kaltes Blut bewahrt, durchaus nicht draufgängerisch; sie ist vorurteilslos; sie denkt billig. Reich und Arm sind Käufer, sowohl Bürger als auch Arbeiter sind es. Vorausgesetzt, daß wirklich die Käufer intervenieren, alle Käufer (deren Sinn für ihre Macht und ihre Mission es zu öffnen gilt) — und diese Voraussetzung erscheint mir durchaus nicht verwirklichungsunfähig — kann die Aktion des Publikums eine tief versöhnende werden. Der soziale Friede ist im eigensten Interesse des Käufers. Er wird also trachten, ihn zu sichern.

Und dann, was vermöchte der Staat ohne seinen guten Willen und sein Einverständnis? Was nützt ein Gesetz, das der öffentlichen Meinung unver-

ständig bleibt, das sie nicht sanktioniert? ... Ein Gesetz, das sie nicht vorbereitet, ja, förmlich ihren gesetzgebenden Vertretern einge fl ü s t e r t hat? Mir erscheint die Käuferaktion als ein wahrhaft demokratischer Fortschritt. Er verwirklicht eine ganze Seite jener gesunden Demokratie, die wir wünschen.

Wir können schließlich voraussehen, daß dem kapitalistischen Monopol früher oder später das staatliche folgen wird. Dieses wird kaum weniger Gefahren in sich bergen für den unorganisierten, seiner Rechte sich nicht bewußten Käufer.

Der Gewählte wird Unternehmer, der Wähler Kunde und manchmal Angestellter. Den einen ist eine neue Mission zugefallen; den anderen eine neue Verantwortlichkeit, die ihre innersten Interessen berührt: Diejenige, zu w ä h l e n, aber nicht mehr Politiker zu wählen, sondern Sachkundige. Man kann ein ausgezeichneter Politiker sein, ohne vom Geschäft was zu verstehen.

Und das könnte vielleicht unsere Wahlsitten erneuern: Die Sorge darum, Administratoren zu wählen und nicht mehr Redner.

Jeden Tag macht diese Idee des Staatsmonopols Fortschritte; jeden Tag müßte sich der Wähler vervollkommen, der sich vom Bürger zum Käufer bildet. Hatte ich nicht recht zu sagen, daß der Käufer ein neuer König sei? — Aber es gab Taugenichtse von Königen und um die Ordnung von morgen stünde es schlimm, wenn der Wähler ihnen gliche.

Es würde für den Bürgerkäufer nicht genügen, seine Erwählten auszusuchen; er müßte auch überwachen. Und er müßte sich a u s s p r e c h e n.

Wird er denn nicht zugleich Käufer und Aktienbesitzer sein? Entweder die Verstaatlichung wird die unmittelbare Verwirklichung der Demokratie oder sie wird die unerträglichste Regierungsform von allen sein.

* * *

Es ist nun interessant zu sehen, daß bei dem allmählichen sozialen Erwachen, das sich vollzieht und das auch mit einer Elite der Käuferwelt geschah, diese sich zuerst ihrer Pflichten bewußt geworden ist.

1. Am Eintreten einer toten Saison tragen die Einkaufsmethoden der Kundenschaft die Hauptschuld; sie selbst verursacht die Arbeitslosigkeit, das Elend, die Unsicherheit der Beschäftigung, den Wechsel im Personale usw. Eine andere Einteilung des Einkaufs könnte all dem abhelfen.

2. Die Mode, diese beklagenswerte Krankheit, die um hinfälliger Interessen willen fortwährend die Bedingungen und die Organisation sowohl der Heim- als auch der Fabrikarbeit ändert, gibt diesen toten Geschäftszeiten ihre besondere Bitterkeit.

3. Der unersättliche und immer noch zunehmende Wunsch nach der Wohlfeilheit hat auch seine Gefahren; das ständige Handeln, das auf den Verkäufer eine Pression ausübt, welcher gerne oft große Opfer brächte, um eine anspruchsvolle, aber gut zahlende Klientel zu bewahren.

4. Der wachsende Zuspruch, dessen sich die Schleuderware mit ihrem Talmiglanz erfreut, ist überaus bedenklich. Man zieht das Neue dem Soliden vor und verdirbt das Arbeitermaterial.

Der Mißgriffe können viele aufgezählt werden, die freilich mehr mit sozialen Gesichtspunkten, als mit dem Eigeninteresse des Käufers zu tun haben.

Ich kann nur auf das Buch M. Deslandres „l'Acheteur“ verweisen, um diesen höchst interessanten und brennenden Stoff in seinen Einzelheiten zu

erschöpfen. Es schildert die Richtlinien, die die Käuferligen eingeschlagen haben, um die Produktionsbedingungen zu bessern, indem sie nur bei sogenannten Musterfirmen kaufen, Enqueten über das, was hinter den Fabrikmauern vorgeht, veranstalten und durch die sogenannten „weißen Listen“ ihrerseits für die als gut befundenen Häuser Reklame machen.

Schon sind sie zu sozialen Taten geschritten. Ich möchte an den Konflikt der Firma Cumberland mit der Gewerkschaft der Schneidereiarbeiter des Seine-Departements erinnern oder an den Streik der Schweizer Schokoladefabrik Russ-Suchard oder an den der Kutscher von St. Moritz im Engadin oder den der Goldstickerinnen von Rom; an den Konflikt unter den Bäckermeistern von Dijon hinsichtlich der Sonntagsruhe und an den Streik der Buchdrucker von Dijon — welche alle durch Eingreifen der Käuferligen eine befriedigende Lösung fanden.

Ja, wir alle, die wir kaufen, bilden das neue Königtum mit weitgehender Selbstherrlichkeit und vielen in der Zukunft ganz selbstverständlich werdenden Befugnissen.

Denn es gibt für den Käufer nur zweierlei Schicksal im Lauf dieser Entwicklung unseres Wirtschaftslebens: Entweder die Herrschaft an sich zu reißen oder in die dumpfste Sklaverei zu versinken.

CHRONIK

EINE Genossenschaftsbank der Trade-Unions: Die englischen Gewerkvereine haben eine genossenschaftliche Bank gegründet und deren Sitz mitten in der Londoner City in Lombard-Street aufgeschlagen. Die englischen Gewerkvereine haben in der Tat lange schon das Bedürfnis gefühlt, im Augenblick großer Streiks entsprechende Summen zur Unterstützung der Streikenden zur Verfügung zu haben und im Vorjahre, angesichts des Transportarbeiterstreiks, war die Schwierigkeit, augenblicklich große Summen flüssig zu machen, auch für die überaus mächtigen Verbände scharf in Erscheinung getreten. Die neue Genossenschaftsbank soll insbesondere diesem Bedürfnis der Liquidierung von Summen für solche Kampfzwecke dienen.

Die Bank wurde mit einem Kapi-

tal von 2 Millionen Mark, geteilt in 10 000 Aktien zu je 200 Mark, konstituiert. Die Besitzer, das sind überwiegend die Gewerkvereine, sollen jedoch bloß eine entsprechende Verzinsung der Aktien erhalten, die Geschäftsgewinne werden unter die Kunden der Bank verteilt, ähnlich wie bei einem Konsumverein.

Die englischen Gewerkvereine haben ein Vermögen von 160 Millionen Mark und einen jährlichen Geldumsatz von 100 Millionen. Wesentliche Beschäftigung der Bank in ordentlicher Friedenszeit wird es sein, diese Summen in entsprechender Weise zu fruktifizieren. Im übrigen wird sie auch allgemeine Kundschaft anzuziehen versuchen, sowie die Ersparnisse der Arbeiterklasse entsprechend zu verwerten sich anschicken. Es wird beabsichtigt, Sparein-

lagen mit 3—4%, also für englische Verhältnisse sehr hoch, zu verzinsen.



Die dänischen Buttergenossenschaften zählen 170 000 Mitglieder und stellen den erfolgreichsten Versuch landwirtschaftlicher Genossenschaftsbildung dar. Nicht bloß jedoch durch ihre Ausdehnung sind sie bemerkenswert, sondern auch durch das musterhafte Ineinandergreifen von wissenschaftlicher Theorie und aufmerksamer Praxis, das sie in ihren Werkstätten wie vor allem auch durch Anweisungen bei den Bauern selbst zuwegegebracht haben. So wird vorgekehrt, daß neuerbaute Ställe der Genossenschaft stets gegen Osten liegen und Luft und Licht durch weite Fenster erhalten. Strikteste Reinlichkeit sorgt für Abfuhr der Exkremente, die Nahrung der Kühe wird nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten geregelt und in klaren Tabellen den Bauern gezeigt, welchen Nährwert die verschiedenen Stoffe haben, und wie die Ernährung vorzukehren sei, damit die Milch ein Maximum an Butter ergebe und diese Butter von bester Qualität sei. Die Genossenschaften bezahlen die Milch nicht nach dem eigenen Quantum, sondern nach dem Quantum der

Butter, das aus ihr hergestellt wird, und so werden die Bauern auch angeleitet, mehr und mehr solche Rinderrassen aufzuzüchten, welche die für Buttererzeugung entsprechende Milch geben.

Die Genossenschaften lassen die Ställe durch Tierärzte regelmäßig besuchen, sorgen dafür, daß die Stallungen vor der Melkung gelüftet werden, um Fliegen und Staub zu entfernen, und daß die Milch sofort der freien Luft entzogen wird, um Verunreinigung zu vermeiden.

S. Dirksen.



Ein Universitätskonsumverein in England: Die Universität Dublin ist an die Errichtung eines Konsumvereins für ihre Professoren und Hörer herangetreten. Alle für den Universitätsbedarf notwendigen Artikel sollen verkauft werden: Nahrungsmittel, Materialien für Spiel und Sport der Universitätsjugend usw. Man hofft, daß der Verein durch Ermäßigung der für das Universitätsleben notwendigen Kosten im Endeffekt einer allgemeinen Stipendienverteilung gleichkommen wird, sowie andererseits, daß er als ein Laboratorium für praktische Genossenschaftspolitik dienen wird.



POLITISCHE STRÖMUNGEN

GUSTAVE HERVÉ, PARIS *): FÜR EIN BÜNDNIS DER BÜRGERLICHEN UND SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE.

DIE französische Republik hat in den 43 Jahren ihres Bestandes dreimal einen Verteidigungskampf gegen chauvinistische Volkswallungen zu führen gehabt, erst im Jahre 1877, dann vom Jahre 1887 bis 1889 gegen den Boulangismus und endlich 1898—99 gegen die in der Dreyfussaffäre entfesselten antisemitischen Leidenschaften.

Alle drei Male wurde diese Bewegung durch ein Bündnis aller fortschrittlichen Gruppen im französischen Volke gebrochen. Auf die Krise des Jahres 1877 folgte die Errichtung der weltlichen Schule, auf den Boulangismus die Herabsetzung der militärischen Dienstzeit auf drei Jahre, auf die antisemitische Kampagne aus Anlaß der Dreyfussaffäre die Auflösung der geistlichen Orden, die Trennung von Kirche und Staat und die Einführung der zweijährigen Dienstzeit.

Speziell diese letzten Reformen sind von dem auch außerhalb Frankreichs bekannt gewordenen Block der Linken, d. i. von der aus der bürgerlichen Linken und der sozialistischen Partei gebildeten Parlamentsmehrheit, durchgeführt worden; die Ministerien Waldeck-Rousseau und Combes wurden von ihr getragen.

Dann kam der Bruch.

Der unparteiische Geschichtsschreiber muß zugeben, daß die Schuld an der sozialistischen Partei gelegen war; ihr intransigentem Flügel veranlaßte den internationalen Sozialistenkongreß zu Amsterdam im Jahre 1904 zu seinen bekannten Beschlüssen gegen die Teilnahme des Sozialismus an bürgerlichen Regierungen. Die deutsche Sozialdemokratie war es vor allem, welche damals ihr Schwergewicht für diese Beschlüsse in die Wagschale warf: die Mehrheit der französischen Partei gehorchte, löste das Bündnis mit der bürgerlichen Linken und vereinigte sich mit den von Guesde geführten Intransigenten zur „geeinigten sozialistischen Partei“. Innerhalb derselben entwickelte sich dann eine radikale antimilitaristische Gruppe, die häufig nach meinem Namen als „hervéistische“ bezeichnet wurde und auf dem sozialistischen Parteikongreß in Nancy im Jahre 1907 die Annahme ihres Antrages, eine Kriegserklärung eventuell sogar mit bewaffnetem Widerstand zu verhindern bzw. zu beantworten, erzielte. Auch die Gewerkschaften, die sich im Allgemeinen Arbeiterverband zusammengeschlossen hatten, gaben sich diesen Stimmungen hin und die leidenschaftlichen Reden ihrer Führer, die wiederholten Aufstandsversuche und vor allem die zwei großen Streik-

*) Gustave Hervé ist bekanntlich lange Zeit Führer jener revolutionären Bewegung innerhalb der französischen Arbeiterschaft gewesen, welche den Antimilitarismus in den Mittelpunkt ihrer Bestrebungen stellte. Es ist für den Umschwung im Gefühlsleben der französischen Arbeiterschaft, der sich in den letzten Monaten vollzogen hat, überaus charakteristisch, daß Hervé selbst der nach ihm benannten „hervéistischen“ Bewegung den Rücken kehrt und nun für Zusammengehen der sozialistischen Arbeiterparteien mit den Parteien der bürgerlichen Linken eintritt. Wir glaubten darum, einen Auszug aus seinen Ausführungen in der Novembernummer der „Documents du Progrès“ auch den Lesern unserer deutschen Ausgabe vorlegen zu sollen. Die Red.

bewegungen der Staatsangestellten (Post- und Eisenbahnangestellten) erweckten in den Kreisen der bürgerlichen Linken Bestürzung und Abscheu. Die von den Sozialisten veranlaßte Lösung des Blocks wurde nun zur innerlichen Scheidung.

Auf bürgerlicher Seite waren es vor allem zwei Männer, welche die Kluft zwischen den beiden Gruppen vertieften, Clémenceau, der in seinem leidenschaftlichen Individualismus, seinem Unverständnis der soziologischen Grundlage der sozialistischen Lehre alles tat, um die Arbeiterpartei zurückzustoßen, und Briand, früher selbst ein Verkünder der Generalstreiksidee und für kurze Zeit Mitglied der geeinigten sozialistischen Partei, dann Minister und als solcher Verfolger der Arbeiterorganisationen. Er hat allzu häufig Personen, die seine eigenen Ideen von ehemals verkündigten, ins Gefängnis werfen, Gewerkvereine, welche seine eigenen, früheren Generalstreiksideen zu verwirklichen suchten, als Aufrührer behandeln lassen; gegen ihn als Verräter an der eigenen Sache richtete sich der Haß der sozialistischen Partei und da ihm die bürgerlichen Parteien als dem Beschützer des Staates gegen Eisenbahnerstreik und Aufruhr zujubelten, wurde die Verbitterung immer stärker . . . in eben diesem Kampfe gegen den Sozialismus vollzog sich eine Annäherung der bürgerlichen Linken an das Zentrum, von dem die Wahl Poincarés zum Präsidenten der Republik ausgegangen und auf das sich das Ministerium Barthou mit seinen nationalistischen Bestrebungen stützte.

Aber die Unternehmungen der neuen Machthaber ließen doch allmählich die Besinnung in den Kreisen der bürgerlichen Linken wiederkehren. Als Millerand Du Paty de Clam, der einer der Hauptfeinde Dreyfus's gewesen war, auf seinen Dienstposten zurückführen sollte, erhob sich so einstimmiger Widerspruch, daß Millerand scheiden mußte. Die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit begegnete einer starken Opposition und bei den entscheidenden Abstimmungen stand die Mehrheit der bürgerlichen Linken auf Seite der sozialistischen Partei; nur die Verbindung einer Minderheit der Radikalen mit dem Zentrum und der Rechten bildete jene Mehrheit für das Gesetz, die bei den delikatesten Abstimmungen nur einige Stimmen betrug.

Die Versuche der Regierung, den Bischöfen in der Frage der Schulbücher entgegenzukommen, die Wiedereinführung der Karfreitagsfeier auf französischen Kriegsschiffen in fremden Häfen und andere Maßregeln erweckten die antiklerikale Stimmung zu neuer Kraft und allseits in den Reihen der radikalen Partei forderte man stürmischer und stürmischer den Bruch des Bündnisses mit dem Zentrum und der Rechten, die Beseitigung des Ministeriums Barthou und seiner nationalistischen Politik und die Neuerrichtung des Bündnisses mit der sozialistischen Partei zum Zwecke der Verwirklichung eines weitausgedehnten sozialistischen Reformprogramms und einer von friedlichen Gesichtspunkten geleiteten Politik in militärischen und auswärtigen Fragen.

Der radikale Parteikongreß in Pau hat ja, wie auch die Tagesblätter berichteten, gezeigt, daß die überwiegende Mehrheit der radikalen Partei — und sie besitzt heute noch die Mehrheit im Senate und die Hälfte aller Sitze in der Deputiertenkammer zusammen mit den Sozialisten eine große Mehrheit in den gesetzgebenden Körperschaften — für diese Rückkehr zu den Traditionen der ersten Jahre des 20. Jahrhunderts gewonnen ist.

Im nachstehenden will ich versuchen, ein Reformprogramm zu skizzieren, das, auf der mittleren Linie zwischen der bürgerlichen Linken und der sozialistischen Partei gelegen, sehr wohl zum gemeinsamen Programm der ver-

bündeten Parteien, zum Programm der von ihnen zu stützenden Regierung werden könnte:

1. Schutz der weltlichen Schule;
2. Fortführung des ökonomischen Programms der bürgerlichen Linken, das nun für einige Jahre unterbrochen wurde: Verstaatlichung der privaten Monopole, Ausdehnung der sozialen Gesetzgebung auf die Gefahren der Invalidität und Arbeitslosigkeit, progressive Einkommensteuer.

Über all das kann eine Meinungsverschiedenheit zwischen den bürgerlichen Linken und dem Sozialismus nicht bestehen, denn all diese Forderungen bildeten ja den Kern des radikalen Programms und sind ihrerseits wieder dem Normalprogramm der sozialistischen Bewegung entnommen.

3. Wiedereinführung der zweijährigen Dienstzeit. Die sozialistische Partei, die sich in der Krise der letzten Jahre zu vollem Verständnis der für Wahrung der nationalen Unabhängigkeit notwendigen Opfer durchgerungen hat, ist andererseits bereit, jeden Kredit für Stärkung der Grenztruppen, Organisation der Reserven, Ausbau der französischen Wehrmacht zu einem wahren System allgemeiner Volksbewaffnung zu bewilligen.

4. Ausgleich mit Deutschland auf Grundlage einer einverständlichen und endgültigen Regelung der elsässischen Frage. Für jeden vorurteilslosen Betrachter ist es ja klar, daß die Bevölkerung von Elsaß-Lothringen nichts verlangt als vollständige Selbstverwaltung, womöglich mit republikanischer Verfassung, jedoch innerhalb der Grenzen und im Rahmen des Deutschen Reiches.

Die neue, auf das Bündnis der Parteien gestützte Regierung sollte es sich angelegen sein lassen, auf dem Wege friedlicher Verhandlungen die allmähliche Erzielung dieser Gesichtspunkte zu erstreben und durch die Versöhnung der elsässischen Bevölkerung mit den neuen staatsrechtlichen Verhältnissen den nationalistischen Parteien in Frankreich, den Vertretern einer Revanchepolitik jeden Boden unter den Füßen zu entziehen.

Andererseits soll im Verhandlungswege der Abschluß eines Vertrages angestrebt werden, dem zufolge alle zukünftigen Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und Frankreich auf schiedsgerichtlichem Wege zu lösen sind, wie dies im Einzelfall der Marokkofrage durch den letzten deutsch-französischen Staatsvertrag ja auch vorgesehen ist.

5. Politische Amnestie gegenüber allen Vergehungen von vor der Zeit des Bündnisses der Linken.

Gewiß mögen sich der Verwirklichung dieses Bündnisses Hindernisse in den Weg stellen; sie mögen einerseits von der guesdistischen Fraktion innerhalb des Sozialismus, die vom Standpunkt des Klassenkampfes aus jedes Bündnis mit den bürgerlichen Parteien zurückweist, herkommen; andererseits mögen auch Schwierigkeiten aus der nicht hinreichend straffen Innenorganisation der bürgerlichen Linken erwachsen.

Auf der anderen Seite läßt sich aus vielen Momenten ersehen, daß die Entwicklung der französischen Politik dem neuen Block zudrängt. Die nach mir benannte hervéristische Fraktion innerhalb des Sozialismus, die früher an dessen äußerster Linken stand, sieht sich im Sinne der geänderten Verhältnisse zu entschiedener Vertretung des Bündnisses mit der bürgerlichen Linken veranlaßt.

Die Gewerkvereine, die eine Zeitlang von revolutionärem Geiste erfüllt waren, besinnen sich auf ihre ökonomischen Aufgaben, welche den Schwesterverbänden Englands und Deutschlands so große Erfolge eingetragen haben. Selbst die guesdistische Gruppe, die ja vielfach den Stimmungen der deutschen Sozialdemokratie folgt, ist durch das Anwachsen der revisionistischen Bewegung in Deutschland milder gestimmt. Auch das Beispiel der Wahlbündnisse in Dänemark, Holland, Belgien und Süddeutschland hat das seinige getan, um den Widerstand gegen den Abschluß eines solchen Bündnisses in Frankreich zu mindern.

Wie stark andererseits die Stimmung für Wiedererrichtung des Blockes innerhalb der bürgerlichen Linken geworden ist, haben wir daran gesehen, daß 140 französische Abgeordnete die Berner Verständigungskonferenz, auf welcher ein Einverständnis mit den deutschen Friedensvereinen gesucht wurde, besucht haben, daß der letzte Kongreß des französischen Freimaurertums, der weltlichen Jugendverbände und endlich der radikale Parteikongreß zu Pau sich alle für den Block ausgesprochen haben.

Auch bei den letzten Kantonalratswahlen hat sich bereits vielfach ganz von selbst, ohne einheitliche Direktiven von den zentralen Leitungen, das Wahlbündnis zwischen der bürgerlichen Linken und der sozialistischen Partei herausgebildet. Allseits ist man sich darüber einig, daß sich für die Kammerwahlen im kommenden Frühjahr ein solches Wahlbündnis als unumgänglich herausstellt, soll nicht die fortschrittliche Mehrheit des französischen Parlaments wirklich zertrümmert werden und den Nationalisten und Klerikalen, die heute nur von der Schwäche der Linken leben, eine wirkliche Machtposition gegeben werden.

Dies Bündnis aber wird geschlossen werden und von der Wahlbewegung wird es aufs Parlament übergreifen, vom Parlament auf die Regierung und von ihr auf die französische Staatspolitik, die endlich wieder im Geiste energischer Sozialpolitik, im Geiste des Pazifismus im Innern und zielbewußter Friedenspolitik nach außen geführt werden wird.



CHRONIK

DIE Forderung eines Ausland-Pflichtjahres: Unter dem vorstehenden Titel hat der Unterzeichnete ein Rundschreiben verfaßt, aus dem mit freundlicher Erlaubnis der Redaktion der „Dokumente des Fortschritts“ hiermit der Schlußteil den Lesern dieser Zeitschrift unterbreitet wird.

In jedem der Länder, die um unser Deutschland herum gelagert

sind, und in unserem Vaterlande selbst gibt es Millionen Männer und Frauen, die sich laut und feierlich gegen das Wettrüsten und die gegenseitige Verhetzung der Kulturvölker aussprechen, und die wünschen, daß die Menschheit in Frieden ihre Garben auf dem Felde der Ehre einheimsen könne.

Auf dem Felde der Ehre, das da überall gebreitet liegt, wo nach

Gottes ewiger Satzung Menschen im Schweiß ihres Angesichts, physisch wie psychisch, ihres Lebens Arbeit in Treuen verrichten. Ein Volk aber, das seiner durch edlere Freuden gewürzten Arbeit lebt, kann niemals in Schande untergehen. Die Weltbezwinlerin Roma starb ruhmlos in ihren Sünden dahin. Und zerbrochene Säulen, Grabkammern und Inschrifttafeln sind heute fast allein die letzten Spuren von anderen großen Reichen der Vorzeit. Alle hat China mit seiner 6000 jährigen Kultur überdauert; mit Bienenfleiß haben seine Söhne durch zahllose Generationen gearbeitet, um nun eine ungeheure Tatkraft zu entfalten.

Doch in jeglichem Volk müssen jetzt die meisten fleißige Arbeit verrichten. So wollt denn ihr, die ihr meines Sinnes seid, sie auch hochhalten, die heilige Arbeits-Gemeinschaft der Völker, in der allein das Heil der Welt liegt, und sie zu sichern trachten.

Pflanzt in die Herzen eurer Knaben schon in zartem Alter die Ehrfurcht vor der Arbeit, die Wertschätzung von allem, was Menschenhand und Geist zum Nutzen, zur Freude und zum Segen für Menschen geschaffen haben, und die Verachtung vor dem heute so viele Seelen vergiftenden, einem vielgestaltigen Elend ins Antlitz grinsenden leeren, hofartigen Prunk und täuschenden Schein. — Laßt sie später im herrlichen Vaterlande durch Gebirg' und Tal wandern, daß sie an den Brüsten der Allmutter Natur sich satttrinken mögen in der Geist und Körper stählenden Milch eines ungekünstelten, wahrhaft menschlichen Denkens und Empfindens. — Dann endlich führt die gesund an Leib und Seele Herangewachsenen (etwa 13 jährigen, da die meisten Knaben mit 14 Jahren ins Berufsleben eintreten) dem Nachbar im Westen mit den Worten zu: Nimm sie für ein Jahr, gib ihnen

einen Platz an deinen Herdstätten in Dorf und Stadt. Sie wollen deine Jugend kennen lernen und lieb gewinnen, und indem deren Sprache, mit der sie sich daheim schon etwas vertraut gemacht haben, in Verkehr und Schule ihnen immer geläufiger wird, wollen sie zusammen von allem reden, was ihren von Rassenhaß freien Sinn in gleicher Weise bewegt. Dafür schicke uns deine gleichaltrigen Knaben zu, daß wir Gleiches mit Gleichem vergelten können. — Und das Bündnis, das unsere Kinder im Herzen, nicht auf Papierfetzen und ohne spitzfindige Verklausulierungen, unter alljährlicher Erneuerung durch die Nachwachsenden schließen werden, wird dann mit der Selbstverständlichkeit eines sieghaften schöpferischen Gedankens in dem Staate der zwiefach mündig Gewordenen allen kultur-mörderischen „Ideen“ den Garaus machen und zu einem Frieden zwischen Deutschland und Frankreich und damit von Europa führen, der nicht mehr auf Bajonetten balanciert.

Und so bitte ich euch denn, gleichgesinnte Volksgenossen, mich in meinem Bemühen zur Verwirklichung des hiermit der Öffentlichkeit unterbreiteten sozialpolitischen Plans nachhaltig zu unterstützen. Fordert unablässig in Wort und Schrift, in Versammlungen und in der Presse, vornehmlich auch durch die Verbreitung dieser meiner Flugschrift, das großzügig gedachte, in seiner Ausführung klassisch-einfache, gesetzlich festzulegende und staatlich zu regelnde Ausland-Pflichtjahr für die deutsch-französische Jugend. (Die französische Flugschrift ist auch bereits von mir verfaßt.) Zustimmungserklärungen aus allen Kreisen der Bevölkerung sind mir sehr willkommen.

Schriftsteller *Reinhold Schmidt*,
Boilstädt b. Gotha.



Die Verwaltung von Französisch-Indien: Bekanntlich haben Frankreich und Portugal bis heute eine Reihe von Besitzungen an der Küste Ostindiens, umgeben von anglo-indischem Gebiet, und es ist darum nicht uninteressant, ihre Verwaltungsmethoden, auf ein identisches Kulturgebiet angewandt, zu vergleichen.

Die portugiesische Verwaltung war bis auf die letzte Zeit von klerikalen Prinzipien beherrscht; die Mehrzahl der Bewohner der portugiesischen Küstenstädte sind mit mehr oder weniger Gewalt zum Katholizismus bekehrt worden, und nur wenig Freiheit besteht.

Die englische Verwaltung ist bekanntlich unbestechlich, in konfessioneller Hinsicht durchaus freiheitlich und in systematischer Weise auf den wirtschaftlichen Fortschritt der Bevölkerung bedacht, aber sie behält die Mehrzahl der höheren Beamtenstellen den Söhnen des eigenen Volkes vor und hat der indischen Bevölkerung nur ein beschränktes Maß parlamentarischer Selbstverwaltung eingeräumt.

Demgegenüber hat Frankreich in seinen Besitzungen an der indischen Küste die französische Verfassung einschränkungslos eingeführt. Die eingeborenen Bewohner von Pondichéry sind französische Bürger und besitzen allgemeines Wahlrecht sowohl zum Parlament wie auch zum Verwaltungsrat der Kolonie und zu den Verwaltungsbehörden der einzelnen Städte, die infolgedessen sämtlich von den Führern der Eingeborenen verwaltet werden.

Frankreich hat es sich auch angelegen sein lassen, das Schulwesen seiner Kolonien zu entwickeln und die Zahl der Analphabeten, die in den benachbarten, von England verwalteten Gebieten 90 % umfaßt, beträgt im französischen Gebiet 40 %.

Während in den englischen Gebieten sowohl die größeren Land-

güter wie auch die Industrieunternehmen sich in europäischen Händen befinden, ist die blühende Industrie von Pondichéry ebenso wie der Landbesitz fast ausschließlich in den Händen Eingeborener. Auch das Budget wird vorwiegend für Ameliorationszwecke verwendet, während die Beamtengehälter und Pensionen keineswegs einen so großen Teil desselben aufzehren wie in Britisch-Indien.

Sowohl in anglo-indischen wie auch in den Kreisen der national-französischen Bewohner von Französisch-Indien ist man mit diesem Zustand vielfach unzufrieden, weil er der Überlegenheit der europäischen Rasse nicht entspreche und deren Ansehen Abbruch tue. Frankreich hat aber bis heute allen Anfechtungen zum Trotz das allgemeine Wahlrecht in Französisch-Indien aufrecht erhalten und damit den Eingeborenen die Garantie der vollen Selbstverwaltung gelassen.

In den ausgedehnten französischen Besitzungen Hinterindiens wird an der Angleichung an dasselbe Endziel gearbeitet; naturgemäß ist jedoch die französische Verwaltung Hinterindiens, die kaum seit soviel Jahrzehnten besteht wie die englische Verwaltung seit Jahrhunderten, in einem Lande, dessen Kulturgrad doch nicht dem der Hindus gleichkommt, noch nicht so weit vorgeritten wie die oben geschilderte. Immerhin hat man mit der Errichtung von beratenden Provinzialversammlungen als Embryo der künftigen Selbstverwaltung begonnen. Man sucht das Steuersystem mehr und mehr auf demokratische Grundlagen zu stellen und die Eingeborenen mehr und mehr zu den staatlichen Beamtenstellen heranzuziehen.

Eine Zeitlang dachte man auch daran, durch systematische Verbreitung französischer Sprache und Kultur eine wahre Angleichung der annami-

tischen an modern westliche Zivilisation herbeizuführen, aber in diesen letzten Jahren ist man vom Programm der Assimilation zu dem der „Assoziation“ übergegangen. Man will die annamitische Zivilisation sich weiter entwickeln lassen, befruchtet von chinesischem und europäischem Einfluß, aber doch im Sinne ihrer ureigenen Volksbegabung.

R. Milcarnoix.



Eine Landmiliz in Frankreich: In Frankreich wird eben jetzt die Einrichtung von Gemeindewachen für den Kriegsfall geplant. Sie sollen aus Freiwilligen zusammengesetzt sein, die in Friedenszeiten die Verpflichtung eingehen; nur Personen unter 55 Jahren werden zu solcher Erklärung zugelassen. Sie werden im Frieden an einem Sonntag jedes Jahres vom Präfekten besichtigt werden; eine eigene Uniform wird ihnen zugesprochen.

Im Kriegsfall werden sie der Militärbehörde unterstellt, sollen jedoch in keinem Falle zu eigentlichen Operationen verwendet werden, sondern zu Hilfsdiensten sowie zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung.

Im Frieden obliegt die Organisation dieser Garden den Gemeindeverwaltungen, die auch die Bewaffnung (Revolver) zu beschaffen haben.

Im Kriege soll jedes Mitglied der Garde einen Sold von 2 Mark pro Tag erhalten, im Frieden nichts, jedoch sollen Auszeichnungen an Personen, die sich um die Organisation und Entwicklung der Garden verdient gemacht haben, erteilt werden.

L. Courlois.



Widerstand gegen ausländische Studenten in Frankreich: Auch die

französischen Universitäten haben ihre Bewegung gegen Zulassung ausländischer Studierender, aber sie begegnet entschiedenem Widerstand seitens der Universitätsbehörden selbst wie auch der Mehrheit der Studenten. Die eigentliche Zulassung zu den Vorlesungen selbst wird ohnehin von keiner Seite bestritten. Maßregeln wie die jüngst von der preußischen Regierung gegenüber den slavischen Studenten ergriffenen werden auch von den radikalsten Vertretern der nationalistischen Richtung nicht gefordert, wohl aber wünscht man von manchen Seiten die Beschränkung gewisser remunierter Assistentenstellen in den Hospitälern auf französische Staatsbürger, die Bevorzugung derselben bei Zulassung zu gewissen Übungen, die nur von einer beschränkten Anzahl von Studenten besucht werden können usw. Ebenso ist in manchen Studentenverbänden eine Bewegung gegen Zulassung ausländischer Kollegen im Gange. All dies begegnet jedoch, wie eingangs bemerkt, überwiegendem Widerspruch, und tatsächlich wird es von der großen Mehrheit der Professoren und Studierenden freudig begrüßt, daß die Zahl der ausländischen Studenten, die französische Universitäten besuchen, in rapidem Anschwellen begriffen ist und daß die Absolventen dann überall nach allen Ländern der Erde die Erinnerung an das in Frankreich Gelernte zu tragen vermögen.

D. Dupont.



Eine neue Konstitution Islands: Das isländische Parlament hat in seiner letzten Session eine neue Verfassung beschlossen, welche einerseits den Frauen das politische Stimmrecht verleiht, andererseits die Kompetenz der isländischen Volksvertretung erweitert, die Berechnung

gung Dänemarks zur Einflußnahme auf die Angelegenheiten Islands auf ein Minimum reduziert. Dieserhalb wurden schwierige Verhandlungen mit dem König von Dänemark und seinen Ministern gepflogen, die nun zu einem Kompromiß geführt haben. Alle Island eigentümlichen Fragen sollen in Zukunft durch direktes Zusammenarbeiten zwischen der isländischen Volksvertretung und dem König — ohne jede Heranziehung des dänischen Ministerrats — erledigt werden, während es andererseits dem Könige frei stehen soll,

bei bestimmten Angelegenheiten zu erklären, daß sie beiden Ländern gemeinsam seien. In diesem Falle wird es einer Einigung zwischen der isländischen Volksvertretung und den verfassungsmäßigen Leitern der dänischen Politik bedürfen.

Das Frauenstimmrecht wurde ohne Schwierigkeit anerkannt, und die nächsten Wahlen, die auf den 14. April 1914 anberaumt wurden, sollen bereits im Sinne dieser erweiterten Stimmberechtigung stattfinden.

ALLGEMEINE SOZIALPOLITIK CHRONIK

AUFGABEN der Gemeindepolitik: Unter diesem Titel ist im Verlage von Gustav Fischer in Jena als erstes Heft eines größeren Werkes ein Buch erschienen, das für alle, die in deutschen Gemeinden gesunde Reformen anstreben, von größter Bedeutung sein wird. Es ist von Adolf Damaschke geschrieben. Damaschkes Tätigkeit als Bodenreformer ist scharf umgrenzt. So liegt auch in diesem Buch ein bestimmter zielbewußter Wille. Es handelt von der Besteuerung des Bodens. Übersichtlich in vielfachen Gliederungen finden wir die Kapitel „Die Steuer nach dem gemeinen Wert“, „Die Verbesserungsabgabe“, „Die Zuwachsteuer“, „Die Umsatzsteuer“. Die Grundwertsteuer und die Zuwachsteuer stehen jetzt allgemein im öffentlichen Interesse. Um beide wird heftig gestritten. Hier ist es

Damaschkes Verdienst, klar, verständlich, in knapper Form, aber mit meisterlichen Strichen die gesetzlichen Grundlagen, die angestrebten Reformen, Vorteile und Einwendungen bearbeitet zu haben. Die mannigfaltigen Anwendungsformen dieser beiden Grundsteuern sind durch zahlreiche Beispiele aus deutschen Gemeinden erläutert. Das ist auch ein Vorzug des Buches, daß der gewissenhaft zusammengetragene und wissenschaftlich bearbeitete Stoff aus der Praxis entnommen worden ist. Wir finden keine Forderung in dem Buche erhoben, die nicht irgendwo schon erprobt worden wäre. Für Freunde und Gegner wird das Buch eine wahre Fundgrube kommunalpolitischen Wissens sein. Leser, die nicht zu den Schlüssen Damaschkes kommen, werden reiche Anregung erhalten. Seinen Freunden aber hat Damaschke, der bereits

Hundertern von deutschen Gemeinden in ihrer Sozialpolitik Richtung und Weg gegeben hat, wieder einmal scharfe und schneidige Waffen im Kampfe für eine gesunde Bodenpolitik in die Hand gegeben. Der niedrige Preis von 1,20 Mark wird dazu helfen, daß das Buch bei allen, die das Gefühl der Verantwortlichkeit für das Geschick ihrer Gemeinde in sich spüren, eine weite Verbreitung finden wird.

Johannes Lubahn,
Berlin.



Heimarbeiterschutz in England:

Bekanntlich wurden im Jahre 1909 in England 4 Lohnämter geschaffen, welche Minimallöhne für Heimarbeiterinnen festlegen. Schon damals erklärte die Regierung, daß sie in den 4 Gewerben diese vorläufige Einrichtung der Lohnämter treffe, um ihren praktischen Wert zu erproben und auf Grund ihrer günstigen oder ungünstigen Ergebnisse auf diesem Felde weitere Vorkehrungen zu treffen.

Eben jetzt ist die Regierung mit der Erklärung, daß sie Lohnämter für weitere 5 Gewerbe errichten wolle, vor die Öffentlichkeit getreten. Sie zeigt damit, daß sie die Erfolge des Experimentes mit den ersten 4 Gewerben für durchaus günstig betrachtet.



Erweiterung der englischen Minimallohngesetzgebung für Heimarbeiter: Die englische Regierung hat im Sinne der ihr durch das Heimarbeiterschutzgesetz vom Jahre 1909 verliehenen Vollmacht am 16. Juni 1913 eine Regierungsverordnung erlassen, durch welche Lohnämter mit Befugnis, Minimallöhne festzusetzen, für fünf weitere Gewerbe eingesetzt werden.

Das Gesetz vom Jahre 1909 hatte

sie für Schachtelerzeugung, Spitzenfabrikation, Kettenerzeugung und gewisse Teile der Konfektion festgelegt, und zwar in gleicher Weise für Heimarbeiter und Werkstattarbeiter dieser Branchen, auf daß der Arbeitgeber nicht etwa durch Entlassung der Heimarbeiter und ausschließliche Beschäftigung von Werkstattarbeitern sich den Bestimmungen des Gesetzes entziehen könne. Etwa 200 000 Arbeitern kam das Gesetz zugute, darunter etwa 140 000 Frauen und Mädchen.

Die so festgelegten Minimallöhne für Frauen betrugen 20—26 Pfennige pro Stunde, für Männer 40—60 Pfennige; naturgemäß sind jedoch die geschickten Arbeiter imstande, höhere Löhne zu erzielen, während die genannten Ziffern ein Minimum nach unten bilden. Man hat berechnet, daß die früher bezahlten überaus niedrigen Löhne durch das Gesetz ungefähr verdoppelt wurden.

Viele Arbeitgeber waren bereits vor der Einführung des Gesetzes demselben freundlich gestimmt gewesen; seither ist es in die Sitte des Landes übergegangen, und es gibt keinerlei Widerspruch mehr.

Die neue Verordnung läßt weiteren 200 000 Menschen, somit im ganzen 400 000, die Wohltaten des Gesetzes zukommen, fünf neue Gewerbe erhalten ihre Lohnämter.



Die Regelung der Arbeitszeit der Handlungsgehilfen in Viktoria: In der Arbeiterschutzgesetzgebung des führenden australischen Industriestaates Viktoria, die bereits vorher sehr weitgehend war, sind neuerdings bedeutende Ausgestaltungen vorgenommen worden. Für alle städtischen Läden mit Ausnahme gewisser Lebensmittelhandlungen und Gasthäuser ist der 6-Uhr-Ladenschluß festgesetzt worden. Nur Freitags dürfen

die Läden bis 10 Uhr abends offen bleiben, während sie Samstag schon um 1 Uhr zu schließen haben. Sonntag bleiben sie ganz geschlossen.

Was die dem Nahrungsbedürfnis der Bevölkerung dienenden Geschäfte anlangt, wird nur dann eine Verordnung erlassen, wenn die Mehrzahl der Geschäftsinhaber im Distrikte und der betreffenden Branche darum ansucht. Spezielle Bestimmungen gelten für Fleischer und Bäcker. Die ersteren haben Montag, Dienstag, Donnerstag um 5 Uhr, Freitag um 6 Uhr, an einem Wochentag (und zwar Mittwoch oder Samstag, je nach Wahl) um 1 Uhr zu schließen; Bäcker machen Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag um 6 Uhr, Mittwoch oder Samstag um 1 Uhr Ladenschluß. Blumenhandlungen und Friseure haben Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag um 8 Uhr, Mittwoch oder Samstag um 1 Uhr zu schließen.

Kein Ladengehilfe darf mehr als 50 Stunden pro Woche beschäftigt werden, und die Arbeitszeit darf nur an einem Tage der Woche 9 Stunden überschreiten. Überarbeit bis zu 3 Stunden pro Tag ist an 25 Tagen jedes Jahres gestattet, doch muß der betreffende Gehilfe hierfür eine ausdrückliche Bevollmächtigung der Fabriksinspektoren vorweisen können. Für diese Stunden muß 1½facher Zeitlohn, mindestens aber 50 Pfennige pro Stunde und noch 1 M. Nachtmahlgeld bezahlt werden.

S. Fisher.



Eine Besserungsanstalt mit Selbstverwaltung der Zöglinge: Nach dem Muster der amerikanischen "George Junior Republic" wird eben jetzt in Dorset (England) ein „Little commonwealth“ begründet, und zwar, was vom amerikanischen Vorbild aller-

dings abweicht, zum ausgesprochenen Zwecke, verwahrloste Kinder zu bessern. Lord Sandwich stellte zunächst ein Landstück unentgeltlich zur Verfügung und ermöglichte so die Begründung der Kolonie. Die erste Genossenschaftler waren 3 Mädchen und 3 Knaben, die vom Gerichtshof von Tower Bridge, statt einer Besserungsanstalt, der Anstaltsleitung von Dorset übergeben wurden.

Im Laufe der Zeit sollen 80 Knaben und Mädchen angesiedelt werden.

Die Knaben sollen die Wohnstätten errichten, Straßen und Wege anlegen und Löhne erhalten, zunächst nur in Anweisungen auf die Zeit ihrer Entlassung. Ihr Verdienst soll 10—20 Mark pro Woche betragen, wovon allerdings die Unterhaltungskosten abgezogen werden.

Die Leitung der Kolonie soll in die Hand von Mister Lee gelegt werden, der durch 6 Jahre eine der analogen Kolonien in Amerika, die „Fort Republic“ in Detroit, leitete; doch soll ihm bloß die Oberaufsicht zustehen, während im großen und ganzen volle Selbstverwaltung der jungen Leute geplant ist. Diese werden, analog den amerikanischen Kolonien, ihren eigenen Verwaltungsrat wählen, ihre eigenen Richter, denen das Urteil über Vergehungen gegen die Ordnung zusteht, ja, deren Befugnis bis zur Verhängung des Ausschlusses aus der Kolonie geht, was gleichlautend mit der Überweisung in eine staatliche Besserungsanstalt ist.

Man hofft, daß die jungen Leute eben durch die Selbstverantwortung, die sie für das Gedeihen des Unternehmens, das ihnen eine so viel bessere und freiere Lage als in der Besserungsanstalt gewährleistet, auf sich nehmen, wahres Verantwortlichkeitsgefühl auch für das spätere Leben gewinnen werden.



SOZIALHYGIENE

CARL COLBERT, WIEN: ERHEBUNG ÜBER DIE KINDERARBEIT IN ÖSTERREICH IM JAHRE 1908.

DIE groß angelegte Erhebung umfaßt alle Arten der auf Erwerb zielenden Kinderarbeit: die häusliche, die industrielle, die landwirtschaftliche und alle sonstigen Arbeiten, regelmäßige und gelegentliche. Die Ergebnisse sind in drei stattlichen Heften niedergelegt, das erste mit dem außerordentlich umfangreichen Tabellenmaterial, das zweite und dritte mit den Erläuterungen des arbeitsstatistischen Amts und der überaus lehrreichen Gutachten der Schulleitungen, die die einzelnen Erhebungen durchführten; denn nach den bewährten Mustern der Erhebungen aus Privatfleiß im deutschen Reich und in Österreich hat das k. k. arbeitsstatistische Amt die Erhebungen durch die Schulleitungen besorgen lassen.

Die Veranlassung zu der ganzen Arbeit war der Antrag des Abg. Dr. Julius Ofner vom Jahre 1903, der die Kinderarbeit gesetzlich regeln will; der Antrag wurde von dem unermüdlichen Sozialpolitiker wiederholt eingebracht und hat auch schon das Stadium der Vorberatung zurückgelegt. Allerdings weiß jeder Kenner der parlamentarischen Verhältnisse Österreichs, wie weit und dornenvoll der Weg vom vorberatenden Ausschusse zum beschlußfassenden Hause ist.

Die Erhebung wurde zur Vermeidung sehr bedeutender Kosten nur auf 3502 von 22 276 Schulen, d. i. 15.7 % ausgedehnt. Sie wurde nicht nach den Grundsätzen der Proportionalität angelegt, denn es sollte die Kinderarbeit nicht in ihrem ganzen Umfange, sondern vielmehr in ihren verschiedenen Formen erfaßt werden. Können sohin Schlüsse auf das Gesamtgebiet nur vorsichtig und unvollkommen gezogen werden, so wurde doch dafür der Vorteil eingetauscht, daß auch seltenere Formen der Kinderarbeit eingehend erforscht werden konnten. Ferner können innerhalb der einzelnen Arten Schlüsse auf das Gesamtgebiet mit größerer Wahrscheinlichkeit gezogen werden. Dazu trägt auch die Art der Erhebung bei, die neben der Statistik den persönlichen Äußerungen der Schulleiter, also den aus dem Leben geschöpften Wahrnehmungen, breiten Raum gewährt, wodurch die Ziffern ganz außerordentlich und sehr zum Vorteil der Wirkung durch anschauliche Bilder illustriert werden.

Die tabellarische Bearbeitung umfaßt 418 391 Kinder (10 % aller), von denen 145 474 = 34.8 zur Erwerbsarbeit verwendet wurden. Dies würde darauf schließen lassen, daß in ganz Österreich rund 1.45 Millionen Kinder im schulpflichtigen Alter erwerbend tätig sind. Prof. Dr. Walther Schiff, der die Bearbeitung des Materials gemeinschaftlich mit dem Ministerialvize sekretär Dr. Franz Zizek geleitet hat, kommt in einer Besprechung im Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Band 37, zu dem Schlusse, daß diese Schätzung der Wirklichkeit sehr nahekommt. In Wahrheit sind aber die Ziffern noch viel schrecklicher, da die Erhebung die grauenvolle Tatsache festgestellt hat, daß eine ungemein große Zahl Kinder schon im vorschulpflichtigen Alter — dieses ist in Österreich das vollendete 6. Lebensjahr — erwerbend arbeiten.

Diese flüchtige Arbeit kann nicht auf die Einzelheiten der Erhebung

eingehen. Sie bezweckt nichts anderes, als durch ein paar Proben, willkürlich oder zufällig herausgegriffen, auf das bedeutungsvolle Werk aufmerksam zu machen und zu eingehendem Studium anzuregen. Sie will nichts sein, als ein kurzgefaßter Führer für die Wanderung durch die Hölle der Kinderarbeit, vorbei an unendlichem Jammer, stummen Anklagen aus krankgearbeiteten Kinderaugen gegen die Gesellschaft, die diesen Frevel duldet. Es ist wichtig, sich mit diesen Zuständen, da sie nun einmal mit der ganzen Autorität des Staates und der Wissenschaft dargestellt sind, eingehend zu befassen; das ist ebenso sehr ein Gebot der Menschlichkeit und der Sozialpolitik, wie der Sorge um die Zukunft.

Ich gehe nun daran, aus dem ungeheuren Material einiges herauszuheben; nochmals sei daran erinnert: ohne wissenschaftliche Ordnung und Absicht, rein zu dem Zwecke, schlummernde Gewissen aufzurütteln. Man mag das demagogisch nennen. Ich schrecke vor diesem Vorwurf nicht zurück. Elend zu lindern darf, ja muß man, wie ich glaube, zu jedem Mittel greifen. Übrigens kann jedermann meine demagogische Darstellung mit den statistischen Angaben vergleichen. Ich hoffe, er wird diese nicht weniger aufreizend finden. Die k. u. k. Hof- und Staatsdruckerei hat wahrscheinlich noch nie so demagogische Tabellen gedruckt. So z. B. wenn uns die Statistik zeigt, daß es auch unter den Kindern, die arbeiten müssen, Abstufungen des Elends gibt: von den ehelichen Kindern müssen 34.6 % arbeiten, von den unehelichen 37 $\frac{1}{3}$ %. Von halbverwaisten Kindern arbeiten 33.8 %, von ganz verwaisten ehelichen 41 $\frac{1}{2}$ %, und von den verlassensten Parias der Gesellschaft, den verwaisten unehelichen fast die Hälfte, 48.8 %. Das tiefste Elend und die bitterste Anklage in einer Ziffer zusammengefaßt!

In der Industrie arbeiten fast alle Kinder (33 826) als Heimarbeiter, da das Gesetz (Gewerbeordnung vom Jahre 1885 § 96) die Verwendung von Kindern unter 14 Jahren in fabriksmäßig betriebenen Gewerben, und die Verwendung von Kindern unter 12 Jahren zu regelmäßigen gewerblichen Beschäftigungen überhaupt verbietet (was allerdings nicht hindert, daß eine erschrecklich hohe Anzahl Kinder in dieser gesetzlich verbotenen Weise mißbraucht wird; vgl. unten). Ganz wie das im Deutschen Reiche nach Erlaß des Gesetzes vom 30. März 1903 beobachtet wurde, steht auch bei uns dem Rückgang der Fabriksarbeit eine fortwährende Steigerung der Kinderheimarbeit gegenüber; also Rückgang der kontrollierbaren und in der Tat kontrollierten Verwendung, Zunahme der jeder Überwachung entzogenen rücksichtslosesten Ausnützung. Vernunft wird Unsinn, Wohltun Plage, weh' dir, daß du ein Kind bist!

Die Alterserhebung ergab grauenhafte Ziffern: ein Viertel der Kinder war höchstens 8 Jahre, vier Fünftel höchstens 12 Jahre alt; über ein Drittel (37.6 %) hatte mit 4—6 Jahren zu arbeiten begonnen, nur 13 % hatten das 10. Jahr überschritten.

Fast drei Viertel der arbeitenden Kinder sind während aller 52 Wochen, 84.2 % während aller Wochentage beschäftigt; bei der Spitzen- und Holzspanschachtelerzeugung erhebt sich diese Quote auf über 90 %. Nachtarbeit muß nahezu ein Viertel der arbeitenden Kinder leisten; doch gibt es Industrien, wo die Quote auf 40—51 % steigt. Die Erhebung weist nach, daß mehr als 1000 Kinder mehr als 4 Stunden Nachtarbeit verrichten müssen, laut vielen Berichten „bis spät nachts“. (2. Teil, 2. Heft S. 179.) Bei „Postarbeit“, an den Tagen vor den Ablieferungsterminen soll es vorkommen, daß Kinder die ganze Nacht hindurch arbeiten müssen! In einer

Sardinenfabrik im Küstenlande arbeiten Kinder, meistens Mädchen, von 5 Uhr früh bis 1 Uhr nachts.

Die Summe der wöchentlichen Schul- und Arbeitsstunden beträgt im Sommerhalbjahr mehr als 50 Stunden bei 32.8 %, im Winterhalbjahr bei 26.4 %. Mehr als 60 Stunden arbeiten 12.1 % bzw. 9.5 %!

Und wofür? Es scheint mir, daß die Verwerflichkeit der Ausnützung zarter Kinder erst dann im vollen Licht erscheint, wenn man weiß, für welchen Lohn alles geopfert wird, was die Jugend dem Menschen bietet. Wieder greife ich aufs Geratewohl heraus, wie ich mir es beim ersten Durchlesen der Tabellen angemerkt habe. Da finde ich: In der Industrie — aber zuerst noch ein Wort über die Art der Entlohnung. Die Feder sträubt sich es niederschreiben zu müssen: Kinderarbeit wird in vielen Fällen im Akkord geleistet!

Ich finde bei flüchtiger Durchsicht:

Nadlerwaren: Nähnadeln auffädeln 3—6 h für 1000 Stück = 1 Stunde Arbeit.

Schnallenschlagen: 2—4 h für das Gros, Tagesverdienst 26 h.

Herstellung von Christbaumkerzenhaltern: 18 h für 1000 Stück, Tagesverdienst 9—36 h, Monatsverdienste 8—10 K.

(Wer wird künftig noch das Herz haben, glücklichen Kindern Kerzen am Weihnachtsbaum anzuzünden, wenn er sich der Kinder erinnert, die damit 18 h für 1000 Stück verdient haben?)

Spielwaren aus Blech: Pferdchen 2—10 h das Dutzend, Tagesverdienst 32 h.

Zahnstochererzeugung: $2\frac{1}{2}$ —3 h für den Bund zu 80 Stück. Dazu ist folgendes bemerkt: Saisonverdienst (November-März) 7 K, 12 K für 32 000 Stück.

Roßhaarkrepeln: Stundenlohn 10 h, in Böhmen Wochenverdienst 50 h. Wolleklauen (eine hübsche Arbeit für Kinder!) für das Kilogramm 6 h. Wollezupfen: Tagesverdienste von 6—8, 20, allerdings auch 70 h. Und so geht es weiter, Seite auf Seite in grauenhafter Eintönigkeit.

Das Bild unserer Zeit wäre unvollständig für den, der nicht wüßte, wie Haarnetze entstehen.

Haarnetze werden aus Menschenhaaren erzeugt, zumeist aus chinesischen. Die Haare werden zunächst sortiert, dann zu entsprechender Länge aneinandergeknüpft und endlich genetzt. Kinder sind zu diesen Arbeiten, die zarte Finger erfordern, besonders geeignet: die Erhebung zählte 3779 arbeitende Kinder, wovon 1447 ausschließlich, die übrigen in Verbindung mit landwirtschaftlicher Arbeit Haarnetze erzeugen. Die hier beschäftigten Kinder sind besonders jung: 80 % haben mit der Arbeit im 8. oder einem früheren Jahre, 45 % im 6. oder einem früheren Jahre begonnen. Die Arbeitszeit beträgt bei gekürztem Unterricht im Winter 8, im Sommer 9.4 Stunden. 39.6 % arbeiten des Nachts; die Nachtarbeit dauert gewöhnlich die ganze Woche und zwar mehr als 2 Stunden.

Ein paar anschauliche Bilder zu den trockenen Ziffern! „Um das Kind munter zu erhalten, geben ihm die Eltern Tee mit Rum oder schwarzen Kaffee mit Branntwein als Peitsche, um sie bis tief in die Nacht hinein wach zu erhalten.“ „Wie verderblich das auf die Augen, die Entwicklung des Brustkorbs wirkt, läßt sich gar nicht beschreiben.... So graben sie sich Tag und Nacht den ganzen Winter hindurch ihr Grab.“ (Äußerungen von Schulleitungen in der amtlichen Erhebung.)

Und dafür werden folgende Löhne gezahlt, ausnahmslos im Akkord, also auch noch unter der grausamsten aller Peitschen, die mit Hunger züchtigt, wenn das Kind nicht fleißig war oder der schwarze Kaffee mit Brantwein nicht mehr wirkt.

Für das Sortieren der Haare 24 h für das Kilogramm !

Für das Knüpfen der Haare: 40 h für 10 Gramm = Durchschnittsverdienst täglich 10 h, an schulfreien Tagen 38 h.

Für das Flechten der Netze: Tagesverdienste 30—40 h, an Schultagen 10—30 h, Wochenverdienste 1—1 K 20 h (sechsjährige Kinder !), 2—3 K (ältere Schulkinder), während der Ferien 2—5 K. Höchstverdienst 6 K.

Die Haagnetzerei wird in den übereinstimmenden Äußerungen einer erheblichen Anzahl von Ärzten und von über hundert Schulleitungen als eine der gesundheitlich verderblichsten industriellen Kinderarbeiten bezeichnet: übermäßig lange Arbeit, von 4 oder 5 Uhr früh mit kurzen Unterbrechungen bis 10 und 11 Uhr nachts in schlecht beleuchteten und gelüfteten, engen, oft feuchten Räumen, in denen gekocht wird und mehrere — oft vier bis sieben — Menschen schlafen, dabei fortwährend gebeugt bei der Arbeit sitzend und die Augen intensiv anstrengend; die schon erwähnte Tee- und Brantweinpeitsche; Staub, der zugleich Träger von Infektionskeimen ist; kurz, was eine Arbeitshölle an Schrecken birgt. Die Folgen: Zurückbleiben der gesamten Entwicklung; Schädigung der Sehkraft, Augenentzündungen, Trachom, das zur Erblindung führen kann; Blutarmut, Skrofulose, Rückgratsverkrümmung, besonders häufig jedoch Lungenspitzenkatarrh und — selbstverständlich — Tuberkulose.

Das Kind in der Landwirtschaft.

Die Landwirtschaft beschäftigt die meisten Kinder, von den 148 368 der „Erhebung“ 92.639, d. i. 62,4 %; davon sind 41 728 in Verbindung mit dem Haushalt, 35 363 ausschließlich beschäftigt. Darunter sind die wahren Parias, Arbeitsklaven der geplagtesten Art die 6809 Kinder, die teils im Taglohn, teils als Dienstboten bei Fremden arbeiten. Die Schilderungen der Schulleitungen sind fast ohne Ausnahme schrecklich; der Schulunterricht leidet, die geistige Entwicklung bleibt zurück, manche können beim Eintritt in die Schulen kaum sprechen; auch das sittliche Leben erleidet schweren Schaden, namentlich beim Viehhüten und durch das Zusammenleben mit den erwachsenen Knechten und Mägden.

Das aufreizendste Kapitel ist das von den Kindern, die Tagelöhnerarbeit auf Großgrundbesitzungen verrichten. Die Schulleitung Nr. 41 berichtet: „Zur Arbeit auf dem herrschaftlichen Gute gehen die Kinder um 4— $\frac{1}{2}$ 5 Uhr früh und kommen nach 8 Uhr abends nach Hause. Dabei ist die Ernährung ungenügend. Für den ganzen Tag müssen ein Stück trockenes Brot, ein bißchen Milch oder Kaffee, manchesmal auch Eier genügen.“ Viele Berichte enthalten ähnliches. Ministervizesekretär Dr. Zizek sagt in seinem ausgezeichneten Bericht an den Kinderkongreß: Auf den Gutsherrschaften dauert die Feldarbeit nach mehreren Berichten 10—12 Stunden.

Der Lohn ist elend, gewöhnlich die Hälfte dessen, was der erwachsene Arbeiter bekommt; 40 h bis 1 K 20. Doch kommen auch Löhne von 10—30 h, andererseits auch bis 3 K vor. Ich habe aber Grund anzunehmen, daß dieser und ähnlich hohe Löhne nur in seltenen Ausnahmefällen, bei besonders dringender und sehr lange dauernder Arbeit bezahlt werden.

Die Alterverhältnisse sind sehr ungünstig. Es kommen Dienstbotenverdingungen von 8, 7 und 6jährigen Kindern vor, gefördert durch das Elend der Schulbesuchserleichterungen.

Ein besonderer Schandfleck ist die Verdingung von Kindern als landwirtschaftliche Dienstboten ins Ausland, worüber 102 Schulleitungen, darunter 88 aus Tirol und Vorarlberg berichten; die Kinder werden fast durchwegs nach Bayern, Württemberg und Baden, aber auch nach Preußen, Italien und Ungarn verdungen. Der Lohn ist für 6 Monate 30—100 Mark, außerdem Quartier und Kost, manchmal auch Schuhe und Kleider. Die Klagen über Überanstrengung, körperliche und sittliche Verwahrlosung, ungenügende Ernährung, Gewöhnung an Schnapsgegnuß sind allgemein. Ganz ähnlich verhält es sich mit der in Galizien sehr verbreiteten Saisonarbeit von Kindern im Auslande. Die Kinder gehen mit langfristigen (bis neunmonatlichen) Kontrakten, häufig allein, nach Deutschland, Dänemark, Schweden, Rußland, Rumänien, wo sie Rüben behacken (eine furchtbar ermüdende Arbeit!) Hopfen pflücken, Heu ernten usw.

„Auch wird über Fälle berichtet, in denen Mädchen unter 14 Jahren, die zur Saisonarbeit im Auslande weilten, nach ihrer Rückkehr Mutter wurden.“ (2. Teil, 2. Heft S. 241.)

Es mag ja richtig sein, daß der Kleinbauer, dem es in den meisten Teilen Österreichs schlecht geht, die wohlfeile Arbeitskraft seiner Kinder nicht leicht entbehren kann; die unaufhaltsam vorwärtsschreitende Proletarisierung des Kleinbauernstandes äußert sich auch darin. Ganz sicher ist es aber falsch, die Kinderarbeit im Großlandwirtschaftsbetriebe als unentbehrlich zu bezeichnen; wir hören hier fast wörtlich genau dieselben Schlagworte, die den Kolonisten aller Nationen zur Verteidigung der Sklavenarbeit herhalten mußten. Sogar die von Gott gewollte Ordnung fehlt nicht, und leider! auch nicht der Geistliche, der diese Ordnung beschützt. Der erbitterte Widerstand des Großgrundbesitzers gegen jeden Versuch, die Kinderarbeit auch nur einzuschränken, ist einzig und allein auf den nacktesten Egoismus zurückzuführen; Kinderarbeit ist billig und drückt auf die Löhne der Erwachsenen.

Sonstige Arbeiten.

Hinsichtlich der Kinderarbeit im Haushalte, dann im Handel und Verkehr, beim Austragen von Zeitungen und Lebensmitteln, endlich im Gastgewerbe liegen die Verhältnisse nicht minder traurig. Diesbezüglich kann auf die Erhebungen im Deutschen Reich, insbesondere auf die bahnbrechenden Darstellungen von Konrad Agahde verwiesen werden. Den Gang durch diesen Teil des Kinder-Inferno darf ich also den Lehrern ersparen. Genau wie im Deutschen Reiche finden sie am Eingange die Kinder zartesten Alters, die vor Morgengrauen austragen, damit wir das Morgenblatt, die Milch und die Semmel rechtzeitig und billig zum Frühstück haben, und am Ausgange den Kegeljungen, der bis Mitternacht und länger Kegel aufsetzt und Alkohol bekommt, damit er munter bleibe. Dazwischen liegt ungenügender Schulbesuch, ungenügender Schulerfolg, Prostitution, Besserungsanstalt und ein erschreckender Prozentsatz zum Verbrechertum aller Art.

Die Schulferien.

Bevor ich schließe, noch ein Wort über die Schulferien, die glücklichste Zeit glücklicher Kinder, die traurigste für die zum Arbeiten Gezwungenen.

Es scheint mir das von allen Anklagen die schwerste zu sein, da alle Tabellen und alle Berichte, fast ohne Ausnahme, betonen, daß die Erwerbsarbeit während der Schulferien der Zeit nach am härtesten ist. Bei den Kindern, die in der Landwirtschaft arbeiten, mag das, wenn auch nicht verzeihlich, so doch zur Not begreiflich scheinen; fallen doch die Hauptferien mit dem stärksten Bedarf an Arbeitskraft zusammen. Besonders schrecklich zu denken ist es aber, daß dem Kind in der Heimarbeit die freie Zeit auch nicht die geringste Erholung, sondern im Gegenteil eine Steigerung seiner Qualen bringen.

Dasselbe gilt natürlich auch für den gekürzten Unterricht, der ja nichts anderes ist, als ein völliges Aufheben der Schule zugunsten der Erwerbstätigkeit. Schon bei normalem Unterricht erfordern Schule und Arbeit bis zu 60 Stunden wöchentlich, die Wege zu und von der Schule, die Hausaufgaben, die Arbeit an Sonntagen nicht gerechnet, und wir lesen von Kindern, die einen Weg von $1\frac{1}{2}$ und 2 Stunden hin und ebensoviel zurück zu machen haben. Die „Erhebung“ zeigt, daß rund 8000 Kinder im Winter, mehr als 20 000 im Sommer mehr als 10 Stunden — Schul- und Arbeitsstunden — täglich haben. Bei gekürztem Unterricht ist es noch ärger.

Allerdings wird man sich über schlechte Erfolge der schulbesuchenden Kinder nicht sonderlich aufregen, wo eine so unglaubliche Zahl überhaupt keine Schule besucht. Nach dem vortrefflichen Bericht der Bürgerschullehrer Dr. S. Kraus und Theodor Neumann an den Kinderschutzkongreß „Lehrerschaft und gesetzliche Regelung der Kinderarbeit“ blieben im Jahre 1911 in Österreich ohne Galizien 23 920 Kinder schulfremd, in Galizien 153 738! Es handelt sich dabei nur um die normal entwickelten schulpflichtigen Kinder; gebrechliche und solche, die zu Hause unterrichtet werden, sind nicht mitgezählt. (Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß sich der zitierte Bericht bedingungslos für das allgemeine Verbot der Kinderarbeit ausspricht. Inhalt und Form des Berichts erheben ihn zum Range eines sozialgeschichtlichen Dokuments ersten Ranges, auf das die österreichische Lehrerschaft stolz zu sein alles Recht hat.)

Und der Staat? Was tut er, um diesen zum Himmel schreienden Zustand — ich sage nicht: abzustellen, sondern nur innerhalb der Schranken zu halten, die die schon bestehende Gesetzgebung aufgerichtet hat? Der Staat, der sich rühmen kann, in Hofdekreten Josefs II. die ersten Schutzverordnungen für Kinder, die in Fabriken arbeiteten, gehabt zu haben? Ich zitiere die schon erwähnte Arbeit des k. k. Sektionsrats Dr. Walter Schiff:

„Es arbeitet, wie die amtliche Publikation selbst hervorhebt, eine nicht unbedeutende Anzahl von Kindern unter 14 Jahren (selbst solche von 6—8 Jahren) trotz des gesetzlichen Verbotes in fabrikmäßigen Ziegeleien, Sägewerken, Glashütten, in Textil-, Zucker-, Konserven-, Möbelfabriken usw.; eine unvollständige Liste auf S. 110 weist 914 solche Kinder für die Erhebungsgebiete aus.“

„Noch verbreiteter scheint die gleichfalls gesetzlich untersagte regelmäßige Arbeit von Kindern unter 12 Jahren in kleinen gewerblichen Betrieben zu sein! in Steinbrüchen, kleinen Ziegeleien, Sägewerken, bei Tischlern, Drechslern, Schneidern, Schustern, Friseuren, Müllern, Bäckern, Fleischern, auf Bauten, in Gasthäusern, Schankwirtschaften, Kaufläden, beim Straßenhandel usw.“

„Nachtarbeit und Beschäftigung durch mehr als 8 Stunden verbietet die Gewerbeordnung für Jugendliche zwischen 12 und 14 Jahren; die Er-

hebung zeigt uns Schulkinder, die des Nachts und durch mehr als 10 Stunden in gewerblichen Betrieben arbeiten. Ähnlich steht es mit der Sonntagsruhe.“

„Sehr groß ist endlich die Zahl der Kinder, welche unter Verletzung ihrer gesetzlichen Schulpflicht zur Arbeit herangezogen werden.“

* * *

Man hat es sich in Österreich abgewöhnt Optimist zu sein. Auch ich bin es nicht mehr. Ich bin deshalb nicht imstande, mit Dr. Walter Schiff zu glauben: „Sobald einmal derartige furchtbare Übelstände und ihre so große Verbreitung amtlich festgestellt und öffentlich bekannt gemacht worden sind, ist ein Eingreifen des Staates unausweichlich.“ Es ist sehr begreiflich, daß der Mann, der an der Bekanntmachung dieser furchtbaren Übelstände so hervorragend mitgewirkt hat, die Hoffnung auf Hilfe durch die Gesetzgebung festhält. Wir anderen, durch die Gesetzgebung so anhaltend enttäuscht, erwarten nichts mehr von ihr; wir haben zu oft gesehen, daß auch unausweichlichem Eingreifen des Staates ausgewichen wurde.

Werden die furchtbaren Übelstände deshalb ewig andauern? Trotz allem Pessimismus glaube ich es nicht. Das öffentliche Gewissen wird den Staat endlich doch aus seiner Trägheit emporjagen, und die Gesetzgebung wird müssen, was sie zu wollen weder die Energie noch vielleicht den guten Willen hat: Das öffentliche Gewissen wird sie zwingen, und als sein starker Bundesgenosse die öffentliche Angst.

Ich empfehle jedermann, der sich um die Zukunft Sorgen macht, diese „Erhebung“ gründlicher zu studieren, als es auf diesen paar Seiten möglich war. Er wird unendlich Trauriges, Schreckliches und Aufregendes lesen. Es ist keine Lektüre für die Stunden vor dem Schlafengehen. Man lese vormittags, wenn die Sonne hell scheint und an eine bessere Zukunft glauben läßt. Ich zweifle nicht: wer in hellen Stunden liest, wird ein Mitkämpfer werden in dem Feldzuge für die Befreiung des arbeitenden Kindes. Dieser Feldzug muß kommen; vielleicht ein friedlicher Eroberungszug, vielleicht auch nicht. Aber kommen muß er. Wie die Sklaverei in Europa, wie die der Neger in den Kolonien; wie die Hörigkeit der Bauern und die Robott, so wird auch die Sklavenarbeit des unmündigen Kindes nicht ewig dauern.

Wer mitarbeitet, trägt vielleicht dazu bei, daß der Sieg weniger blutig erkämpft werde.

In diesem Sinne, weil sie eine wichtige Waffe für den Befreiungskampf geliefert hat, verdient auch die Regierung Dank für die Veranstaltung und für die unbefangenen-sachliche Bekanntmachung dieser „Erhebung“.



LÉON U. MAURICE BONNEFF, PARIS: EIN EMANZIPATIONSVERSUCH DER BLINDEN FRANKREICHS.



Die Gründung einer Gewerkschaft der blinden Arbeiter sowie deren Aufnahme in die Union des Syndicats de la Seine und die Confédération générale du travail sind ein interessantes sozial-psychologisches Phänomen; dasselbe bezeugt, daß eine Elite von Blinden den Kampf aufnehmen will gegen die laufende Auffassung von der sozialen

Beschaffenheit des Blinden, die ihr mit der Würde des Menschen und Arbeiters nicht vereinbar erscheint.

Man sieht in den Blinden arme unvollständige Wesen, die sich nicht zu helfen vermögen. Man leistet ihnen Beistand, wie man ein Almosen spendet. Nun hat eine Gruppe junger, entschlossener Blinder, denen die Anpassung an ihr entsetzliches Mißgeschick geglückt war, in der Absicht, jedes Almosen zurückzuweisen und unabhängige Arbeit zu fordern, eine Gewerkschaft gebildet und verteidigt so ihre Gewerbeinteressen.

* * *

Jener 40 000 Blinden, davon acht Zehntel der armen Klasse angehörend, die in Frankreich leben, wurde allerdings schon am 28. März 1882 gedacht, wo neben der Verordnung des freien und obligatorischen Volksschulunterrichts für alle vollsinnigen Kinder auch der obligatorische Unterricht für taubstumme und blinde Kinder gesetzlich angeordnet wurde. Aber noch ist dieser letztere Paragraph nicht zur Ausführung gekommen. Und so bleiben die blinden Kinder der Armen auch geistig blind. Sie verfallen der Bettelei, um ihren Anteil am Familienerwerb decken zu können.

Wollen die Eltern ihren blinden Kindern doch eine Ahnung von Bildung beibringen lassen, so existieren hierfür 23 Anstalten, jede mit ungefähr 50 Plätzen. Die Kinder bezahlen 200 bis 600 Franks jährlich. Die Mehrzahl bekommt das Geld von der Gemeinde, dem Departement oder einem Wohltäter, wie auch die Anstalten zum Teil von Philantropen erhalten werden. Oft auch finden sich nicht genug Stipendien, um die vorhandenen Plätze zu besetzen.

Den blinden Kindern von Paris und vom Seine-Departement steht die Braillesche Schule offen. Ihr Gründer war der Spitalsdirektor M. Pépau. Die Schule nimmt für gewöhnlich 100 bis 110 Kinder auf.

Die Blinden aus begüterten Familien besuchen die „Institution nationale“. Hier werden ihnen die Elemente allgemeiner Bildung beigebracht, vor allem aber musikalisches Studium betrieben. Es ist eine Keimstätte für Organisten. Leider hat mit der Trennung von Kirche und Staat in Frankreich sich für diese Anwärter die Anstellungsmöglichkeit in zahlreichen Pfarreien gemindert, da diese nicht mehr Gehälter wie früher bezahlen können. Dennoch lastet nicht allzu große materielle Sorge auf diesen Zöglingen, da sie sonst nicht den jährlichen Pensionspreis von mindestens 1200 Franks mit 400 Franks Nebenausgaben bezahlen könnten. Einige Zöglinge, die auf fremde Kosten in der Anstalt erzogen werden, bekommen beim Austritt von ihren ehemaligen Kameraden Unterstützungen.

Ein Fünftel aller Blinden in Frankreich erhält auf diese Weise einige Ausbildung. Aber womit verdienen jene, die darauf angewiesen sind, später ihr Brot? Mit der Korbflechterei, mit Sesselflicken, Klavierstimmen, Bürsterzeugung? Ach nein, diese Tätigkeiten werden ihnen nur erschlossen, um damit das Mitleid noch stärker erregen zu können. Man gibt dem Blinden Arbeit, wie man ihm Almosen gibt; man denkt nicht daran, ihm eine ernste Aufgabe zu stellen, er ist ihr ja doch nicht gewachsen.

Die Braille-Schule in Paris lehrt als Musterschule ihre Schüler 20 Gewerbe und sie erlernen selbe g u t. Aber die Erwachsenen werden in der Eigenschaft von Arbeitern dabehalten und werden fortdauernd unterstützt. Die Schule heischt für sie Arbeiten zu lächerlichem Preis, der sogar auf die Löhne der Sehenden drückt. An den ausgeführten Arbeiten verliert die Schule im

Jahresdurchschnitt 800 000 bis 850 000 Frank, welche aus der Subvention des Generalrates gedeckt werden müssen. Und so ist auch in anderen Anstalten die Arbeit für die Blinden nur eine moralische Befriedigung, kein Werkzeug zur Unabhängigkeit. Wochen und Wochen braucht es, bis ein Sessel eingeflochten ist. Tage und Tage verschlingt die Anfertigung einer Bürste. Die „Kunden“ werden dieser Arbeit müde und ersetzen sie durch Geldgaben. Die einzige Handarbeit, die mit einigem Erfolg von den Blinden geleistet wird, ist die Anfertigung von Papiersäcken: Ein Blinder kann bei eifriger Arbeit in einem Tag 1000 Stück herstellen. Damit verdient er 30 oder 40 Centimes im Tag. Der Blinde gewöhnt sich denn, gleich auf das Almosen zu rechnen (ohne das er ja doch nicht sein kann) und ohne die ermüdende Arbeit zu tun; die Willenskraft erlahmt, er wird ein stumpfer Bettler.

Und doch gäbe es auch andere Möglichkeiten. Denn der Blinde ist intelligent und in manchen Hinsichten besondersentwicklungsfähig. Von den 50 Schülern, die in Lyon-Villeurbanne untergebracht sind, schreibt die erfahrene Blindenlehrerin Mlle. Lextrait, können nur 5 wegen ihrer über- großen zeitweisen Reizbarkeit als abnormal bezeichnet werden und von ihnen allein erwartet man Schwierigkeiten in der Erziehung. Die anderen 45 sind im vollen Besitz ihrer Urteilskraft, die Mehrheit gehört dem guten Durchschnitt an, einige sogar sind außerordentlich begabt.

Solche intelligente und energische Blinde waren es, die den Entschluß faßten, sich der demütigenden Obsorge der Wohltätigkeit zu entziehen und zugleich an der Befreiung ihrer Leidensbrüder zu arbeiten. Ihre erste Aktion war die Gründung der Genossenschaft blinder *Masseurs*. Der Gewerkschaftssekretär, Paul Rémy, ist der große Urheber dieser moralischen, geistigen und materiellen Erhebung der Blinden. Er bereitete sich auf das Polytchnikum vor, als durch einen Laboratoriumsunfall sein Augenlicht verloren ging. Er begann sein Leben von neuem; er suchte eine neue Beschäftigung und in sich neue Fähigkeiten: er ersetzte seine Augen durch seine Hände. Er war der erste blinde *Masseur* in Frankreich. — Seit langem lehren die *Japaner* die Blinden die schwierige Kunst der Massage. Rémy rief zur Nachahmung auf. Er eröffnete den Blinden eine neue Laufbahn. Er sammelte sie, indem er eine Gewerbezeitschrift: „Der blinde Arbeiter“ wie auch eine Bibliothek gründete, die er ganz allein in dem für die Finger lesbaren Druck herausgibt.

Unter seinem Einfluß ist den Blinden ein neues Selbstgefühl gekommen.

Sie verlangen, daß das Gesetz von 1882 endlich in seiner Gänze Anwendung finde und werden, da der Abgeordnete Ferdinand Buisson *) ihre Sache energisch in die Hand genommen hat und auch der Senat bereits dafür gewonnen ist, mit ihrer Verteidigung einer künftigen Generation von Blinden den Sieg erringen. Für sich selbst fordern sie regelrechte Blindenarbeitsstätten mit rein kommerzieller Leitung.

*) Der in dieser Zeitschrift wiederholt das Wort ergriff.

CHRONIK

ZUR Regelung der Kinderarbeit in England: In England wird seit langem als ein schwerer Übelstand empfunden, daß zu Austrägern der Warenhäuser allzuhäufig junge, eben aus der Schule entlassene Knaben verwendet werden, die allen Versuchungen der Straße ausgesetzt sind und häufig auch durch die Überanstrengung körperlich und geistig leiden.

Eine Kommission des englischen Unterhauses hat in dieser Beziehung kürzlich einen Bericht erstattet, der folgende Vorschläge dem Parlament unterbreitet:

Knaben unter 16 Jahren sollen nicht vor 6 Uhr früh oder nach 1/2 10 Uhr abends beschäftigt werden dürfen, Knaben unter 18 Jahren sollen nicht durch mehr als 70 Stunden pro Woche inklusive der Mahlzeitpausen beschäftigt werden. Diese Mahlzeitpausen sollen mindestens 1 1/2 Stunden pro Tag betragen. Die Jungen sollen entweder am Sonntag oder einem andern Tage der Woche von der Arbeit befreit sein.

Jeder Arbeitgeber soll zur Führung eines Registers verpflichtet sein, aus dem Arbeitsbeginn und Ende und die dem Knaben für Mahlzeiten zur Verfügung gestellte Zeit klar hervorgeht und die Fabriksinspektoren sollen mit entsprechender Kontrolle betraut werden.

Zur Säuglingsfürsorge: Eine Pariser Institution, „L'oeuvre du lait aux mères sans lait“ hat es sich zur Aufgabe gesetzt, den Müttern, die durch Entbehrung und Mühsal so herabgekommen sind, daß sie zur Stillung ihrer Kinder unfähig wurden, unentgeltlich gesunde, reine Milch zu liefern. Eine große Milchfirma, die

„Société laitière Maggi“, liefert die Milch zu ermäßigtem Preise, im übrigen werden die notwendigen Summen durch Sammlung aufgebracht.

Dies wird auch durch einen originellen Einfall erleichtert. Ein Bildhauer Emile Derré machte der Gesellschaft eine Reihe von Abgüssen seiner Skulptur: „Der Segen der Wohltätigkeit“ zum Geschenk, und diese wird mit entsprechender Inschrift bei Freunden der Gesellschaft verliehen, in Salons der vornehmen Gesellschaft, in großen Hotels, in den Hallen der Theater aufgestellt. Wenn die Person, die eine solche Statue übernommen, 100 Fr. eingesammelt und der Gesellschaft überwiesen hat, geht die Statue in ihr Eigentum über.

Zahlreiche Beiträge sind bereits eingelaufen und die Milchversorgung konnte in großem Maßstabe organisiert werden.

Louis Vial.



Ein Gesetz über die Schuhe der Schulkinder: Das kalifornische Parlament, das bekanntlich auf Grund allgemeinen Wahlrechts von sämtlichen Männern und Frauen gewählt wird, hat in seiner letzten Session unter dem Einfluß der letzteren eine große Reihe von Anträgen zum Beschluß erhoben, welche von der liebevollen Versenkung der Frau auch in scheinbar unbeträchtliche, von der männlichen Aufmerksamkeit meist vernachlässigte Fragen zeugen. So schreibt eines dieser Gesetze die Form der Schuhe vor, welche die Schulkinder zu tragen haben, damit jeder Verkrüppelung und Verkümmern der menschlichen Gehwerkzeuge fortan gesteuert werde.

S. Algernon.

Ferienkolonien für Pariser Schulkinder: In Paris wurde im Jahre 1906 ein Verband gegründet, welcher eine Reihe von Ferienheimen für Pariser Schulkinder ins Leben rief. Das wichtigste derselben ist in Pavillon-sous-Bois gelegen, seine Errichtung kostete 28 000 Mark. 200 Kinder werden jährlich beherbergt, und zwar je 60 auf einmal 3 Wochen lang. Den Hauptschmuck des Heims bilden die weiten Rasenplätze rings um das Haus, auf denen sich die Kinder vergnügen und tummeln können. Hinter diesen liegt ein dem Heim gehöriger Wald.



Straßenhandel mit Obst und Bakterien: Eine Reihe von Forschungen haben ergeben, welch große Gefahren der Straßenverkauf von Früchten bietet. In New York hat Dr. John Elf einem Kaninchen Wasser eingespritzt, in dem er beim benachbarten Verkaufsstand gekaufte Erdbeeren gewaschen hatte: das Kaninchen wurde tuberkulös.

In London hat ein Hygieniker mehr als eine Million Bakterien in

einem Pfunde Pfirsiche, die er bei einem Kaufmanne erstanden, gefunden. In Wien hat Dr. Schurr den Typhus einer Reihe von Meer-schweinchen eingepflicht vermöge von Wasser, in das er Weintrauben, die in einer zu einem Spital führenden Straße gekauft worden waren, eingetaucht hatte.

In Paris haben zwei Forscher, Fillassier und Sartory, 575 000 Bakterien pro ccm destillierten Wassers gefunden, wenn dieses Wasser für das Abwaschen von Trauben, die um 3 Uhr nachmittags in einem Straßenladen an einer 7½ m breiten Straße gekauft worden waren, verwendet wurde. Zur gleichen Zeit fand man bei Trauben, die in einem gut gehaltenen Geschäft einer Straße von 30 m Breite gekauft worden waren, nur 58 000 Bakterien. Auf anderen Früchten in einer engen Straße mit viel Wagenverkehr und großer Staubentwicklung fand man bei Anwendung der gleichen Messungsmethode 3 200 000 Bakterien.

All dies zeigt zur Genüge, wie gefährlich es ist, Früchte, die im Freien an belebten Straßen verkauft werden, zu erstehen bzw. sie zu genießen, ohne sie vorher gründlich zu reinigen.

FRAUENFRAGE CHRONIK

EIN deutscher Männerbund für Frauenstimmrecht: Der VII. internationale Frauenstimmrechtskongreß, der vor einiger Zeit in Budapest stattfand, liefert einen weiteren überzeugenden Beweis für

das Fortschreiten des Gedankens der politischen Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern. Ein Erfolg der Frauenbewegung reiht sich an den andern. Schon erfreuen sich in 16 Staaten die Frauen des politischen

Stimmrechts, und aus allen diesen Staaten berichten gerade die urteilsfähigsten Männer von den kulturell wertvollen Folgen der politischen Mitwirkung der weiblichen Staatsbürger. Eben ist Norwegen dazu übergegangen, die Frauen den Männern politisch vollständig gleichzustellen. Dänemark steht auf dem Sprunge, diesem Beispiel zu folgen. Auf Grund der Anregungen des VI. internationalen Frauenstimmrechtskongresses in Stockholm (1911) hat sich eine internationale Männerliga für Frauenstimmrecht gebildet, die in einer Reihe von Staaten bereits starke nationale Organisationen umfaßt. Auch die Männer Deutschlands, die die staatsbürgerliche Gleichberechtigung beider Geschlechter erstreben, sollten durch organischen Zusammenschluß ihren Bestrebungen Nachdruck verleihen. Die deutschen Frauen, von denen nach der Berufsstatistik vom Jahre 1907 bereits 9 Millionen im Erwerbsleben standen, sind weder politisch unmündiger noch sonst minderwertiger als die Frauen der Staaten, die sich schon heute des Stimmrechts erfreuen. Alle Männer, die den Frauen zu dem

verhelfen wollen, was ihnen aus wirtschaftlichen, aus kulturellen, aus politischen und aus Gerechtigkeitsgründen gebührt, sollten sich im Deutschen Männerbund für Frauenstimmrecht sammeln.

Der Arbeitsausschuß und die Vertrauensmänner des Deutschen Männerbundes für Frauenstimmrecht.

I. A.:

Dr. med. Bachem, Frankfurt a. M.; Dr. Karl Bornstein, Leipzig; Schriftsteller Max Esch, Stolp i. P.; Dr. rer. pol. Bruno Engel, Lübeck; Dr. med. Alfons Fischer, Karlsruhe i. B.; Oberpostass. Hans Foller, Liegnitz; Dr. Max Gaßmann, Breslau IX; Zahnarzt Leo Gaßmann, Jauer (Bezirk Liegnitz); Helmuth von Gerlach, Berlin W. 35; Redakteur Paul George, Essen-Ruhr-W.; Oberpostsekr. Maaß, Ulm a. D.; R.-A. Dr. Marcus, Hamburg; Dr. Alfred Pfeiderer, Ulm a. D.; Pastor Schmidt, Massow i. P.; Rittergutsbes. Smith, Brennstadt b. Sagan; Dr. Steinbiß, Bielefeld-Bethel; Priv.-

Doz. Dr. Verweyen, Bonn.

Beitrittserklärungen (Jahresbeitrag 3 Mark) nehmen entgegen die unterzeichneten Vertrauensmänner u. die Geschäftsstelle z. Z. Jauer, Bez. Liegnitz.

Verantwortlich für die Redaktion Erich Lilienthal, Berlin-Wilmersdorf. — Alle Manuskripte sind an die Deutsche Redaktion, Berlin-Wilmersdorf, Prinzregentenstr. 115/116 zu richten. — Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen Rückporto beiliegt.

Druck von Georg Reimer in Berlin W. 10.

Umschlag und Ausstattung zeichnete Lucian Bernhard, Berlin.